

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Verheißung oder Flop?

Vor ein paar Monaten hatte ich bei einer Veranstaltung der Dresdner „RotFuchse“ in Heidenau einen inhaltlichen Disput mit einem sehr geachteten, auch von mir hochgeschätzten Genossen. In meinem Vortrag war es um die heutige Verfaßtheit der revolutionären Weltbewegung gegangen, um Licht und Schatten. Bei der Darstellung unterschiedlicher Positionen kommunistisch-sozialistischer Kräfte unseres Kontinents hatte ich auch im Hinblick auf die Europäische Linkspartei (ELP) den Versuch einer Bewertung unternommen. Als Brüssel sich entschieden habe, gesamteuropäischen Parteien mit „Fördermitteln“ unter die Arme zu greifen, hätten nicht nur Christ- und Sozialdemokraten zugelangt, deutete ich an. Auch andere Formationen seien rasch zur Stelle gewesen. Auf Initiative der damaligen PDS-Spitze und der politisch ähnlich gelagerten Pariser FKP-Führung habe man eine Europäische Linkspartei „aus dem Hut gezaubert“. Ihr hätten sich eine Reihe sozialistischer, kommunistischer und linkssozialdemokratischer Parteien als Mitglieder oder Beobachter angeschlossen. Während durch so einflußreiche marxistisch-leninistische Parteien wie die griechische KKE und Portugals PCP, aber auch seitens etlicher Nord- und Westeuropäer kritische Distanz gewahrt worden sei, habe sich Fausto Bertinotti von Italiens Rifundazione als ELP-Vorsitzender zur Verfügung gestellt. Inzwischen ist Lothar Bisky an die Stelle des glücklosen Italieners getreten.

Bei der knappen Schilderung dieses Sachverhalts hatte ich mit meiner persönlichen Meinung zu dem neuen Gebilde, in dem auch „Eurokommunisten“ eine maßgebliche Rolle spielen, nicht hinter dem Berg gehalten.

Die ELP strebt eine „linke Alternative“ innerhalb des Europas der Monopole und nach dessen Spielregeln an. Das ist gelegentlichen Verlautbarungen der sonst kaum in Erscheinung getretenen heterogenen Koalition, die sich als Partei firmiert hat, zu entnehmen. In der Frage, ob es sich bei der ELP um einen verheißungsvollen Aufbruch zu neuen Ufern oder eher um einen substanzarmen Flop handelt, entschied ich mich beim Dresdner Gespräch für das Zweite. Der erwähnte Genosse widersprach mir heftig. Immerhin seien doch schon 18 Mitgliedsparteien und etliche Anwärter unter dem Dach der ELP versammelt, was die Bündelung beachtlicher Potentiale signalisiere, meinte er. Da die ELP außer Absichtserklärungen und feierlichen Proklamationen bisher kaum Nennenswertes zutage gefördert hat, blieb

ich skeptisch. Während PCP und KKE zu Generalstreiks und anderen Aktionen Millionenmassen in den Kampf führen, hat sich die ELP auf das kapitaldominierte Europa eingelassen, wobei sie die EU „etwas sozialer“ haben möchte. Man sollte sich auf Lenin besinnen, der zu dem einst durch einige Politiker propagierten Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“ festgestellt hatte, es sei unter kapitalistischen Verhältnissen „entweder unmöglich oder reaktionär“. Gutgläubige, die „linker“ Verbalistik ihr Ohr leihen, lassen außer Betracht, daß die ELP keinen Wandel der Macht- und Eigentumsverhältnisse anstrebt.

In dieser Sache gibt es noch großen Klärungsbedarf, trifft man doch nicht selten die Meinung an, das in der politischen Retorte gezüchtete Kunstprodukt ELP sei „durchaus lebensfähig“. Hier bedarf es einer fundierten und soliden Erwidmung. Allerdings fehlt es auch nicht an Leuten, die wie Heinrich Manns Diederich Heßling, der beim Rombesuch seines Kaisers mit gezogenem Zylinder der hoheitlichen Karosse hinterherjagte, anderen ihre Untertänigkeit beweisen möchten. Sie wollen sogar gegen den Willen vieler Genossen ihre Parteien zu Vollmitgliedern der ELP machen, da ihnen der bisherige Beobachterstatus zu mager erscheint. Wenn ihr Kurs auf Widerstand stößt, richten sie rüde Angriffe auf Andersdenkende. Nur so lassen sich die jüngsten Ausfälle gegen den bedeutenden marxistischen Universalgelehrten Hans Heinz Holz in der UZ erklären. Ein Mops bellt den Mond an, wenn Lothar Geisler den international renommierten 80jährigen Philosophen und dessen Umfeld abzuqualifizieren versucht. Von diesem Mann stammt übrigens der Ausspruch, er sei „nicht wegen, sondern trotz der DDR in die DKP eingetreten“.

Doch lassen wir das. Wir mischen uns nicht in fremde Angelegenheiten ein. Wie sich die DKP in der Öffentlichkeit darzustellen wünscht, liegt allein in ihrem Ermessen. Wir haben die unerquicklichen Geschehnisse im Vorfeld des Mörfeldener Parteitags der DKP nur erwähnt, weil sie – zumindest indirekt – mit unserem Thema zu tun haben.

Was den „RotFuchs“ betrifft, so tritt er auch in Zukunft für den Zusammenschluß und das gemeinsame Handeln von Sozialisten und Kommunisten mit und ohne Parteibuch ein. Dafür kämpfen wir in Deutschland. Das gilt aber auch kontinental und weltweit. Wir achten natürlich alle Genossen, die in ELP-Parteien organisiert sind, dabei ihre Prinzipien aber nicht aufgegeben haben. **Klaus Steiniger**



INHALT

Der Eislebener Blutsonntag	S. 2
Erinnerungen an den März 1933	S. 3
Damals in Braunschweig:	
Minna Faßhauer	S. 3
Vor 140 Jahren erschien Band I des Marxschen „Kapitals“	S. 4
Cattaro signalisierte das Ende der k.u.k.-Monarchie	S. 5
Kurt Goldsteins Vermächtnis	S. 6
Anmerkungen eines Teilnehmers der Konferenz in Odense	S. 7
Der Traum des Peter Boenisch	S. 8
German Angst	S. 8
Rechts – links – Mitte?	S. 9
Erfahrungen eines Wirtschaftsplaners	S. 10
Ein höherer Typ von Demokratie	S. 11
Die Contergan-Falle	S. 12
Das Klima ist nicht prima	S. 12
Warum McDonald's zum Maß westlicher Zivilisation wurde	S. 13
Alles Müller oder was?	S. 14
Wie das BRD-Kapital expandiert	S. 14
Das Reich zerfiel, die Reichen blieben	S. 15
Durchlaucht Holz ab	S. 15
Ein Muttermal der alten Gesellschaft?	S. 16
■ Als das „Blitzgesetz“ einschlug RF-Extra I	
■ Ignoranten ins Stammbuch	III
Versatzstücke eines USA-Horror szenarios	S. 17
Die Hypotheken des EU-Kandidaten Türkei	S. 18
Tudeh-Partei Irans:	
Kampf an zwei Fronten	S. 19
Februar 1948: Die Prager Lektion	S. 20
Wo Kuba Trumpfkarten ziehen kann	S. 21
Australien: Bushs Schoßhund John Howard abgewählt	S. 21
Linksruck in Südafrikas ANC	S. 21
Ein israelischer Oberst bildete Paramilitärs in Kolumbien aus	S. 22
Putin: Kein zweiter Jelzin	S. 23
Brief an DSF-Veteranen	S. 23
KP Chinas: Ziele und Probleme	S. 24
Ukraine: Nachtigall mit Hakenkreuz	S. 24
Polen: Klerus verfehlte Veto gegen den Stockholmer Appell	S. 25
Vermischte Karten	S. 26
Rudi W. Berger:	
Erzählungen eines Engagierten	S. 27
Max Schroeder prägte die Frühzeit des Aufbau-Verlages	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Wie SA- und SS-Horden im Februar 1933 die letzte Reichstagswahl „vorbereiteten“

Der Eislebener Blutsonntag

Im Haus Nummer 30 am Breiten Weg der Bergarbeiterstadt Eisleben befand sich nicht nur die Filiale der Redaktion „Klassenkampf“, des Organs der KPD im Regierungsbezirk Halle-Merseburg, sondern auch das Büro des Unterbezirks Eisleben-Mansfeld der Partei. Dorthin hatte Kurt Lindner, der politische Leiter, die Funktionäre zu einer Konferenz am 12. Februar 1933 eingeladen, um mit ihnen über die Vorbereitung der Reichstagswahl am 5. März und der Kommunalwahl am 12. März zu beraten. An dieser Beratung nahmen etwa 30 Genossen teil. Aus Halle war dazu der Sekretär der Bezirksleitung Bernard Koenen gekommen, ein bekannter Arbeiterführer Mitteldeutschlands. In den frühen Nachmittagsstunden beendete Kurt Lindner die Sitzung. Die ersten Teilnehmer begaben sich auf den Heimweg. 24 Kommunisten blieben noch. Einige sprachen mit Bernard Koenen über Einzelheiten der politischen Situation nach dem Machtantritt der Hitlerfaschisten. Andere gingen in die an das Parteihaus grenzende Halle des Arbeiter-Turn- und Sportvereins „Ludwig Jahn“, wo gerade ein Spielnachmittag der Jung-Spartakus-Pioniere begann.

Starker Lärm auf der Straße veranlaßte die Genossen, nach draußen zu schauen. In etwa 100 Metern Entfernung gewahrten sie einen Marschblock braun uniformierter SA-Leute und schwarz gekleideter SS-Männer. Wie Augenzeugen berichteten, sollen es 500 bis 600 Mann gewesen sein, die aus dem ganzen Regierungsbezirk herangeschafft worden waren. Viele von ihnen hielten Totschläger in den Händen, andere Spaten, einige sogar Armeeevolver. Angeführt wurde der Zug vom Nazi-Gauleiter Rudolf Jordan und vom Kreisleiter Eisleben-Mansfeld Ludolf Hermann von Alvensleben. Der war Großgrundbesitzer und Sohn eines preußischen Generals. Ein Kommando der Schutzpolizei unter dem sozialdemokratischen Kriminalinspektor Überschar begleitete und sicherte den Aufmarsch der Faschisten.

Revolverschüsse gaben das Signal zum Sturm auf das Parteigebäude. Von zwei Seiten, vom Breiten Weg und der Zeißigstraße, durch die Turnhalle, drangen die Schlägerbanden vor. Mit Beilen schlugen sie die Türen ein, zertrümmerten nicht nur das Inventar des Parteibüros und der Redaktionsräume, sondern auch die Sport- und Spielgeräte in der Halle. Mit unglaublicher Brutalität und dem Geschrei „Kommune verrecke!“ schlugen und schossen die Braunen und Schwarzen rücksichtslos auf die Kommunisten ein. Diese versuchten sich zu wehren, mit bloßen Fäusten, mit Ziegelsteinen und was sie sonst in die Hände bekamen. Doch die Übermacht war zu groß, der Blutausch der Angreifer nicht zu bremsen. Drei der

Überfallenen – die Arbeiterfunktionäre Otto Helm, Walter Schneider und Hans Seidel – wurden auf der Stelle ermordet, alle anderen Kommunisten verletzt, zum Teil schwer. Herbeigeeilte Bewohner der Nachbarhäuser riefen Ärzte hinzu, doch die Faschisten verhinderten jegliche Hilfeleistung.

Besonders schlimm traf es Bernard Koenen. Er war mit einem Genossen in die Turnhalle geeilt, um die Kinder, die sich hinter der Ringermatte und Sportgeräten versteckten, zu schützen und ins Freie zu bringen. Auf ihre Mahnung, wenigstens die Mädchen und Jungen zu verschonen, gab es die zynische Antwort: „Ihr Kommunistenbrut sterbt alle!“ Wütend schlugen SA- und SS-Männer auf Bernard Koenen ein, warfen ihn zu Boden und zertritten ihn auf die Straße, wo Gauleiter Jordan eigenhändig auf ihn einprügelte, andere Nazis ihn mit ihren Stiefeln so traten, daß er lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Unbekannten Helfern gelang es schließlich, Genossen Koenen zu bergen und ins Krankenhaus zu bringen. Da er auch dort nicht sicher war, transportierte ihn ein Rechtsanwalt nach Leipzig, wo er in der Privatklinik eines jüdischen Professors behandelt wurde. Im Mai konnte er mit seiner Familie in die Sowjetunion emigrieren. Während der gesamten Zeit des Überfalls stand die sozialdemokratisch geführte Polizeimannschaft völlig passiv abseits; sie rührte keinen Finger, den Überfallenen zu helfen.

Warum hatten es die Faschisten besonders auf Eisleben-Mansfeld abgesehen, was stachelte ihren Haß auf die Bergleute an? Die Antwort ist nicht schwer: Der preußische Regierungsbezirk Halle-Merseburg und vor allem die Regionen Leuna und Mansfeld galten seit der Novemberrevolution 1918 als das rote Herz Deutschlands. In zahllosen Aktionen hatten die Arbeiter den Kapitalisten die Zähne gezeigt. 1920 schlugen sie die Kapp-Putschisten zurück. Ihr Aufstand vom März 1921 ging als Ruhmesblatt in die Geschichte der Arbeiterbewegung ein, als sie sich tapfer gegen 40 Polizeihundertschaften und Reichswehrartillerie verteidigten, die eingesetzt wurden, um den General-

streik der Chemiarbeiter von Leuna und der Kumpel von Mansfeld niederzuschlagen. Gewaltig war auch der Streik von 50 000 mitteldeutschen Metallarbeitern im Januar/Februar 1928. Nicht zuletzt fürchtete die kapitalistisch-faschistische Reaktion die starke Bezirksorganisation der KPD, die als einzige Kraft die Interessen der arbeitenden Menschen vertrat. Schließlich sollte der Naziüberfall die Antwort auf die von den Kommunisten am 5. Februar 1933 organisierte Großkundgebung in Eisleben sein, bei der auch sehr viele Sozialdemokraten und Parteilose gegen den Machtantritt Hitlers und seiner Partei demonstriert hatten.

Der Blutsonntag vom 12. Februar 1933 bereitete die Karrieren der beiden Faschistenanführer vor: Gauleiter Rudolf Jordan brachte es zum preußischen Staatsrat, zum Reichsstatthalter von Braunschweig-Anhalt sowie zum Oberpräsidenten der Provinz Magdeburg-Anhalt und Reichsverteidigungs-kommissar. In der SA erhielt er den Generalsdienstgrad eines Obergruppenführers. Irmfried Eberl, damals Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Bernburg/Saale, gab zu Protokoll, daß sich Jordan persönlich um die Vergasung von Tausenden geistig und körperlich Behinderter in dieser Anstalt bemüht habe. Für seine Verbrechen wurde dieser Faschistenhäuptling nach Kriegsende zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, aus dem ihn Adenauer 1955 heimholte. Anschließend schanzte man Jordan einen gut bezahlten Posten in der westdeutschen Flugzeugindustrie zu.

Ludolf Hermann von Alvensleben trat 1934 in die SS ein und wurde Führer der SS-Standarte 46 in Dresden. Über mehrere Stationen zum SS-Standartenführer (Oberst) befördert, stieg er 1938 zum Chefadjutanten des Reichsführers-SS Heinrich Himmler auf. Dieser schickte ihn im September 1939 nach Westpreußen, um das Gebiet „polenfrei“ zu machen. In einem Brief an seinen Chef teilte er bald darauf mit: „Die Arbeit macht, Reichsführer, wie Sie sich ja denken können, eine riesige Freude ...“ Für die „Arbeit“, der ungezählte Menschen zum Opfer fielen, wurde er später von der polnischen Justiz in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1941 erhielt der Nazijunker zunächst den Posten eines SS- und Polizeiführers der Nordukraine, danach der Krim. In dieser Funktion ordnete er zahlreiche Massenexekutionen an. Als SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei wütete er 1944 in Dresden und dann im SS-Oberabschnitt „Elbe“. Schließlich verlieh ihm Hitler auch noch den Dienstgrad eines Generalleutnants der Waffen-SS. 1945 gelang es ihm unterzutauchen und mit Hilfe der katholischen Kirche nach Argentinien zu entkommen, wo er bis zu seinem Tode unbehelligt lebte.

Günter Freyer

Wie uns Ferdinand Goldscheidt, selbst ein aktiver RF-Werber, mitteilte, hat Genosse **Harald Kirsten** im Monat Dezember 18 Leser für den „RotFuchs“ gewonnen.

Sein Beispiel sollte Schule machen.

Herzliche
Grüße
nach Dresden

Den Faschisten nicht das Feld überlassen

Gestern wie heute: Antikommunismus als Speerspitze

Im März 1933 wurde ich, damals acht Jahre alt, durch Gegröle und Wehgeschrei auf der Straße aus dem Schlaf gerissen. Die Faschisten machten Jagd auf Kommunisten und andere Antifaschisten. Mein Vater wurde auf dem Heimweg von einer Versammlung durch SA- und SS-Schläger mit Stahlruten und Gummiknüppeln bewußtlos geprügelt und blutüberströmt, mit dem Kopf nach unten zur Polizeiwache geschleift. Hier lagen schon viele Genossen, die das gleiche durchgemacht hatten. Sie wurden alle in das Zuchthaus Osterstein nach Zwickau gebracht. Mancher von ihnen überlebte nicht.

Während meine Mutter ebenfalls in der Polizeiwache war, mußte ich zusehen, wie die braunen und schwarzen Bestien unsere Wohnung durchwühlten und zahlreiche Bücher mitnahmen.

Zu dieser Zeit appellierte abermals die KPD an die Millionenmassen der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und anderen antifaschistischen Kräfte, der Nazi-Diktatur gemeinsam entgegenzutreten. Ich selbst erlebte mit, wie sich Antifaschisten in der hoch über Mylau liegenden Turnhalle des Arbeitersportvereins „Fichte“ auf die Abwehr von SA und

SS vorbereiteten. Sie warteten aber auch auf die Signalfeuer, die von den Bergen des Vogtlandes die Zeichen zur Besetzung wichtiger Kommandostellen der Faschisten geben sollten. Ihr Warten war vergebens. Auch in dieser Situation lehnte die SPD-Führung alle Vorschläge zur Bildung einer Einheitsfront ab und hielt an ihrer antikommunistischen Haltung fest.

Eine kurze Rückblende: Bei uns in Mylau war im Jahr zuvor – in der Nacht vom 12. zum 13. März 1932 – anlässlich der Reichspräsidentenwahl in schwindelnder Höhe an Pfeiler der Göltzschtalbrücke die Losung „Wählt Thälmann!“ geschrieben worden (siehe Foto im „RotFuchs“, Nr. 119, S. 6). Jetzt, nachdem Hitler Reichskanzler war, fahndete die Gestapo fieberhaft nach den acht Kommunisten, die diese mutige Tat vollbracht hatten. Glücklicherweise ohne Erfolg.

Nach der Befreiung übernahmen die meisten von ihnen verantwortliche Funktionen beim Aufbau unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dann der DDR. Ihrer Fürsorge und ihrem Einfluß habe ich es mit zu verdanken, daß auch ich zu einem bewußten Kämpfer für die Arbeitersache wurde. Bereits im August 1945 – nach dem Einrücken der Roten

Armee – wurde mir, dem damals jüngsten Betriebsratsvorsitzenden Sachsens, das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei überreicht.

Aus diesen Erfahrungen heraus empört es mich, daß der rechtsradikalen Gewalt, die täglich zunimmt, staatlicherseits nichts entgegengesetzt wird. Faschistische Verbände schießen wie Pilze aus dem Boden, und ihre Vertreter halten Einzug in Parlamente. Schon wieder werden Antifaschisten auf der Straße niedergeschlagen. Begleitet wird das Ganze von einer zügellosen Hetze gegen die DDR.

Mich erinnert dies alles an die frühen 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Wir dürfen nicht den Mund halten. Einen Selbstlauf in der Bewußtseinsentwicklung gibt es nicht. Dort, wo wir nicht unsere Erfahrungen an die Jugend weitergeben und sie von unserer Idee überzeugen, überlassen wir das Feld dem Gegner und seiner Ideologie. Genosse Georg Dorn aus Berlin hat in seinem Leserbrief (RF 117) Erfahrungen vermittelt, wie man das Vertrauen junger Menschen gewinnen kann. Darum zu ringen ist angesichts der Opfer des Widerstandes gegen die Hitlerdiktatur die Pflicht aller Antifaschisten.

Paul Fiedler

Die erste proletarische Volksbildungsministerin Deutschlands

Damals in Braunschweig: Minna Faßhauer

Rote Hausnummern. Sie sind aus der Mode gekommen, kaum daß man begonnen hatte, sie vielerorts einzuführen. Sie wurden einmal sehr propagiert. Zu Recht, meine ich.

Du fährst durch ein Dorf an der Bode. Fährst vorbei an drei Dutzend modernen und ebenso vielen altersschwachen Gebäuden. Siehst ihnen ihre Geschichte nicht an. Keinem. Und doch hat jedes die seine. Nicht gleichermaßen bedeutsam jede. Aber manche wiederum sehr. Etliche dieser alten Häuser sind Blick und Rede wert, verdienen die Aufmerksamkeit der Fremden und nicht minder der Eingesehenen.

Hier ist so ein Haus. Höre dich um. Bring mir einen in Bleckendorf, der heute noch davon weiß.

Da ist einmal ein Minister geboren worden. Zu einer Zeit, als normalerweise noch keine Minister in Dörfern und Katen zur Welt kamen. War kein adliger Herr jener Art, von der wir immer zu viele hatten. War überhaupt kein Herr. War ein Mädchen. Ein Landarbeiterkind, dem niemand geweißt hätte, es würde einmal der er-

ste weibliche Minister einer Regierung in Deutschland sein.

Der Vater, ein Tagelöhner, hätte gelacht, die Mutter ein Kreuz geschlagen ob solcher Vermessenheit. Sie wurde doch Minister. Sogar Volksbildungsminister. Da war Margot Honecker noch nicht einmal geboren.

Sie wurde Mitglied der Räteregierung des Freistaates Braunschweig. Es bedurfte des Generals Maerker, weißer Truppen, Kanonen und Panzerzüge, um sie und ihre

Genossen zu stürzen. Minna Faßhauer, geborene Nicolai, hieß sie, war Kampffährtin von August Merges. Spartakusleute. Novemberkämpfer.

Minna überlebte Weimar und Hitler. Als Greisin, führende Funktionärin der KPD in den Westzonen, starb sie in den Sielen. In Egeln gab man einer Polytechnischen Oberschule ihren Namen. Den Namen einer Heldin.

Karl Schlimme (geschrieben 1975)

Am **23. Februar** begeht der international bekannte Mediziner und beispielhafte kommunistische Kämpfer

Prof. Dr. Moritz Mebel
seinen **85. Geburtstag**.

Als Offizier der Roten Armee gehörte er 1945 zu den Befreierern unseres Volkes und damit zu jenen, welche die Ehre der deutschen Nation retteten.

Eine herzliche Umarmung, lieber Moritz!

Am **24. Februar** vollendet der Weltberichterstatter über Sportereignisse und politische Journalist

Dr. Klaus Huhn
sein **80. Lebensjahr**.

In tausend Sätteln geritten, hat er sich vor allem auch als Schriftsteller, Publizist und Leiter des Spotless-Verlags einen Namen gemacht. Wir sind stolz darauf, daß er zu unseren Autoren gehört und gratulieren ihm herzlich.

Vor 140 Jahren erschien Band I des Marxschen „Kapitals“ Fundament des wissenschaftlichen Sozialismus

Mitte September 1867 hatte das Leipziger „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ gemeldet, im Verlag von Otto Meißner zu Hamburg sei der I. Band von „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx mit Papierumschlag für 3 1/3 Taler zu haben.

Marx wollte sein Werk eigentlich als Ganzes, also mit den Büchern I „Der Produktionsprozeß des Kapitals“, II „Der Zirkulationsprozeß des Kapitals“, III „Die Gestaltungen des Gesamtprozesses“ und IV „Die Geschichte der [Mehrwert-]Theorie“ veröffentlichen. Friedrich Engels drängte ihn, den fertigen Teil so bald wie möglich herauszubringen.

Am 25. Juli 1867 unterschrieb Marx in London sein Vorwort zum I. Band, worin es heißt: „Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Ihre klassische Stätte ist bis jetzt England. Dies ist der Grund, warum es zur Hauptillustration meiner theoretischen Entwicklung dient. [...] An und für sich handelt es sich nicht um den höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen [unüberbrückbare Gegensätze – E. K.], welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen. Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen. Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft. ... Eine Nation soll und kann von der andern lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist – und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen –, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.

Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ (MEW 23; S. 12, 15/16)

Die 1000 Exemplare der 1. deutschen Auflage gingen etwa vier Jahre später zur Neige, so daß Meißner von Marx

die Druckvorlage für eine 2. Auflage erbat. Um den Preis auch für Arbeiter erschwinglicher zu gestalten, empfahl der Verleger, die zahlreichen Texthervorhebungen wegzulassen, den Band nach und nach in Heftlieferungen zu versenden und dann mit einem Nachwort abzuschließen. Marx gelang es, wenigstens etwa die erste Hälfte des Bandes durchgreifend zu redigieren. Engels' Kritik hinsichtlich der Lesbarkeit beherrschend, verfaßte er die Abhandlung über die Wertformen neu und untergliederte das Werk nun statt in 7 Kapitel (die zu Abschnitten wurden) in 25. Am 24. Januar 1873 unterschrieb Marx sein Nachwort, worin es heißt: „Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. ... Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle. ... In ihrer mystifizierten Form ward die Dialektik deutsche Mode, weil sie das Bestehende zu verklären schien. In ihrer rationellen Gestalt ist sie dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Fluß der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist.“ (MEW 23, 27/28)

Den logischen Abschluß des ersten Bandes bildet die Darlegung, daß die Arbeiterklasse unter bestimmten Bedingungen (nämlich wenn sie sich aus einer Masse, aus einer Klasse an sich in eine Klasse für sich verwandelt hat) ihre geschichtliche Funktion als Schöpferin eines neuen Gesellschaftszustandes erfüllen kann, die

Durch einen technischen Fehler entfielen die Glückwünsche für zwei verdiente Genossen und treue „RotFuchs“-Leser, Mitglieder des Fördervereins, in unserer Januar-Ausgabe. Nachträglich gratulieren wir deshalb

Werner Nestler

aus Berlin, der am **9. Januar** seinen **85. Geburtstag** beging, und

Rudi Müller

aus Coswig, der am **15. Januar** das gleiche hohe Alter erreichte, auf das allerherzlichste zu ihren Jubiläen.

objektiv aus ihrer Struktur und Rolle im Produktionsprozeß erwächst: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwälzungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs [Enteigner E. K.] werden expropriert.“ (MEW 23, 790/791)

Nach der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune im Mai 1871 und dem Hinweis des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Bebel, daß Paris nur ein Vorpostengefecht für Europa gewesen ist, wurde Marx bei Anhängern und Gegnern bekannt. Aus keiner anderen Schrift von Engels und ihm wurde von nun an so oft zitiert wie aus dem „Kapital“.

Von 1872 bis 1875 bearbeitete Marx selbst eine französische Übersetzung. Trotz des im Oktober 1878 in Kraft getretenen Ausnahmegesetzes gegen die 1875 in Gotha vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands erstarkte die Arbeiterbewegung und nutzte dabei, besonders nach Marx' Tod im März 1883, verstärkt dessen und Engels' Schriften. Ende 1883 gab Engels die von ihm bearbeitete 3. deutsche Auflage des „Kapitals“ heraus. Er betreute auch die englische Übersetzung 1887 und ließ 1890 die 4. deutsche Auflage als Fassung letzter Hand von Band I erscheinen. Diese Auflage liegt fast ausnahmslos seitdem den Editionen des I. Bandes des „Kapitals“ zugrunde. Engels erwarb sich durch die Herausgabe des II. (1885) und des III. Bandes (1894) des Marxschen Werkes unsterbliche Verdienste.

Der 140. „Geburtstag“ des „Kapitals“ war Anlaß für drei chinesische Forschungseinrichtungen, im November 2007 zu einer fünfjährigen wissenschaftlichen Konferenz nach Shanghai einzuladen. Fast 90 Ökonomen aus den USA, Kanada, Vietnam, Mexiko, Deutschland und vor allem aus China legten ihre Gedanken zum aktuellen Wert von Marx' System des „Kapitals“ dar. Auch hinsichtlich der Nutzung des literarischen Erbes von Marx und Engels erweist sich die Volksrepublik China als eine dynamische Kraft.

Prof. Dr. Eike Kopf, Beijing

Ein gewaltiger Knall zerriß am 1. Februar 1918 um 12 Uhr die Stille in der Bucht von Cattaro (Boka Kotorska). Als der Donner von den steilen Felshängen rundum widerhallte, sank am Mast des Panzerkreuzers ST. GEORG die österreichisch-ungarische Kriegsflagge, während die rote Fahne emporstieg. Sirenen heulten, die Bordkapelle intonierte die Marseillaise. So begann der Aufstand in der k.u.k. Kriegsmarine, dem sich 40 Schiffe und Boote mit zusammen rund 6000 Mann anschlossen.

Friedrich Wolf hat jenen mutigen Männern mit seinem Drama „Die Matrosen von Cattaro“ ein Denkmal gesetzt. Das Fernsehen der DDR verfilmte den Stoff 1979 in Koproduktion mit Televizija Titograd (Regie: Fritz Bornemann). Das Stück schließt mit den Worten des Leutnants, der den Anführer der roten Matrosen Franz Rasch vor dessen Hinrichtung verhöhnt: „... das ist nun das Ende!“ Darauf Rasch: „... Das ist nicht das Ende, Leutnant, das ist erst der Anfang!“

Die gescheiterte Rebellion war in der Tat erst der Anfang eines dramatischen Zerfalls der k.u.k. Streitkräfte und des schmachvollen Untergangs der Donaumonarchie. Der Krieg hatte das Land ruiniert. Hunger und Elend herrschten. Es kam zu Streiks, zu Massenprotesten, Demonstrationen und Hungerrevolten. Dabei ging es nicht nur um die bessere Versorgung der Bevölkerung, sondern vor allem um die sofortige Beendigung des mörderischen Krieges, aber auch um politische Freiheiten, insbesondere um die Freiheit der von Habsburg unterdrückten Nationen.

Im Januar 1918 erreichte die Streikbewegung ihren Höhepunkt. Auch die Arsenalarbeiter der großen Flottenstützpunkte Pola und Triest traten in den Ausstand. Die Arbeiter und Bauern in der Uniform der k.u.k. Marine wollten mit ihrer Erhebung diese Streiks, denen sich am 2. Februar auch die Arsenalbelegschaften von Cattaro anzuschließen beabsichtigten, unterstützen und hofften dabei auf Rückendeckung und Weisungen des Wiener Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei. Darauf hofften sie vergebens.

In der Flotte ihrer apostolischen Majestät, dem getreuen Abbild des Habsburgischen Vielvölkergefängnisses, dienten Kroaten (31,3 %), Ungarn (20 %), Italiener (14 %), Tschechen (10 %), Slowenen (2,8 %), Polen (1,8 %), Rumänen (1,2 %), Ruthenen – Ukrainer in Westgalizien (0,8 %) und Slowaken (0,4 %). Deutsch-Österreicher und Deutsche aus anderen Siedlungsgebieten (Böhmen, Siebenbürgen, Banat u.a.) stellten 16 % des Personals und dabei, zusammen mit adligen Ungarn, die Offiziere und einen Großteil der Unteroffiziere.

Die Flotte – 4 moderne Großlinienschiffe (je 21 000 t Wasserverdrängung), 9 ältere Linienschiffe (zwischen 5600 und 14000t), zwei Panzerkreuzer, 6 geschützte Kreuzer, rund 20 Torpedobootzerstörer, ein Dutzend U-Boote und zahlreiche weitere kleinere Einheiten – war den Entente-Seestreitkräften im Mittelmeer hoffnungslos unterlegen. So mußte sie sich vorwiegend auf defensive Aufgaben

Zum 90. Jahrestag des Matrosenaufstandes in der Österreichisch-Ungarischen Flotte Cattaro signalisierte das Ende der k.u.k. Monarchie



**Links:
Franz
Rasch**



**Rechts:
Oskar
Geyer**

beschränken. In der Bucht von Cattaro, die als uneinnehmbare Seefestung galt, lagen 1918 die Kreuzerdivision mit der ST. GEORG als Flaggschiff, Torpedoboote, das Hilfsschiff GÄA sowie zwei deutsche U-Boote.

Die unzufriedenen Matrosen diskutierten angesichts der Zerfallserscheinungen in der Armee und im Lande schon seit Monaten über Möglichkeiten eines Aufstandes, wobei die Februar- und die Oktoberrevolution in Rußland sie in ihrem Vorhaben noch bestärkten. Eine feste Organisation wurde aber nicht aufgebaut, und vor allem waren sich die Matrosen nicht einig. Frieden wollten alle. Doch nationale Befindlichkeiten und Wünsche waren zu stark, als daß es Einigkeit im Wollen und Handeln hätte geben können. Obendrein waren die Matrosen recht blauäugig, was die Hilfe der sozialdemokratischen Politiker betraf. Schließlich ließen sie wichtige Regeln der Konspiration außer acht.

Oskar Geyer, ein Marineflieger, der in Zelenica diente und aktiv an der Vorbereitung des Aufstandes beteiligt war, berichtete von Zusammenkünften in Lokalen von Castelnuovo (Hercegnovi) mit Franz Rasch, der als Titularbootsmann und Stückmeister in einer Landeinheit diente, von endlosen kontroversen und ergebnislosen Debatten und davon, wie er selbst durch unbedachte Äußerungen die Militärabwehr auf sich aufmerksam gemacht hatte und im Gefängnis gelandet sei. Erst eine von Rasch aufgestellte Landpatrouille befreite ihn am Nachmittag des 1. Februar. Es zeigte sich allzu bald, daß es nicht ausreichte, die Offiziere zu entwaffnen, was obendrein inkonsequent erfolgte, so daß einige Kommandanten faktisch die Befehlsgewalt behielten bzw. weiterhin Einfluß, vor allem auf unentschlossene Matrosen, ausüben konnten. Der rasch gebildete Matrosenrat wußte auch nicht, wie es weitergehen sollte. Eine Antwort der Sozialdemokratischen Partei aus Wien auf einen Funkspruch des ST. GEORG blieb aus. Das Festungskomman-

do hatte den Spruch abgefangen und seine Weitergabe verhindert.

Als die Schlachtschiffe der 3. Division aus Pola unter der Kriegsflagge vor der Bucht aufkreuzten und den Revolutionären ein Kapitulations-Ultimatum stellten, sank der Widerstandsgeist, so daß Franz Rasch und seine Mitstreiter den Kampf nicht mehr fortsetzen konnten. Einer der Eifrigsten, der sich erst nach Beginn des Aufstandes den roten Matrosen angeschlossen hatte, war der Marineflieger Anton Sesan. Er floh mit einem Flugzeug nach Italien. Oskar Geyer wurde wieder verhaftet. Er gehörte zu jenen Angeklagten, die hingerichtet werden sollten. Doch nachdem vier Todesurteile verkündet waren, überbrachte ein Kurier den Befehl, keine weiteren Höchststrafen auszusprechen. Offenbar hatte man „höheren Ortes“ Angst vor den Folgen eines noch größeren Blutbades. So kam auch Oskar Geyer mit dem Leben davon. Insgesamt aber wurden rund 800 Matrosen verhaftet und zu langjährigen Strafen verurteilt. Franz Rasch, Anton Grabar, Jerko Siskovic und Mate Bernicevic fielen an der Friedhofsmauer von Skaljari. **Dr. Robert Rosentreter**

Am **20. Februar** begeht unsere langjährige schwedische Leserin

Genossin **Solveig Hansson** aus Farsta ihren **94. Geburtstag**.

Solveig hat an vielen Fronten gekämpft. Mit der legendären Alexandra Kollontai verbunden, arbeitete sie für die Komintern in Westeuropa.

Nach Schweden zurückgekehrt, wurde sie gemeinsam mit Herbert Wehner vor Gericht gestellt und verurteilt.

In späteren Jahren war die bewährte Kommunistin als Vizepräsidentin der Gesellschaft Schweden – DDR tätig. Noch heute nimmt sie regen Anteil am politischen Geschehen.

Solveig gehören unsere Liebe und Solidarität!

Einer, der seinen Überzeugungen bis zuletzt treu blieb

Kurt Goldsteins Vermächtnis

Dies ist kein Nachruf – denn er lebt. Kurt Julius Goldstein lebt weiter in den gut zusammengestellten Texten von Dr. Friedrich-Martin Balzer aus Marburg. Völlig unbefangen erzählt diese Legende ihr Leben, ungebrochen von Qualen, Niederlagen und Demütigungen. Da sind die Erlebnisse aus der Kindheit und der erste herbe Schlag des Antisemitismus durch die Sprüche von Studienrat Zimmermann: „Goldstein! Lump! Prolet! Schuft! Schubiak! Schurke! Düstere Filou! Kommunist! Bolschewik! Raus!“ Der Bruder hilft ihm darüber hinweg. Das generelle Vertrauen in Menschen besteht seine erste Prüfung. Er betrachtet das Jüdische nicht als etwas Besonderes, eher als etwas anderes. Er stellt es nicht heraus, verbirgt es aber auch nicht. Mensch ist er wie alle anderen auch, Deutscher ist er, Kommunist ist er, Spanienkämpfer, Überlebender von Auschwitz und Jude. Es ist bei ihm wie ein Sahnehäubchen, das anderen versagt wurde. Er zeigt Verständnis für unsereins, möchte es aber auch nicht anders haben. Immer wieder, auch nach den härtesten Schlägen, dieser aufrechte Gang eines Internationalisten, diese Souveränität der einmal erworbenen Persönlichkeit. Bei allem Elend der faschistischen Lager immer noch diese Portion Humor, Schlitzohrigkeit und vor allen Dingen Geistesgegenwart. Wie er da bei der Musterung der in Auschwitz Eingetroffenen blitzschnell kombiniert: Ich werde sagen, ich sei „einfach Püttman“. Wie das dann einschlägt, wie er sofort zum „Facharbeiter“, ja zum Kapo, sogar zum Oberkapo wird, „Einfluß“ nicht allein für sich, nein, für seine Genossen gewinnt – großartig, eine richtige Entscheidung im richtigen Moment. Er ist bereit etwas wegzustecken, wenn es denn der Sache dient. Die Auflösung der VVN in der DDR, seiner Organisation, seines Ziehkindes – wie muß ihn das geschmerzt haben! Im Buch erwähnt er diesen folgenschweren Einschnitt: Die bewährten Kämpfer gegen den Faschismus wurden ihrer politischen Körperschaft entledigt. Sie wurden zu Subjekten der sozial-fürsorglichen Betreuung durch die Dienststellen für Verfolgte des Naziregimes in den Rathäusern. Politisch wurden sie an die bestehenden Parteien und Massenorganisationen verwiesen. Es gab vergleichbare Entwicklungen – blutige – in der Sowjetunion, als sich die Parteiführung komplett der „Gesellschaft der alten Bolschewiken und Partisanen“ entledigte. Ihr Vorsitzender war der jüdische Kommunist Felix Kon. Diese Organisation hatte sich angemaßt, Beschlüsse und Direktiven des Politbüros kritisch zu bewerten. „Wir brauchen kein zweites Politbüro“, hieß es. Kurt Goldstein war viel zu klug, viel zu erfahren, um diese Zusammenhänge nicht zu sehen; aber sie hochzuspielen, das lag ihm nicht. Besondere Hochachtung verdienen seine persönlichen Konsequenzen aus dem

Franco-Putsch und der faschistischen Intervention in Spanien. Ein zutiefst humaner, friedliebender junger Mensch entschließt sich ohne Zögern, sein relativ wohlbestalltes Leben in Palästina gegen einen Karabiner in einem Land einzutauschen, das seit der Inquisition als „judenfrei“ galt. Wieviel Standhaftigkeit wurde den Interbrigadisten, den Rittern der Selbstlosigkeit, nach dem Verrat westlicher „Demokratien“ abverlangt! Sie schauten immer noch vertrauensvoll über die Pyrenäen auf die „freie“ Republik Frankreich. Wie Aussätzeige wurden sie dort aufgenommen. Kurt blieb keines der Lager erspart, weder Gurs noch Vernet, wo er schließlich von den Vertretern der Republik Frankreich an die Gestapo ausgeliefert wurde, um nach Auschwitz deportiert zu werden.

Auch die Kehrtwende der sowjetischen Außenpolitik 1939, von der er im Lager Gurs am Nordhang der Pyrenäen erfuhr, meisterte sein nüchterner politischer Kopf. Er hat Verständnis für einen Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland; dem „Freundschaftsvertrag“ versagt er indes seine Zustimmung. Diese Verträge haben Millionen Antifaschisten in der Welt zerstritten, besonders, nachdem aus Moskau obendrein die „Weisung“ kam, jedwede antifaschistische Agitation einzustellen. Kurts glasklare politische Orientierung muß erstauen, ja begeistern. Über seine Gewissensqualen klagte er wieder einmal nicht. Einer, der nicht klagt, gar sich selbst beklagt. So stand er denn auch später, einem Leuchtturm gleich, in den seichten Gewässern der „Wendehälse“. Das Büchlein erfreut durch eine lange Auswahl von Reden und Ansprachen, die Kurt Goldstein im Laufe der Jahre gehalten hat. Keine Sonntagsreden, sondern Grundsatzgedanken, die immer den Bogen zur Gegenwart schlagen. Mal nimmt er Bezug auf den heuchlerischen Pinochet, mal wieder auf die atomare Bedrohung der Menschheit; er hat ein feines Gespür dafür, was die Menschen bewegt. Seine Mitkämpfer sind geprägte Internationalisten, mit denen er allen Demütigungen, jenen durch seine eigenen Genossen inbegriffen, standhielt.

Der letzte Wunsch Kurt Goldsteins, den er am 11 März 2007 an die 5. Tagung des 10. Landesparteitages der PDS richtete, lautete: „Befürwortet den Antrag (der Kom-

munistischen Plattform), unsere ‚Überlegungen zum Umgang mit der Geschichte‘ den Basisorganisationen zur Diskussion zu übergeben.“ Wohlgermerkt, er erwartete nicht, der Landesparteitag werde die „Überlegungen“ zu seinen eigenen erklären. Kurts Bitte an den Vorstand beschränkte sich darauf, das Dokument als ein Werk der Unterzeichner zur Diskussion zu stellen, vermittelnd zu sein. Das wurde abgelehnt.

Diese Bitte erwies sich nur fünf Monate später als Kurt Goldsteins Vermächtnis. Er schrieb: „Ich plädiere für eine offene Diskussion über unser Geschichtsverständnis an der Basis der Partei.“ Er wandte sich gegen „... eine bestimmte Art des Umgangs mit unserer eigenen Geschichte, mit dem Leben unserer Genossen und Genossen also. Diese Hemdsärmeligkeit sollte ein Ende haben.“

Mir war vergönnt, Kurt persönlich zu erleben. Er sprach verhalten, war ein Denker, kein klassischer Redner; aber man legte eine Hand an das besser hörende Ohr, um ja nichts zu versäumen. Im Berliner Landesvorstand führte man offensichtlich keine Hand ans Ohr; es ist fatal, im Schatten dieser ganzen „Ehrungen“ als „Veteran“, gar als „Überlebender“ wandeln zu müssen, wenn im entscheidenden Moment unsere Bitten de facto abgewiesen werden, kommt es doch nur darauf an, eine bestimmte „Linie“ durchzusetzen.

Dem Landesvorsitzenden Dr. Lederer und seiner Umgebung ging es um „dieses eigenartige Verfahrensbegehren“. Man habe ein Dokument „zur Diskussion an der Basis“ eingereicht. Die Adressaten bemängeln, daß „Änderungen am Text“ nicht möglich gewesen seien. Um nicht „falsche Eindrücke entstehen zu lassen“, stellt man fest: „Die Überlegungen können selbstverständlich von jeder Genossin und von jedem Genossen gelesen und in die Debatte mit einbezogen werden.“

Einer der „offenbar weit über 100 Delegierten des Landesparteitags“ wurde allerdings deutlicher: „Es ist gut und immer wieder nötig, die Geschichtsdebatte zu führen. Ich kann und werde der Verbreitung (des Diskussionsmaterials) nicht zustimmen.“ „Debatte“ ohne Verbreitung? Die Verfechter der Entschuldigungsrituale für die Toten vergehen sich an den Lebenden.

Das Fazit: Unser Kurt – so darf man wohl sagen – lebt. Er lebt nicht zuletzt durch die Biographie von Dr. Martin Balzer aus Marburg.

Walter Ruge

Unser langjähriger Leser

Norbert Glaske

aus Eberswalde beging
am **27. Januar**
seinen **70. Geburtstag**.

Nachträglich von Herzen alles Gute!

Friedrich-Martin Balzer. Kurt Goldstein: Wir sind die letzten – fragt uns, Pahl-Rugenstein, Bonn 2004, 322 S., 24,90 Euro

„Vorwärts und nicht vergessen!“ Kurt Julius Goldstein. Ein Porträt von Ingrid Strobl. DVD, 56 Min. Vertrieb: F.-M. Balzer, Tel. 06421/24510 oder Email: fmbalzer@aol.com

Am 17./18. November fand an der dänischen Universität Odense eine Konferenz zum Thema „Hauptverwaltung A. Geschichte. Aufgaben. Einsichten“ statt. Es nahmen etwa 300 Interessierte teil, von denen rund 60 frühere Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit waren. Bürgerliche Zeitungen spotteten über einen „Betriebsausflug des MfS“. Es gab 24 Redner, 11 aus dem Osten, 13 aus dem Westen.

Auf dem Weg zu dieser Konferenz lagen viele Stolpersteine. Die dänischen Gastgeber um Dr. Fries hatten sie ursprünglich am 17. Juni 2007 in Berlin durchführen wollen, scheiterten aber am Widerstand nichtwissenschaftlicher Kräfte. Karl-Wilhelm Fricke, Spezialist in Sachen DDR-Verunglimpfung, freute sich: „Erst nach öffentlichen Protesten von Opferverbänden wurde die Tagung kurzfristig abgeblasen.“ Verschiedene Medien berichteten, der Druck der Birthler-Behörde sei ausschlaggebend gewesen. Mit anderen Worten: Bestimmte Kreise haben so viel Einfluß auf die Öffentlichkeit, daß sie wissenschaftliche Tagungen verhindern können. Unter diesen Umständen war schon das Stattfinden der Konferenz ein Erfolg. Aber die Vorgeschichte hat auch prinzipielle Aspekte. Die Birthler, Knabe und Fricke wollen (nicht nur in diesem Fall) das öffentliche Auftreten von Mitarbeitern des MfS unter allen Umständen verhindern. Hubertus Knabe fand: Die Veranstaltung in Odense sei so zu sehen, als ob Osama bin Laden zum Gedankenaustausch gebeten worden wäre. Weiß er, was er sagt? Osama bin Laden war der Homunkulus des USA-Geheimdienstes im Krieg gegen die UdSSR. Ihm wird heute der Terrorismus in aller Welt angelastet. Dem MfS auch?

Selbst Dr. Knabe sollte in Rechnung stellen:

1. Das Recht auf Meinungsfreiheit gehört zu den Kernrechten, die im Grundgesetz und in den Menschenrechtskonventionen garantiert sind. Welches deutsche Gericht hat bisher dieses Recht jemandem abgesprochen? Es existiert unabhängig von der Gesinnung eines Bürgers, auch für Oppositionelle. Seine Verweigerung bricht das Grundgesetz und das Völkerrecht.

2. Die Kritiker der Konferenz gehen bis hinter die feudale Ordnung zurück. Das älteste deutsche Recht, das der Ritter Eike von Repkow etwa 1224 im „Sachsenspiegel“ aufgeschrieben hat, enthält bereits das Prinzip: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beide. Gibt es heute ein ordentliches Gerichtsverfahren, in dem der Angeklagte nicht das Wort erhält? (Wer betrachtet Guantánamo als rechtens?)

3. Geschichtsschreibung ist keine Anklage, und der Historiker ist kein (Scharf-)Richter. Über den Wert von Zeugenaussagen läßt sich streiten. Eine Oxford-Regel besagt, daß sie kritisch zu prüfen sind. Roman Herzog, der als Bundespräsident am 26. März 1996 vor der Eppelmann-Kommission aussagte (man stelle sich so etwas in anderen Ländern vor), behauptete, daß Zeitzeugen, vor allem Opfer, die

Anmerkungen eines Teilnehmers der Konferenz in Odense

Man muß sie hören alle beide

wichtigste Geschichtsquelle seien. Manche folgen ihm.

Wenn dem so ist, sind natürlich auch Mitarbeiter des MfS Zeitzeugen (wenngleich der Wert ihrer Aussagen nicht jenen der Bekundungen von Kriegsverbrechern erreicht, die jetzt ständig in Fernsehdokumentationen „Zeugnis ablegen“).

Die Mitarbeiter des MfS, die in Odense auftraten, taten das Ihre, daß die Spaltung der Deutschen nicht auch im Geschichtsbild irreparabel wird. Frau Professor Dr. Christie Macracis aus den USA drückte das dort so aus: „Deutschland ist eine Demokratie, und die lebt schließlich vom Austausch der Meinungen.“ Irrt sie?

Der Austausch von Meinungen setzt voraus, daß sie unterschiedlich sein dürfen. Ein Blick in die bürgerliche Presse ergibt, daß wir davon noch weit entfernt sind.

Die „Berliner Zeitung“ vom 20. November phantasierte über „Unerträgliche

Warum eigentlich nicht? Waren die dienstlich gewonnenen Erkenntnisse und vorherigen Veröffentlichungen für Odense nicht brauchbar gewesen?

Und der wissenschaftliche Ertrag der Konferenz? Es ging bekanntlich um Geschichte, Aufgaben und Einsichten der HVA. Das Konferenzprotokoll wird zeigen, wie stark solche Redner wie Werner Großmann (dessen Text verlesen wurde), Ralf-Peter Devaux, Herbert Bertsch, die Kundschafter Rainer Rupp und Gabriele Gast und andere die Kenntnisse über das Handeln und die Wirkung der HVA bereichert haben. Daß mancher eine Art Bilanz versuchte, versteht sich. „Es ist eine gute Sache, wenn man als Zeitzeuge eingeladen wird, das Wort zu ergreifen“, zitierte das ND am 19. November Horst Behnke.

„Balsam für die geschundene Agentenseele?“ fragte Karlen Vesper in der selben Zeitung am 24./25. November die Oberste a. D. Klaus Eichner und Gotthold Schramm. Wissen wollte sie auch, ob sich die Wissenschaftler zu den ehemaligen MfS-Offizieren „weich“ oder „hart“ verhalten hätten. Solche Fragen gingen am Konferenzverlauf vorbei. Wenn Werner Großmann feststellte, daß die HVA-Arbeit ein Beitrag zur Erhaltung des Friedens gewesen sei, dann hat kein Kritiker das widerlegen können. Sie verantwortete weder Staatsstrieche noch „Killerkommandos“ oder Auftragsmorde („Arbeiten“, die in westlichen Geheimdiensten zum Alltag gehören).

Der abwesende Karl-Wilhelm Fricke war über das Auftreten von MfS-Mitarbeitern erbost. Das ist nicht neu: „Sie alle sagen in trotzig-provokanter Manier ja zu ihrer Vergangenheit und haben partout nichts zu bereuen. Selbst wissenschaftliche Kontakte suchen sie für ihre Zwecke zu nutzen.“ Ist das nicht unerhört?!

Ich bin aus wissenschaftlichem Interesse der Einladung nach Odense gefolgt und habe mich lediglich mit einer Intervention nach dem Vortrag von Dr. Armin Wagner an der Debatte beteiligt. Trotzdem hat Hans-Martin Tillak vom „Stern“ Erstaunliches über mich berichtet. Als „Ex-Staatssicherheitsdienstler“ hätte ich über das Bordmikrofon eines der beiden Busse mein Buch vorgestellt, „eine Attacke auf den Stasi-Kritiker Hubertus Knabe“. Zwar habe ich vor zwei Jahren eine Arbeit über Knabes „Gruselkabinett“ geschrieben, aber das Buch, auf das ich jetzt verwies, heißt „Hysterische Historiker“.

Mitarbeiter des MfS bin ich nicht gewesen, was für die Teilnahme in Odense auch nicht Bedingung war. Wenn Tillak helfen würde, mein Buch zu „skandalisieren“ (wie z. B. viele Medien den Erguß von Eva Herman), hätte ich dagegen keine Einwände. **Prof. Dr. Horst Schneider**

Dialektik der Niederlage

Niederlage – ein Glück.
Wirft sie uns doch zurück
auf ein neues Beginnen
mit der Hoffnung, zu gewinnen.

Malte Kerber

Meuchelmorde“. Es war der Berliner CDU-Abgeordnete Frank Henkel, der in gleicher Wortwahl behauptete: „Die Gruselmärchen dieser Stasi-Schergen sind unerträglich.“ Er rief nach dem Verfassungsschutz.

Nur: Wer in Odense hat solche „Gruselmärchen“ gehört? Wird Henkel sie nachweisen, wenn das Protokoll erscheint? Wer sich mit der Sache seit längerem beschäftigt, hatte erwartet, daß der „Stasi-Experte“ und Nestor der Kritiker an der DDR-Justiz Karl Wilhelm Fricke und der Fachmann für Geheimdienste Helmut Müller-Enberg auftreten. Müller-Enberg verdient sein Geld bei der Birthler-Behörde.

Fricke schoß seine Granaten aus der Ferne ab, Müller-Enberg hatte seine Teilnahme zugesagt. Er erkrankte plötzlich und ließ seinen Beitrag verlesen. Bereits die Einleitung zeigt, welche geistigen Verrenkungen denjenigen abverlangt werden, die im Dienste der Birthler-Behörde „forschen“. Er stütze sich in seinen Ausführungen nicht auf dienstlich gewonnene Erkenntnisse oder von ihm selbst veröffentlichte Arbeiten, sagte er.

Springers „BILD“ 1987: Kleine Brötchen backen und dicke Bretter bohren

Der deutsche Traum des Peter Boenisch

Am 17. Mai 1987 veröffentlichte der langjährige „Bild“-Chefredakteur und zeitweilige Pressesprecher der Kohl-Regierung (1983–1985) Peter Boenisch seine „Gedanken über den deutschen Traum“. Die groß aufgemachte Kolumne stand unter der Schlagzeile: „Wenn heute Wiedervereinigung wäre ...“

Unmittelbar nach dem Erscheinen des Beitrags begann eine von „Bild“ in Szene gesetzte Diskussion. Dabei ging es aufschlußreicherweise bereits um die Frage: „Zieht Gorbatschow wirklich den Wiedervereinigungsjoker?“ Es handle sich um ein „Gerücht in Bonn“, las man bei Springer. Man konnte erfahren, wie sich die ideologischen Regisseure eines „Wandels“ den Verlauf der Ereignisse vorstellten. Sie dachten nicht an ein baldiges „Ende der DDR“, sondern meinten, „vorerst kleine Brötchen backen und dicke Bretter bohren“ zu müssen. Dabei verlor das Boenisch-Lager natürlich die langfristig von ihm mit vorbereitete Konterrevolution keinen Tag aus dem Auge. Im folgenden servieren wir den Lesern des RF einige Kostproben aus dem „deutschen Traum“ des „Bild“-Chefredakteurs:

Sonntag, 10 Uhr. In beiden deutschen Staaten läuten die Kirchenglocken. In einem feierlichen Staatsakt auf der Wartburg unterzeichnen der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Staatsratsvorsitzende der „DDR“ die Gründungsakte des Neuen Deutschen Bundes: die Vereinigten Staaten von Deutschland.

Gleichzeitig wählen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Volkskammer in der Frankfurter Paulskirche die Abgeordneten für die gesetzgebende Deutsche Nationalversammlung. Sie soll im ehemaligen Deutschen Reichstag in Berlin tagen.

Montag, 8 Uhr. Die Deutsche Presse-Agentur meldet die ersten Schwierigkeiten. Auch die 33. Nachtsitzung des Präsidenten der Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, und des Präsidenten der Staatsbank der „DDR“, Kaminsky, über eine gemeinsame Mark verläuft ergebnislos. Pöhl: „Die wollen für ihre Ostmark mehr haben als sie wert ist.“ Kaminsky: „Der Westen will uns auf seinen Schwindelkurs 1:5 oder gar auf den Wechselkurs der Schwarzhändler 1:8 festlegen.“

10 Uhr. Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Stoph unterzeichnen ein Abkommen über eine Generalamnestie. Die in Salzgitter aufgezeichneten 35 000 Unrechtstaten von „DDR“-Bürgern werden gelöscht. Auf der anderen Seite stellt die „DDR“ alle Verfahren gegen Republikflüchtige und Fluchthelfer ein. Jeder Deutsche kann reisen, wohin er will.

17 Uhr. Die wirtschaftlichen Kooperationsgespräche kommen gut voran. Der Genex-Versand (Ost) fusioniert mit Otto

(West), die Exquisitläden fusionieren mit dem KaDeWe und die HO-Läden mit dem Kaufhof. Aber solange die Währungsfrage nicht geregelt ist, können die Verträge nicht in Kraft treten.

19 Uhr. Die Schalmeienkapelle im saarländischen Wiebelskirchen spielt für ihr Ehrenmitglied Erich Honecker „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. Er hat das Grab seiner Eltern und seiner 1974 verstorbenen Schwester Frieda besucht und zwei Kränze mit roten Rosen niedergelegt. Jetzt fährt er mit einem Sonderzug nach

Bonn. Die westdeutsche Bevölkerung winkt ihm freundlich zu.

Herr Boenisch zieht den Schluß: „Man kann diesen oder jeden anderen Traum von der deutschen Wiedervereinigung endlos weiterträumen. Man kann die Schwierigkeiten mehr dramatisieren, als ich es getan habe. Man kann den Traum in freien Wahlen oder, was wahrscheinlicher ist, in einem Umsturz enden lassen. Die Wiedervereinigung ist ein historisches Ziel, eine realpolitische Chance ist sie leider nicht.“

Eingesandt von Heinz Hofmann, Berlin

German Angst

Die Franzosen tun es, die Griechen tun es, die Italiener und andere Europäer auch: Wenn ihnen nicht paßt, was die da oben aushecken, dann legen sie die Arbeit nieder und gehen auf die Straße. ver.di hat jüngst auf dem Leipziger Kongreß zur Forderung erhoben, daß auch in Deutschland gelten soll, was in der europäischen Sozialcharta verankert ist: das Recht auf den politischen Streik, der hierzulande zwar nicht von der Verfassung, wohl aber von der Gerichtsbarkeit – noch – verboten ist. Wenn jedoch bürgerliche Journalisten wie Robert Leicht das Wort „Generalstreik“ hören oder lesen, denken sie gleich an revolutionären Umsturz und krieges Fracksausen. Warum sonst hätte sich der einstige „Zeit“-Chef im Berliner „Tagespiegel“ zu einer beispiellosen Haßtirade

gegen Oskar Lafontaine aufschwingen sollen, der kürzlich das böse Wort „Generalstreik“ wieder in den Mund genommen hatte. Journalist Leicht beschimpft den Linkspartei-Chef als „Verfassungsfeind“ und zetert: Ein Generalstreik richte sich „letztlich als Erpressung gegen den Staat insgesamt, gegen ein politisches System, dem am Ende nur die Kapitulation oder der Einsatzbefehl an die Polizei bleiben; in allerletzter Konsequenz kündigt der Generalstreik den Bürgerkrieg als Ultima ratio an.“ Ist es das, was als „German Angst“ weltweit belächelt wird?

Henrik Müller

Dieser Beitrag erschien in ver.di News, dem Organ für Aktive der Dienstleistungsgewerkschaft.



Grafik: Herluf Bidstrup (1985)

Es ist im politischen Reden und Schreiben üblich geworden, gesellschaftliche Ambitionen, Positionen, Forderungen mit den aus dem menschlichen Orientierungsverhalten abgeleiteten Richtungen „rechts“ oder „links“ zu kennzeichnen. Was einmal für einen geschichtlichen Moment lang (in der Parlamentsordnung der Paulskirche 1848) der Kürze wegen sinnvoll gewesen sein mag, hat sich inzwischen zu einer Nebelwand für den politischen Bestand aufgetürmt. Inzwischen gab sich ja sogar eine im Vorjahr gegründete Partei einen Namen, der mit einem solchen Richtungs-begriff spielt und noch dazu verbal einen Monopolanspruch für einen der Standorte anmeldet. Und das ist schade, sind wir ja als Sozialisten und Kommunisten geneigt, gerade dieser Partei gewisse Sympathien zu bewahren, in der immer noch eine größere Zahl von Menschen unserer Überzeugung beheimatet ist. Mal sehen, ob sich demnächst auf der „Linken“ gegenüberliegenden Seite so etwas wie „Die Rechte“ etablieren wird ...

Ich möchte gegen diese politische Spielerei mit solchen Richtungsangaben polemisieren. Und zwar aus zwei Gründen: aus sprachlichen und aus praktisch-politischen.

Die Worte „rechts“ und „links“ sind besetzt mit gegensätzlichen Inhalten oder Gedankenverbindungen. Im biblisch-christlichen Sprachgebrauch gelten „Recht“ und „Gerechtigkeit“ grundsätzlich als positive Begriffe. Das „Rechte“ zu tun (also das Richtige), ist eine Grundforderung, die seit Jahrtausenden an die Menschen ergeht. Sie wird auch heute akzeptiert, selbst ohne religiös-christliche Begründungen. Auch unser körperlicher Verhaltenskodex hat sich als überwiegend „rechts“-gerichtet eingepegelt. Kinder lernen in der Regel mit der rechten Hand schreiben, der Eidleistende hebt die rechte Hand, im Straßenverkehr gilt überwiegend die rechte Fahrbahn als die erlaubte. Mit all dem will ich sagen: „Rechts“ ist derart positiv besetzt, daß der, der etwas „mit Links“ machen will, mißtrauisch betrachtet wird. Jemand, der unsicher agiert, wird gern als „linkisch“ bezeichnet. Und wenn die „linke“ Hand nicht weiß, was die „rechte“ tut, ist daran natürlich immer die linke schuld. Wenn jemand gar etwas Unrechtes, sogar Kriminelles plant oder tut, dann sind wir umgangssprachlich geneigt, darin ein „linkes Ding“ zu sehen. Wer sich demnach als „links“ gewickelt definiert, muß sich ständig mit solchen Verdächtigungen herumschlagen, die aus der „rechten“ Sicht (und das ist die normale, die norm-setzende!) aufsteigen.

Die inhaltliche und eigentlich schwerwiegende Problematik bei der Übertragung biologisch begründeter Richtungsangaben auf die politische Ebene aber ergibt sich aus einer fatalen Folgerung, die fast automatisch aus der Rechts-Links-Systematik erwächst. Wenn ich als Wanderer an einer Kreuzung mit drei weiteren Einmündungen ankomme, kann ich mich nach rechts oder nach links wenden oder aber auch geradeaus weitergehen, also

die Mitte wählen. Sind beim Wandern diese Richtungsangaben in der Regel völlig wertfrei, so wandeln sie sich im bürgerlich-parlamentarischen Politikgeschäft flugs in eine Diffamierung all dessen, was nicht „Mitte“ ist. Politiker verschiedenster Färbung verstehen es nämlich, sich der Öffentlichkeit als die eigentlich vertrauenswürdigen und deshalb wählbaren Akteure darzustellen, indem sie sich als „die Mitte“, als die einzig akzeptable Alternative zu den „Extremen“ oder „Extremisten“ auf beiden Seiten ausgeben. Frau Merkel hat ihre unverkennbar rechtslastige CDU samt Schäuble und Oettinger groteskerweise gerade als die „Partei der Mitte“ ins Spiel gebracht. Als Thüringer habe ich im Ohr, wie wir regelmäßig aus dem Innenministerium oder vom Verfassungsschutz vor den Gefahren des „Extremismus von links und von rechts“, vor der linken und rechten „Szene“ gewarnt werden. Aber nicht nur

Rechten verschafft vor allem der CDU/CSU die Möglichkeit, ihre eigene deutsch-nationalistische, kapitalorientierte, unsoziale, menschenfeindliche Politik als „demokratische Mitte“ zu verkaufen, so daß Einfältige das Geschehen nicht durchschauen. Nur eine Minderheit merkt, daß von dieser ach so demokratischen Mitte in Wirklichkeit eine „rechte“, militaristische und in Ansätzen sogar faschistoide Politik betrieben wird.

Ich bin davon überzeugt, daß es nur eine humane und zukunftsfähige Alternative gibt: Allein eine umfassend durchdachte, wohlbegründete, nicht taktisch, sondern strategisch orientierte sozialistische Politik kann einer menschengerechten Gesellschaftsordnung anstelle der Kapitaldiktatur den Weg bahnen. Und dazu ist die sukzessive Formierung einer organisierten Kraft vonnöten, die alle wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse und Erfordernisse der Klassiker aufgreift und,

Über den Sinn oder Unsinn gesellschaftlicher Richtungsanzeigen Rechts – links – Mitte?

bei der Beschreibung des politischen Extremismus, sondern bereits im „normalen“ Politikgeschäft ist es eine Empfehlung, zur „Mitte“ zu gehören. Wir assoziieren sie mit „Kompromiß“, „Ausgleich“, „Allgemeingültigkeit“. In der politischen „Mitte“ schimmert die „goldene Mitte“, auf die wir uns doch eigentlich sollten einigen können. Karrierebewußte Politiker werden sich deshalb stets irgendwie als „Mitte“ darstellen. In der „Mitte“ werden sich die meisten versammeln, denn hier ist es am wärmsten. Aber das heißt mit anderen Worten auch: Die „Mitte“ ist diffus, in ihr ist vieles möglich, hier treffen sich die Einfalls- und Profillosen, die Ängstlichen, die Unsicheren, die Manipulierbaren wie die Manipulierer.

Der Leser könnte fast den Eindruck gewinnen, mit meiner kritischen Betrachtung der „Mitte“ würde ich nicht nur die „linke“, sondern auch die „rechte“ Seite aufwerten wollen. Das ist selbstverständlich nicht so. Ich bezweifle sogar, daß sich Nazis, Fremdenhasser und Rassisten selbst immer als „Rechte“ firmieren. Etliche von ihnen geben sich inzwischen auch als Mitte aus. Aber bisher sind ihnen die regierenden „Volksparteien“ in dieser Frage nicht entgegengekommen. Ein verantwortungslos eingereichter (oder sogar mit Vorbedacht zum Scheitern bestimmter) NPD-Verbotsantrag hatte bei den „mittig“ verorteten Verfassungsrichtern keine Chance. Denn die mediale Vorführung einer als „extremistisch“ abqualifizierten

ergänzt durch aktuelle Schlußfolgerungen sowie unter Berücksichtigung inzwischen eingetretener Weiterentwicklungen, für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft nutzt. In diesem Zusammenschluß werden alle Platz finden, die den Menschen und seine Lebensansprüche in ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Hinsicht ins Zentrum rücken: Marxisten, Bürger- und Menschenrechtler, Umwelt- und Klimaschützer, Christen und Humanisten. Denn so, wie nach Rosa Luxemburg der Sozialismus die einzige Alternative zur Barbarei ist, verhält es sich auch mit der gebündelten Kraft, die ihn erstreiten kann. Außer ihr gibt es nur barbarische Konzepte. Grüne schicken ungerührt deutsche Soldaten in alle Welt, um den barbarischen Terrorismus mit barbarischen „Friedenseinsätzen“ zu bekämpfen. Die SPD (die nichts anderes tut) hat dem Volk die barbarische Agenda 2010 verordnet, von der sie derzeit aus wahltaktischen Gründen umfragepopulistisch zurückrudert. Die sich heuchlerisch „christlich“ nennenden Parteien dienen dem barbarischen Gott Mammon und brechen ständig alle Gebote des befreienden Gottes. Und „Die Linke“? Sie strebt augenscheinlich in ein Feld „links“ von der SPD, also ebenfalls in die Mitte. Es wäre nicht minder barbarisch, wenn uns die Kapitaldiktatur eines Tages als „demokratischer Sozialismus“ schmackhaft gemacht werden sollte.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Es war nicht alles Gold, was glänzte

Erfahrungen eines Wirtschaftsplaners

Nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 gab es bei uns ohne Zweifel spürbare Verbesserungen der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die Partei- und Staatsführung hob vor allem die äußerst günstigen Preise für Waren des Grundbedarfs, die niedrigen Mieten und entsprechende Energie- und Verkehrstarife hervor. Gerade angesichts des heute festzustellenden enormen Preisauftriebs in der BRD war das auf den ersten Blick ein besonders einleuchtender Vorzug des Lebens in der DDR.

Doch schon vor Jahrzehnten machten Fachleute, leider nur zaghaft, darauf aufmerksam, daß die sogenannte Politik der Hauptaufgabe, wie sie der Parteitag formuliert hatte, nicht nur positive Seiten hatte. Unter Wirtschaftswissenschaftlern und -praktikern in der DDR gab es solche, die sich für eine Korrektur aussprachen. Erich Honecker und Günter Mittag, gegen die sich im Politbüro kein Einspruch erhob, blieben indes bei ihrer Linie. Der Umschlag der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in das Primat der Sozialpolitik mit all seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen setzte letztlich die Existenz der DDR aufs Spiel. Einerseits fielen die laufenden Ausgaben im monatlichen Familieneinkommen besonders niedrig aus, während gleichzeitig in bestimmten Abständen spürbare Lohnerhöhungen erfolgten. Andererseits wurden die an sich schon zu geringen Amortisationsfonds und Gewinne von Betrieben und Kombinat auch noch in zu großem Umfang zentralisiert, wodurch die Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in der Mehrzahl der Wirtschaftseinheiten der Konsumtions- und Produktionsmittelherstellung hinter dem Erforderlichen zurückblieben. Das führte zwangsläufig zur Überalterung der materiell-technischen Basis und zum Vorauseilen der zahlungsfähigen Nachfrage gegenüber dem Angebot an hochwertigen Konsumgütern. Außerdem wurden einseitige Rang- und Reihenfolgen der Investitionen und eine abgestufte Versorgung der Bevölkerung mit Unterschieden zwischen Berlin, Leipzig, Arbeiterzentren, weiteren Städten und Dörfern verfügt. Mangelwaren kamen selten bei denen an, die keine Beziehungen besaßen. So blieb es nicht aus, daß viele Bürger der DDR ihre Blicke und zunehmend ihre Schritte dem durch die BRD-Medien raffiniert propagierten westdeutschen Konsumangebot zuwandten. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß in den 80er Jahren die Arbeitslosenquote in der BRD noch relativ niedrig war, so daß verbreitet die Meinung bestand, wer arbeiten könne und wolle, der finde auch etwas.

Hinzu kam, daß das Wohnungsbauprogramm einseitig konzipiert war. Was vor allem auf der grünen Wiese durch eine Überkonzentration von Arbeitskräften und Baumaterialien entstand, erbrachte

zwar in kurzer Zeit eine große Zahl von Neubauwohnungen, aber auch langjährige Rückstände an bedeutsamen Folgeinvestitionen. Das schmälerte das Wohlbefinden im Territorium. Die einseitige Ausrichtung auf ein Maximum an bezugsfertigen Wohnungen im Planzeitraum bewirkte Abstriche in bezug auf Vielfalt, Kosten, Qualität, Werterhaltung, Nutzungsdauer und Architektur. In nicht wenigen Städten verödeten die Zentren und ganze Straßenzüge.

Die DDR war ein relativ autarkes Industrieland mit einer entwickelten Landwirtschaft und umfangreichen Außenwirtschaftsbeziehungen. Der Hauptbereich Industrie gliederte sich in mehrere Großbetriebe, zahlreiche mittlere Werke und unzählige kleinere Produktionsstätten und war nach gleichartigen Erzeugnislinien zu Kombinat vereinigt. Diese bedurften einer aufeinander abgestimmten volkswirtschaftlichen Koordinierung. In ihrer Summe hätten Milliarden von Zusammenhängen in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Hochkompliziert war die Beherrschung der Reproduktionsprozesse, an der es vor allem mangelte. Die Planung ging den Weg, Grundprozesse mit Hilfe von globalen Kennziffern zu leiten und zu lenken. Unter ihnen wurde der Industriellen Warenproduktion (IWP) der Vorrang eingeräumt, die vor allem auf Mengenzuwachs zielte. Dadurch glitten so wichtige Erfordernisse wie Gebrauchswerteigenschaften, Verbesserung der Qualität, Steigerung der Produktivität, Senkung der Kosten, Verbreiterung des Sortiments, Erhöhung des Gewinns, Ausdehnung des Neuheitsgrades, Verlängerung der Nutzungsdauer, Gewährleistung des Reproduktionsprozesses und Erreichung der Weltmarktfähigkeit oftmals in die Zweitrangigkeit ab. Die Wirtschaftseinheiten besaßen keine ausreichenden Möglichkeiten, den Gewinn als ökonomischen Hebel zur Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einzusetzen.

Die DDR stellte ausgehend von Parteibeschlüssen Fünfjahres- und Jahrespläne auf, die erfüllt werden mußten. Was die Fünfjahrpläne betraf, so erfolgte nie eine öffentliche Plan-Ist-Abrechnung, so daß Nichterfüllungen angenommen werden müssen. Der Beweis für die These „Was die Partei beschloß, wird sein“, wurde nicht angetreten. Aber gegen Ende jedes Jahres häuften sich Meldungen über vorfristige Planerfüllungen, die nicht nur bei Insidern Skepsis auslösten.

Seit den 70er Jahren bestand das Hauptübel der Planung insbesondere darin, daß nicht die Betriebe und Kombinate mit der besseren Übersicht über das Gegebene und Mögliche mit ihr begannen, sondern die Zentrale ohne hinreichende spezifische Kenntnisse „anspruchsvolle“ staatliche Planaufgaben erteilte, auf deren Grundlage Planentwürfe erarbeitet und

beim Minister verteidigt werden mußten. Erwartet wurde die Einhaltung und Überbietung des Vorgegebenen. Ein Darunter wies man zurück. Manchmal gab es Zusagen über zusätzliche Bereitstellungen. Doch diese blieben häufig aus.

Nach einer Phase der zentralen Koordinierung erhielten die Kombinate staatliche Planaufgaben. Oft überschritten sie die vorherigen Aufgaben. Ihre Erfüllung wurde zum Gesetz erhoben. Traten „Rhythmusstörungen“ auf, was mehrfach der Fall war, wurden aus Alibigründen dem Büro Stoph Plankorrekturanträge gestellt. Meist gab es keine Antwort.

Die Kombinate waren verpflichtet, die Auflagen auf die Struktureinheiten des Stammbetriebes sowie auf die Kombinatbetriebe aufzuschlüsseln. Um große Auseinandersetzungen zu vermeiden, erhielten soviel Einheiten wie möglich erfüllbare Auflagen, und die nichtspezifizierbaren blieben in einer Hand. Somit war gesichert, daß viele Erfüllungsmeldungen eingingen.

Schwierig wurde es, wenn der SED-Bezirksleitung Meldung zu erstatten war. Als erstmals eine Nichtplanerfüllungsnachricht des Kombinats, in dem der Verfasser tätig war, die zuständige Bezirksleitung erreichte, stellte der dortige Gesprächspartner dem Berichtersteller die Frage, ob er es verantworten könne, daß der 1. Sekretär, zugleich Politbüromitglied, als Erster in der Parteiführung die Nichtplanerfüllung seines Bereiches – das Kombinat erzeugte 10 Prozent der IWP des Bezirkes – bekanntgebe?

Von diesem Tag an erfüllten wir immer unsere Pläne. Wie das so plötzlich möglich wurde, gehörte zu den bestgehüteten Geheimnissen. Man brachte das Argument: Kein Werktätiger, der Jahr für Jahr gut arbeitet, würde es verstehen, wenn er wegen Nichtplanerfüllung einen Teil seiner Jahresendprämie einbüße. Es wären Fragen nach der Schuld aufgekommen, die sich wahrscheinlich auch nach oben gerichtet hätten. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Das neue Jahr begann wieder bei null.

Prof. Dr. Wolfgang Kawelke, Halle

Unser Autor war Stellvertreter des Planungschefs eines Industriekombinats.

Herzlich gratulieren wir dem „RotFuchs“-Aktivisten

Lothar Bauer

aus Berlin

zu seinem **75. Geburtstag**
am **12. Februar**.

Gemeinsam mit seiner Frau **Bruni** zeigt er beim Versand der Zeitschrift und an RF-Informationsständen hohe Einsatzbereitschaft.

Worin die sozialistische DDR der kapitalistischen BRD überlegen war Ein höherer Typ von Demokratie

Viele Jahre war ich in der Ständigen Kommission Ordnung und Sicherheit eines Bezirkstages tätig. In diesem gewählten Organ arbeiteten Vertreter aller Parteien der DDR, d. h. nicht nur der SED, sondern gleichberechtigt auch der CDU, der LDPD, der DBD und der NDPD sowie Abgesandte der Kultur, der Frauen und der Jugend zusammen. Jeder Abgeordnete war den Wählern bekannt, kamen sie doch oft aus ihren Arbeitskollektiven und besaßen deren Vertrauen. Keiner war Millionär, keiner sorgte sich um Diäten, die mit 1000 Mark im Monat – gemessen an heutigen Maßstäben – recht bescheiden waren. Keiner konnte ein gesondertes Altersversorgungsrecht mit vorzeitiger Berentung und hohen Pensionen für sich in Anspruch nehmen. Unsere Abgeordneten mußten auch nicht in Aufsichtsräten von Konzernen oder Banken sitzen und hohe Parteispenden beschaffen. Was ich als besonders wohltuend empfand, war die Tatsache, daß es in den Plenar- und Kommissionssitzungen weder Anfeindungen noch persönliche Diffamierungen oder unsachliche Unterstellungen gab, wie sie heute gang und gäbe sind.

Als 1996 der CSU-Politiker und heutige Wirtschaftsminister Glos im Bundestag behauptete, „die Kommunisten in der ehemaligen DDR“ hätten „Armut, Elend und Unfreiheit für alle herbeigeführt“, habe ich die damalige Präsidentin dieses Gremiums, Frau Prof. Dr. Süßmuth, in einem Brief gebeten, auf die Mitglieder ihres Hauses dahin gehend einzuwirken, derart unflätige und unwahre Behauptungen zu unterlassen.

Als Argumente führte ich damals starke Geschütze ins Feld:

1. Der Anteil der DDR-Haushalte mit einem Netto-Einkommen von unter 800 Mark habe sich im Zeitraum 1960 bis 1988 von 59,4 % auf 4,5 % verringert, der Anteil der über mehr als 2000 Mark verfügenden Familien sei von 0,3 % auf 45,2 % gestiegen. Und während die Bürger der BRD 1989 über 200 Mrd. DM an Sparguthaben angesammelt hatten, belief sich das Guthaben in den Sparkassen der DDR auf über 150 Mrd. M. Obwohl nicht alle Konsumwünsche befriedigt werden konnten, waren damals 52 % der Haushalte der DDR mit PKW und 18,4 % mit Motorrädern, 95,7 % mit Fernsehgeräten und 99 % mit Kühlschränken ausgestattet.

2. Niemand in der DDR besaß übermäßigen Reichtum, es lebte aber auch keiner in Armut oder Elend. Alle hatten ein bescheidenes, sozial abgesichertes Auskommen. Die Bezahlung von Studienplätzen, Kindergärten, Fahrkarten, Medizin, Krankenhausaufenthalten, Kuren und Kulturveranstaltungen war finanziell kein Thema. Die Durchschnittsrente von etwa 600 Mark reichte für zehn Monatsmieten, während die heutigen 1400 DM gerade für die Bestreitung von zwei Monatsmieten genug sind.

3. Die Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger waren eingeschränkt. Sie konnten „nur“ ein Sechstel der Erde besuchen. Dies nutzten z. B. 1988 etwa eine Million Menschen. Über fünf Millionen belegten

im gleichen Jahr Urlaubsplätze innerhalb der DDR, überwiegend zu einem von der Gewerkschaft gestützten Taschengeldpreis. Präsidentin Süßmuth ignorierte nicht nur meine Bitte. Sie warnte mich auch davor, weiterhin die Wahrheit über die DDR zu verbreiten.

Doch nun zu einer anderen Frage: Warum trugen die Volksvertretungen in der DDR diesen Namen zu Recht?

Ich hatte die Aufgabe, Programme für die Ständige Kommission Ordnung und Sicherheit des Bezirkstages zu erarbeiten und deren Umsetzung mit zu organisieren. So führte die Kommission operative Einsätze in Gemeinden, Betrieben, Genossenschaften und Schulen durch, um die Einhaltung der Gesetze zum Arbeits- und Brandschutz, zum Umgang mit Waffen, Munition, Sprengmitteln und Giften sowie die Beachtung der sozialen Regeln zur Wiedereingliederung straffällig Gewordener nach ihrer Haftentlassung zu kontrollieren, um nur einige der wesentlichsten Aktivitäten zu nennen. Wo es nötig war, wurden Experten oder andere Bürger mit besonderer Sachkenntnis hinzugezogen.

Die Wirksamkeit der Maßnahmen der Volksvertretungen in den Bezirken und Kreisen zeigte sich nicht zuletzt im sichtbaren Rückgang der Kriminalität, die ja infolge fehlender Arbeitslosigkeit, vorhandenen Wohnraums und sozialer Sicherheit für alle Bürger mit der Verbrechensexpllosion in der BRD nicht verglichen werden konnte. 1980 entfielen auf je 100 000 Einwohner im Westen 6198 Straftaten, in der DDR dagegen nur 772.

Ein für mich überzeugendes Beispiel für Demokratie in der DDR war die Gesetzgebung. An der Erarbeitung der sozialistischen Verfassung waren 1968 neben den Abgeordneten der Volkskammer unzählige Fachleute und Wissenschaftler beteiligt. In der öffentlichen Diskussion unterbreiteten 11 000 Bürger Änderungs- und Ergänzungsvorschläge, von denen viele

Eingang in den Entwurf fanden. Schließlich kam es zu einem Volksentscheid, bei dem sich in geheimer Abstimmung 94,5% der Stimmberechtigten für die Vorlage aussprachen.

Auch die der Verfassung folgenden Gesetzbücher auf den Gebieten des Strafrechts, des Zivilrechts, des Familienrechts, des Arbeitsrechts und des Polizeirechts entstanden unter direkter Mitwirkung der Bevölkerung. Mir ist noch gut in Erinnerung, wie die Mitglieder unserer Kommission so manchen Gesetzentwurf in Arbeitskollektiven, Brigaden und Einwohnerberatungen, aber auch in Dienstversammlungen zur Diskussion stellten, wobei wir etliche guten Hinweise erhielten.

In den letzten 12 Jahren meiner Tätigkeit leitete ich mit mehreren Mitarbeitern in einem Bezirk der DDR die Bearbeitung von Eingaben an die Deutsche Volkspolizei. Wir setzten durch, daß die jährlich etwa 40 000 Zuschriften ordnungsgemäß erfaßt und fristgerecht innerhalb von vier Wochen beantwortet wurden. Meine besondere Aufmerksamkeit galt Beschwerden und Kritiken an der Tätigkeit von Volkspolizei, Feuerwehr und Strafvollzug. Im Auswertungsbericht war zu vermerken, ob die Kritik berechtigt und wer der Verursacher des Beanstandeten war, welche Maßnahmen unmittelbar und auch zur künftigen Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse getroffen wurden. Wenn jemand die Gesetze verletzt hatte, gab es unerbittliche Sanktionen gegen Schuldige und gegebenenfalls auch gegen deren Vorgesetzte.

In Verwirklichung dieses Prinzips inspizierte ich sämtliche Einrichtungen des Strafvollzugs im Bezirk. Dabei ergaben sich viele Gespräche mit Strafgefangenen. Oft konnte ich deren Probleme klären. Mir ist in all den Jahren kein Fall bekannt geworden, daß SV-Angehörige Gefangene geschlagen oder gar gefoltert hätten. Das wäre ihnen auch schlecht bekommen.

Werner Feigel, Chemnitz

Am **9. Februar** um **10 Uhr** spricht **Botschafter a. D. Rolf Berthold**, Vorsitzender des RF-Fördervereins, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** im Rothaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), zu dem Thema

Konsequenzen erfolgreicher kommunistischer Parteien aus der Konterrevolution

Die **Regionalgruppe Güstrow** lädt Mitglieder, Leser und Interessenten für den **28. Februar** um **16 Uhr** ins Bürgerhaus, Raum 1, ein. **Oberst a. D. der HVA Bernd Fischer** spricht über das Thema

Wer sind die Luntener im Nahen Osten?

Menschenrechte in der BRD nicht gefragt: die Contergan-Falle Anatomie eines Konzernverbrechens

Weltgeschichtliche oder die Massen ergreifende Ereignisse inspirieren, besonders bei runden Jahrestagen, Millionen Menschen. Regierungen sehen sich oftmals zu Gedenkfeiern veranlaßt. Natürlich hängt das Begehen solcher Jubiläen von Lebensauffassung und politischer Überzeugung jedes einzelnen ab. Derartige Vorgänge erhalten durch Presse, Fernsehen und Politiker viel Öffentlichkeit. So war das vor mehr als 50 Jahren, als der Grünenthal-Konzern ein angeblich nur schmerzlinderndes und den Schlaf beförderndes Präparat namens Contergan auf den Markt gebracht hatte. So lautete übrigens auch der Titel eines zweiteiligen Fernsehfilms, der Anfang November vergangenen Jahres von der ARD gesendet wurde. Er rief Fakten, Hintergründe und Zusammenhänge des Skandals in Erinnerung.

Zu jener Zeit war ein horrender Anstieg mißgebildeter Neugeborener festzustellen. Den Säuglingen fehlten Arme und Beine, Hände und Füße waren direkt am Körper angewachsen. Trotz massiv geäußerten Bedenken und energischer Forderungen auch von Wissenschaftlern und anderen Sachkundigen nach sofortiger Einstellung der Produktion dieses sich als Falle erweisenden Giftstoffes durfte ihn das dadurch expandierende Unternehmen noch monatelang herstellen und verkaufen. Die Anfertigung von Gutachten und Gegengutachten sowie diese entkräftenden neuen Bewertungen dauerte ihre Zeit. Auf diese Weise und durch andere advokatische Winkelzüge zog sich der Prozeß gegen sieben Hauptverantwortliche sieben Jahre lang hin. Den Abschluß dieses Kapitels in der bundesdeutschen Verbrechensgeschichte bildeten Freisprüche wegen geringfügiger Schuld, obwohl das Pseudomedikament 2500 Föten abtötete, während viermal so

viel Kinder verkrüppelt zur Welt kamen, die neben ihrer körperlichen Behinderung auch gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt waren. Eine junge Mutter, die ihr durch Contergan verstümmeltes Baby aus Verzweiflung getötet hatte, weil sie ihm die Qualen in einer gnadenlosen Ellbogengesellschaft ersparen wollte, wurde freigesprochen. Das war ein in der Justizgeschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

Der Vollständigkeit halber wäre noch festzuhalten, daß sich das Contergan-Unternehmen seit Generationen in Familienbesitz befindet, zu den 100 kapitalstärksten Konzernen der BRD gehört, über 4000 „Mitarbeiter“ beschäftigt, im Geschäftsjahr 2006 rund 850 Millionen Euro Umsatz tätigte und sich über den erzielten Nettogewinn eisig ausschweigt. Aus der Zahlung einer Entschädigungsrente von 100 bis maximal 550 Euro pro Person hat sich die berüchtigte Firma, die in ihrer Werbung die freiverkäufliche Verkrüppelungstablette einst als „Zuckerplätzchen“ anpries, vor zehn Jahren sang- und klanglos verabschiedet. Dies besorgt seitdem allein der vom Steuerzahler finanzierte Staat.

Ein Film kann Geschehnisse und deren Hintergründe nicht umfassend darstellen und erhellen. Überdies gilt es, Rückblicken auf das in der BRD ökonomisch herrschende und die Regierung politisch aushaltende Kapital zu nehmen. Um so anerkannter sind die Offenheit und der Mut der Schöpfer des Contergan-Streifens, dessen als Schutzbehauptung dienender Vorspann an das Fernsehpublikum appellierte, die Darsteller nicht mit den „frei erfundenen Figuren und Dialogen“ zu identifizieren. Vielleicht hat ein Vorkommnis zu dieser Sorge Anlaß gegeben. Der Grünenthal-Konzern, der den Contergan-Skandal als bloßen Ausrutscher, als tragische Episode darstellen möchte, um von der kapitalistischen Profitgier abzulenken, erwirkte nämlich eine einstweilige Verfügung gegen den Film. Erst nach 18monatigem Rechtsstreit durfte er überhaupt gezeigt werden. Fast gleichzeitig mußte die BAYER-AG, von der ebenfalls mannigfaltige Gesundheitsgefährdungen ausgehen, ein blutstillendes Mittel für Operationen vom Markt nehmen. Es handelt sich nicht um das seit 1970 auf dem Markt befindliche und ebenfalls risikoreiche „Trasyolol“. Tausende abgestorbene Föten und bald nach der Geburt zu Grabe getragene Kleinstkinder, Tausende fehlende Arme und Beine durch ein „Zuckerplätzchen“, Hunderte Opfer eines untauglichen Präparats zur Blutgerinnung – das sind die Alltagsfallen des Kapitalismus.

Siegfried Joch, Plauen

Das Klima ist nicht prima

Man spricht jetzt viel vom Klimaschutz, weil sich das Wetter wandelt; haut endlich auch mal auf den Putz, wenn sich's um Wasser handelt.

In Grönland sah man plätschern das Wasser von den Gletschern ins Meer sich weit ergießen, wann wird es überfließen?

Es steht das Wasser jedenfalls für viele Menschen bis zum Hals nicht nur in fernen Ländern, es muß sich etwas ändern! Was ist der Grund für Trockenheit in Afrika, wo Kinder verdursten? – Und die Sünder?

Die Wirkung sieht man wohl, allein es fehlt die Gabe, zu finden, was man sah am Pol, wo es die Wurzeln hat, das Übel, das uns droht auf Leben und Tod.

Als großen Schadstoffsünder hat man das Auto überführt, doch Mehldorn keinen Finger rührt, daß unsre Luft gesünder, wenn denn der Fahrpreis sinke nach Gasen es nicht stinke.

Auch könnte man im Haushalt sich ein wenig drum bemühen, bei Temperaturen winterlich 'ne Jacke anzuziehen'. Auf kleiner Flamme kochen und nicht auf Wohlstand pochen!

Jedoch, wo ist der große Fisch, der Hai mit scharfen Zähnen, der frißt und frißt freigew vom Tisch, – vergaß man's zu erwähnen – das Leben auf der Erde, daß stets er größer werde!

Ich frage mich, womit, womit führt heutzutage man Kriege, verwandelt sie in Siege? – Weiß doch bekanntlich jedes Kind, wenn die Soldaten schießen daß es nicht junge Erbsen sind, die aus den Rohren fließen.

Womit, womit, so frage ich, wohl die Tornados fliegen? Ob sie vielleicht mit Apfelsaft als Treibstoff sich begnügen?

Womit, womit bewegen sich die Panzer und Raketen? Statt Kölnisch Wasser sicherlich ist hier Benzin vonnöten.

Hat man das noch nie bedacht oder wissend so gemacht, hilfsbereit und Hand in Hand, saubere Luft für jedes Land, wo man Frieden stiften muß.

Ist's der Weisheit letzter Stuß, daß als Richter oder Schlichter man sich in der Welt bewährt mit dem Schwert?

Oder gibt es gute Gründe, was uns nützt, das ist nicht Sünde. „Frieden bringen“ = Profit schwarzer Rauch gen Himmel zieht.

Käthe Seelig

Der bekannte Publizist und Autor der „jungen Welt“ **Jürgen Elsässer** spricht am **16. Februar** um **10 Uhr** im Zentrum Arche N, Reitbahnweg 38, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg** über das Thema

**Die aktuelle
Kriegsgefahr
– vom Balkan
bis zum Mittleren
Osten**

Das System spricht im Namen von allen, an alle richtet es seine gebieterischen Befehle zum Konsumieren, unter allen verbreitet es das Kauffieber. Aber es gibt kein Durchkommen: Für fast alle beginnt und endet dieses Abenteuer vor dem Bildschirm. Die Mehrheit, die sich verschuldet, um Sachen zu besitzen, hat am Schluß nichts als Schulden, die wiederum neue Verschuldung hervorbringen, und endet mit der Aufzehrung der Phantasien, die sich manchmal in ein Delikt umsetzen.

Das Recht auf Verschwendung, Privileg weniger, behauptet, die Freiheit aller zu sein. Sag mir, wieviel du verbrauchst, und ich sage dir, wieviel du wert bist. Diese Zivilisation läßt weder die Blumen noch die Hühner noch die Menschen schlafen. In den Treibhäusern werden die Blumen Dauerlicht unterworfen, damit sie schneller wachsen. In den Eierfabriken ist den Hühnern auch die Nacht verboten. Und die Menschen sind wegen der Kaufmanie und der inneren Unruhe, bezahlen zu müssen, zur Schlaflosigkeit verurteilt. Diese Lebensweise ist nicht gut für sie, aber sehr vorteilhaft für die Pharmaindustrie.

Die USA-Bürger verbrauchen die Hälfte aller Beruhigungsmittel, Mittel gegen Beklemmung und andere chemische Drogen, die legal in der Welt verkauft werden, und mehr als die Hälfte der verbotenen Drogen, die illegal im Handel sind. Man bedenke, daß die Vereinigten Staaten kaum fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen.

„Unglückliche Leute, die leben, um sich gegeneinander abzuschätzen“, bedauert eine Frau im Viertel Buceo von Montevideo. „Wenn ihr nichts habt, denkt ihr, ihr taugt nichts“, sagt ein Junge im Bairro Villa Fiorito von Buenos Aires. Und ein anderer beweist in der dominikanischen Stadt San Francisco de Macoris: „Meine Brüder arbeiten für Markenklamotten. Sie leben, Etiketten kaufend und Blut und Wasser schwitzend, um die Summen aufzubringen.“

Unsichtbare Gewalt des Marktes: Die Serienproduktion, im gigantischen Maßstab, setzt überall ihre Pflichtnormen des Konsums. Diese Diktatur drückt der ganzen Welt eine Lebensweise auf, die die Menschen wie Kopien des beispielhaften Konsumenten reproduziert.

Eine solche Zivilisation, die die Quantität mit der Qualität verwechselt, bringt Korporulenz mit guter Ernährung durcheinander. Der beispielhafte Konsument steigt nur aus dem Auto, um zu arbeiten und um fernzusehen. Vor dem kleinen Bildschirm sitzend, verbringt er vier Stunden täglich, Plastikkost hinunterschlingend.

Es triumphiert der als Essen verkleidete Abfall: Diese Industrie erobert die Gauen der Welt und schlägt die Traditionen der örtlichen Küche kurz und klein. Die Sitten des guten Essens, die von weither kommen, haben in manchen Ländern Tausende von Jahren Raffinesse und Vielfalt und sind ein kollektives Erbe der Menschheit, das sich auf irgendeine Weise auf dem Herd von allen befindet und nicht nur auf dem Tisch der Reichen. Diese Traditionen, diese Zeichen kultu-

reller Identität, diese Feste des Lebens, werden auf blitzartige Weise durch den Einschlag des chemischen und einzigen Geschmacks zerstört. Die riesige Armee von McDonald's schießt Hamburger in die Mäuler von Kindern und Erwachsenen auf dem ganzen Planeten. Der doppelte Bogen dieses Ms diente während der Eroberung der Länder Osteuropas als Standarte. Die Schlangen vor McDonald's in Moskau, 1990 mit Pauken und Trompeten eingeweiht, symbolisierten den Sieg des Westens mit so viel Beredsamkeit wie der Fall der Berliner Mauer.

Die Massenkonsumenten erhalten Befehle in einer universellen Sprache: Die Werbung erreichte, was das Esperanto wollte und nicht durfte. Überall verste-

Das Shopping-Center oder die Shopping-Meile, Schaufenster aller Schaufenster, drückt seine überwältigende Anwesenheit durch. Die Massen strömen in Wallfahrten zu diesem Großtempel der Konsummesse herbei. Die Mehrheit der Gottergebenen betrachtet in Ekstase die Dinge, die ihre Geldbeutel nicht bezahlen können, während sich die Minderheit der Käufer dem ununterbrochenen und erschöpfenden Angebotsbombardement unterwirft. Das Gedränge, das mit der Rolltreppe hoch- und runterfährt, reist um die ganze Welt: Die Modelle ziehen sich wie in Mailand oder Paris an, und die Maschinen klingen wie in Chicago. Um sie zu sehen und zu hören, ist es nicht notwendig, den Fahrpreis zu bezahlen.

Warum McDonald's zum Maß westlicher Zivilisation wurde Das Konsum-Imperium

hen alle die Botschaften, die der Fernseher übermittelt. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verdoppelten sich die weltweiten Ausgaben für Werbung. Dank ihrer trinken die armen Kinder immer mehr Coca-Cola und immer weniger Milch. Die sehr armen Häuser haben kein Bett, aber sie besitzen einen auf Raten erworbenen Fernsehapparat. Niemand hört zu, aber er spricht für alle. Arme und Reiche lernen so die Tugenden des letzten Automodells kennen, und Arme und Reiche erfahren die vorteilhaften Ratenzahlungen, die diese oder jene Bank anbietet.

Die Experten verstehen es, Waren in Zaubereinheiten gegen die Einsamkeit zu verwandeln. Die Dinge haben menschliche Bestimmungen: Sie streicheln, begleiten, verstehen, helfen, das Parfüm küßt dich, und das Auto ist der Freund, der niemals versagt. Und die Dinge können nicht nur umarmen: Sie können auch Symbole des sozialen Aufstiegs sein, Passierscheine, um die Grenzen der Klassengesellschaft zu überwinden, Schlüssel, die verbotene Türen öffnen. Je exklusiver, desto besser: Die Dinge wählen dich aus und retten dich aus der Massenanonymität. Die Werbung informiert nicht so sehr über das Produkt, das sie verkauft. Ihre Funktion besteht in erster Linie in der Frustkompensierung und Nahrung von Phantasien: In wen möchten Sie sich verwandeln, wenn Sie diese Rasierlotion kaufen?

Der Kriminologe Anthony Platt beobachtete, daß die Straftaten auf der Straße nicht nur Folge extremer Armut sind. Sie sind auch die Frucht der individualistischen Ethik. Die gesellschaftliche Besessenheit des Erfolgs, sagt Platt, wirkt sich entscheidend auf die illegale Aneignung der Dinge aus.

Die Konsumkultur ist die Kultur des Flüchtigen. Sie verurteilt alles zur Nichtverwendung. Die Dinge altern während eines Augenblinzeln, um von anderen kurzlebigen Dingen ersetzt zu werden. Heutzutage ist das einzige, was Bestand hat, die Unsicherheit: Die Waren, zur Nicht-Haltbarkeit fabriziert, zeigen sich so flüchtig wie das Kapital, das sie finanziert, und die Arbeit, die sie schafft. Das Geld fliegt in Lichtgeschwindigkeit: Gestern war es dort, heute ist es hier, morgen wer weiß wo. Alle Arbeiter aber sind potentiell Erwerbslose.

Die Besitzer der Welt benutzen die Erde, als ob sie ausschaltbar wäre: eine Ware des flüchtigen Lebens, die sich ausverkauft, wie sich, von kurz nach der Geburt an, die Bilder, die das Maschinengewehr des Fernsehschirms schießt, und die Moden und die Idole, die die Werbung ohne Waffenruhe auf den Markt wirft, erschöpfen. Sind wir alle dazu verpflichtet, das Märchen zu glauben, Gott habe den Planeten an einige Unternehmen verkauft, weil er schlecht gelaunt entschied, das Universum zu privatisieren? Die Konsumgesellschaft ist eine Dummenfänger-Falle. Diejenigen, die das Heft in der Hand haben, täuschen vor, es zu ignorieren, aber jeder, der Augen im Kopf hat, kann sehen, daß die große Mehrheit der Erdbewohner wenig konsumiert, sehr wenig oder notwendigerweise nichts, um die Existenz des bißchen Natur, das uns bleibt, zu garantieren.

Denn es gibt keine Natur, die dazu in der Lage wäre, ein Shopping-Center in der Größe des Planeten zu versorgen.

Eduardo Galeano, Uruguay

Übersetzung: Isolda Bohler

Ein „guter deutscher Patriot“ versorgt das Land mit Milch Alles Müller oder was?



Das hier, das ist der Herr Müller. Der Herr Müller kommt aus Aretried, das liegt in Bayern, also ganz im Süden. Der Herr Müller ist ein Unternehmer. Und das, was in den Fabriken von Herrn Müller hergestellt wird, habt ihr sicher alle schon mal gesehen, wenn ihr im Supermarkt ward.

Der Herr Müller stellt nämlich lauter Sachen her, die aus Milch gemacht werden. Na ja, eigentlich stellen die Kühe die Milch her, aber der Herr Müller verpackt sie schön und sorgt dafür, daß sie in den Supermarkt kommt, wo ihr sie dann kaufen könnt.

Die Sachen, die der Herr Müller herstellt, sind so gut, daß sogar der Herr Bohlen dafür Werbung gemacht hat.

Weil der Herr Müller ein Unternehmer ist, hat er sich gedacht, er unternimmt mal was und baut eine neue Fabrik. Und zwar baut er sie in Sachsen, das ist ganz im Osten.

Eigentlich braucht niemand eine neue Milchfabrik, weil es schon viel zu viele davon gibt – und diese viel zu viele Milchprodukte produzieren –, aber der Herr Müller hat sie trotzdem gebaut.

Und weil die Leute in Sachsen ganz arm sind und keine Arbeitsplätze haben, unterstützt der Staat den Bau neuer Fabriken mit Geld. Arbeitsplätze hat man nämlich im Gegensatz zu Milchprodukten nie genug.

Also hat der Herr Müller einen Antrag ausgefüllt, ihn zur Post gebracht und abgeschickt. Ein paar Tage später haben ihm dann das Land Sachsen und die Herren von der Europäischen Union in Brüssel einen Scheck über 70 Millionen Euro geschickt. 70 Millionen, das ist eine Zahl mit sieben Nullen – also ganz viel Geld. Viel mehr, als in euer Sparschwein paßt.

Der Herr Müller hat also seine neue Fabrik gebaut und 158 Leute eingestellt. Hurra, Herr Müller! Nachdem die neue Fabrik von Herrn Müller nun ganz viele Milchprodukte hergestellt hat, hat er gemerkt, daß er sie gar nicht verkaufen kann, denn es gibt ja viel zu viele Fabriken und Milchprodukte.

Na ja, eigentlich hat er das schon vorher gewußt, auch die Herren vom Land Sachsen und der Europäischen Union haben das gewußt – es ist nämlich kein Ge-

heimnis. Das Geld haben sie ihm trotzdem gegeben. Ist ja nicht ihr Geld, sondern eures. Klingt komisch, ist aber so. Also, was hat er gemacht, der Herr Müller?

In Niedersachsen, das ist ziemlich weit im Norden, hat der Herr Müller auch eine Fabrik. Die steht da schon seit 85 Jahren, und irgendwann hatte der Herr Müller sie gekauft. Weil er jetzt die schöne neue Fabrik in Sachsen hatte, hat der Herr Müller die alte Fabrik in Niedersachsen nicht mehr gebraucht, er hat sie geschlossen, und 175 Menschen haben ihre Arbeit verloren. Wenn ihr in der Schule gut aufgepaßt habt, dann habt ihr sicher schon gemerkt, daß der Herr Müller 17 Arbeitsplätze weniger geschaffen hat, als er abgebaut hat. Dafür hat er 70 Millionen Euro bekommen.

Wenn ihr jetzt die 70 Millionen durch 17 teilt, dafür könnt ihr ruhig einen Taschenrechner nehmen, dann wißt ihr, daß der Herr Müller für jeden vernichteten Arbeitsplatz über 4 Millionen Euro bekommen hat.

Da lacht er, der Herr Müller – natürlich nur, wenn niemand hinsieht. Ansonsten guckt er ganz traurig und erzählt jedem, wie schlecht es ihm geht.

Aber der Herr Müller sitzt nicht nur rum, sondern er sorgt auch dafür, daß es ihm besser geht.

Er ist nämlich sparsam, der Herr Müller. Sicher kennt ihr die Becher, in denen früher die Milch von Herrn Müller verkauft wurde. Die schmeckt gut, und es paßten 500 ml rein, das ist ein halber Liter. Seit einiger Zeit verkauft der Herr Müller seine Milch aber in lustigen Flaschen, weniger in Bechern. Die Flaschen sind praktisch, weil man sie wieder verschließen kann, und sie sehen hübsch aus. Allerdings sind nur noch 400 ml drin, sie kosten aber dasselbe. Da spart er was, der Herr Müller – und sparen ist eine Tugend, das wissen wir alle.

Wenn ihr das nächste Mal im Supermarkt seid, dann laßt doch einfach die Sachen vom Herrn Müller im Regal stehen, und kauft die Sachen, die daneben stehen. Die schmecken genauso gut, sind meistens billiger und werden vielleicht von einem Unternehmer hergestellt, für den der Begriff „soziale Verantwortung“ noch eine Bedeutung hat.

Und an alle, an denen DAS noch vorbeigegangen ist: Der gute Herr Müller unterstützt seit Jahren die NPd durch Parteispenden – die ist nämlich sein guter Freund. Ein noch viel wichtigerer Grund, die Sachen im Regal stehen zu lassen!

Ach übrigens, da fällt mir ja ein, der Herr Müller will auch Erbschaftssteuer sparen und hat daher beschlossen, seinen Wohnsitz nach Österreich zu verlegen.

Über das Internet verbreitetes Flugblatt von Verbraucherschützern, dem RF eingesandt durch Wolfgang Mey, Berlin

Wie das BRD-Kapital expandiert Notizen eines Invest-Beobachters

Die BRD plustert sich als Exportweltmeister auf. Politiker und Medien informieren uns darüber unablässig mit geschwelter Brust. Eine Frage, die weniger freudvoll beantwortet wird, betrifft den Anteil, der davon in Firmen ausländischer Eigentümer produziert wird. Allerdings fließt auch ein sehr breiter Strom deutschen Investkapitals ins Ausland. Daran hängen viele Arbeitsplätze. Und es ergießt sich eine viel geringere Summe ausländischen Investkapitals in die BRD. Mit ihr sind weitaus weniger Arbeitsplätze verbunden. Das wird jährlich exakt analysiert.

„Kapitalverflechtung mit dem Ausland – Sonderveröffentlichung 10“, heißt eine von der Deutschen Bundesbank erarbeitete Studie. Das interessanteste an dieser rund 70 Seiten umfassenden Auswertung sind die Beschäftigtenzahlen. 2005 waren bei BRD-Firmen im Ausland insgesamt 4,977 Millionen Menschen tätig, davon allein 788 000 in den USA. Bei ausländischen Firmen in der BRD arbeiteten indes

nur 2,162 Millionen, darunter 388 000 bei USA-Unternehmen hierzulande.

Seit 2000 haben deutsche Unternehmen im Ausland um 537 000 Beschäftigte zugelegt, in den Vereinigten Staaten um 19 000. Andererseits gab es bei ausländischen Firmen in Deutschland eine Zunahme von insgesamt lediglich 20 000. USA-Unternehmen in der BRD strichen sogar 112000 Arbeitsplätze. Bundesdeutsche Firmen haben also rapide expandiert, die Amis beim deutschen Bruder ebenso rasant abgebaut.

Auch die eingesetzten Bilanzsummen streben weit auseinander. 2005 waren es im Ausland enorme 6,069 Mrd. Euro, während die BRD 2,005 Mrd. Euro auswies. Diese Zahlen lassen erkennen, welche Investitionsstandorte heute gefragt sind. Und ein gewisser Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit ist auch sichtbar. Die ganze Entwicklung vollzieht sich, ohne daß die Öffentlichkeit davon auch nur Notiz nimmt oder daß lebhaftige Diskussionen entbrennen. Das scheinbare Desinteresse dürfte gewollt sein. **Joachim Spitzner**

Über Raubtiere in der Arena des Bundestages Das Reich zerfiel, die Reichen blieben

Als 1974 das Buch „Das Reich zerfiel, die Reichen blieben“ des SPD-Mitglieds und Vizepräsidenten des PEN-Zentrums der BRD Bernt Engelmann herauskam, bat dieser einleitend, das Motiv seiner Veröffentlichung zur Kenntnis zu nehmen: „Der einzige Grund, weshalb wir uns mit den Superreichen und Super-Einflussreichen eines scheinbar untergegangenen Gesellschafts- und Herrschaftssystems beschäftigen, ist die Frage: Was ist übriggeblieben von der Macht und dem Reichtum derer, die schon vor dem Ersten Weltkrieg Deutschland beherrschten und einem Sechzigmillionenvolk ihren Willen aufzwingen?“

Inzwischen darf ergänzend gefragt werden: Was ist nach dem Zweiten Weltkrieg von der Macht jener Superreichen und Supereinflussreichen übriggeblieben, und was ist nach der Einverleibung des Territoriums der DDR im Herbst 1990 hinzugekommen?

Sicherlich: Manche altbekannten Namen sind über die Zeit ausgestorben, andere erscheinen inzwischen, obwohl im Familienbesitz geblieben, unter neuer Bezeichnung in der Liste der Herrschenden.

Engelmann führte damals 400 Namen „der großen alten Vermögen“ auf, die 1974 in der Bundesrepublik noch immer weiterhin das „Sagen“ hatten. Nicht wenige ihrer Träger saßen jetzt im Bundestag. Die Liste ist aufschlußreich, zeigt sie doch, wie sehr das Bonner Parlament ein „Haus des Volkes“ ist:

- 1949–1953** Fugger von Glött, Josef-Ernst Fürst; geb. 26. 10. 1895; CSU
- 1949–1953** Henle, Dr. Günther; geb. 3. 2. 1899; CDU
- 1949–1952** Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst zu, geb. 22. 3. 1885; BP
- 1949–1965** Pferdenges, Dr. h.c. Robert, geb. 27. 3. 1880; CDU
- 1953–1961** Henckel von Donnersmarck, Dr. Georg Graf, geb. 5. 8. 1902; CSU
- 1953–1965** Bismarck, Otto Fürst, geb. 25. 9. 1897; CDU
- 1957–1965** Haniel-Niethammer, Dr. Fritz von, geb. 20. 7. 1895; CSU
- 1957–1965** Knorr, Dr. Friedrich, geb. 10. 11. 1904; CSU
- 1957–1972** Guttenberg, Karl Theodor, Freiherr von und zu, geb. 23. 5. 1921; CSU
- 1957–1976** Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von, geb. 17. 10. 1916; CSU
- 1965–1969** Gemmingen-Hornberg, Gustav Freiherr von, geb. 7. 4. 1925; FDP
- 1965–1972** Giulini, Dr. Udo, geb. 12. 2. 1918; CDU
- 1976–1983** Heydt, Freiherr von Massenbach, Peter von der, geb. 2. 9. 1938; CDU.

Ein Blick in Engelmanns Buch verdeutlicht, welche ökonomischen Machtpositionen und -interessen sich dahinter verborgen und verbergen. Unverhohlen gierten diese Magnaten seit 1949 auf ihren Besitz, der in der DDR Volkseigentum geworden war. Verklausuliert hält der sogenannte

Einigungsvertrag in Artikel 233 § 2 fest: „Wem bisheriges Volkseigentum zufällt, oder wer die Verfügungsbefugnis über bisheriges Volkseigentum erlangt, richtet sich nach den besonderen Vorschriften über die Abwicklung des Volkseigentums.“ Hunderttausende DDR-Bürger erlebten schon bald hautnah diese „besonderen Vorschriften“ und durften sich wieder an die Namen der „alten Vermögenden“ gewöhnen.

Von der Bundeszentrale für politische Bildung im 4. Quartal 2006 in Bonn herausgegebene „Informationen“ beschäftigten sich eingehend mit dem Thema „Unternehmen und Produktion“. Sie brachten die Dinge auf den Punkt: „Einstellung oder Entlassung von Mitarbeitern sind in marktwirtschaftlich organisierten Unternehmen vor allem darauf ausgerichtet, Gewinn zu erzielen.“ Der Autorenkreis des Quartalsblatts scheute sich nicht, aus dem „Kommunistischen Manifest“ zu zitieren, vermied aber jeden Hinweis auf das in der DDR von kapitalistischen Ausbeutern freie Wirtschaftssystem.

Immerhin präsentierte man aussagekräftige Fakten. Hier eine Auswahl von Originalformulierungen der Bundeszentrale: „Tausende Experten arbeiten täglich an immer neuen Modellen, nach denen internationale Konzerne immer weniger Steuern zahlen müssen.“ „Ende der 90er Jahre waren die gezahlten Dividenden der deutschen Kapitalgesellschaften doppelt so hoch wie die gezahlten Steuern. Inzwischen betragen sie das Vierfache. Die Gewinnausschüttungen der Konzerne steigen also stärker als ihre Steuerzahlungen.“ „Spitzenmanager erhalten heute das Zweihundert bis Dreihundertfache des Jahreseinkommens eines durchschnittlichen gewerblichen Angestellten.“ „Seit Jahren schrumpft die Zahl der Firmen, die ordentliches Mitglied im Arbeitgeber-

verband sind und sich damit verpflichten, Tariflöhne zu zahlen. Heute arbeitet schätzungsweise nur gut die Hälfte der Metall-Beschäftigten in Unternehmen, die sich an den Flächentarifvertrag halten. Anfang der 90er Jahre waren es noch 70 Prozent.“ „Da viele Betriebe inzwischen gar nicht mehr an Tarifverträge gebunden sind, fordern Arbeitnehmervertreter eine gesetzliche Festlegung vor allem für ein existenzsicherndes Mindesteinkommen.“

„Gleichzeitig sinkt die Zahl der organisierten Gewerkschaftsmitglieder. Im Zeitraum von 2001 bis 2005 sank sie beispielsweise bei ver.di von 2,81 auf 2,36 Millionen, bei der IG Metall von 2,71 auf 2,38 Millionen.“

„Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit waren im Juni 2006 von ca. 39 Millionen Erwerbstätigen nur 26,35 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon arbeiteten 21,8 Millionen Vollzeit und 4,5 Millionen Teilzeit. 85 Prozent davon waren Frauen. 6,75 Millionen Menschen galten als geringfügig beschäftigt, 4,39 Millionen Menschen waren selbständig beschäftigt.“

„Zeitarbeit – die Kritiker sprechen lieber von Leiharbeit – boomt in Deutschland. 1996 waren erst 149 000 Menschen in dieser „Branche“ tätig, bis Ende 2005 hat sich die Zahl auf 465 000 mehr als verdreifacht. Ende 2006 dürften sich nach Schätzungen des Bundesverbands Zeitarbeit (BZA) dann 550 000 Beschäftigte bei den 4500 deutschen Zeitarbeitsunternehmen verdingt haben.“

Raubtierkapitalismus und Sklavenhandel – eine deutsche Symbiose?

Der Offenbarungseid der „Bundeszentrale für politische Bildung“ gipfelt in dem Satz: „Die Gegenwart läßt sich nicht fort-schreiben und die Zukunft ist unsicher.“

Hans Horn

Durchlaucht holzt ab

Wettiner verfolgt störende Pilzsammler“. Unter dieser Überschrift berichtete die „Sächsische Zeitung“ am 20. 9. 2007: „Die derzeitige Pilzschwemme in Sachsens Wäldern bringt die Forstleute zum Verzweifeln. Parkende Autos auf den Waldwegen behindern die immer noch laufenden Aufräumarbeiten nach dem Orkan Kyrill von Anfang Januar. Insbesondere der Wettiner-Prinz und Waldbesitzer Rüdiger von Sachsen geht jetzt hart gegen die Falschparker in seinem 1200 ha großen Besitz rund um Moritzburg vor. ‚Wir lassen abschleppen‘, sagt von Sachsen. ‚Das geht richtig ins Geld.‘ Zu den Abschleppkosten kommen noch Betriebsausfallkosten für die Mitarbeiter und Technik. ‚Der Spaß ist jetzt vorbei‘, sagt von Sachsen, der ebenso rigoros Holzdiebe und Weihnachtsbaumdiebstahler verfolgt.“ *Eingesandt von Bruno Zinke*



Foto: Prinz Rüdiger von Sachsen in „seinem“ Moritzburger Wald

Nochmals zu den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus

Ein Muttermal der alten Gesellschaft?

Noch einmal melde ich mich zu Wort, weil in unserer wichtigen Zeitschrift zu viel Halbwahres, gar Unsinniges über Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, über wissenschaftlichen Sozialismus und die Niederlage der sozialistischen Länder Europas zu finden ist. Das möchte ich nicht unwidersprochen lassen.

So fragt Manfred Höfer (Nr. 116), ob es tatsächlich möglich sei, einzelne Kategorien aus dem Zusammenhang (der kapitalistischen Warenproduktion, F. M.) herauszulösen und in ein von Grund auf anders strukturiertes System einzupflanzen. Mit der Synthese von Plan und Markt hätte das der Sozialismus zwar versucht, aber dabei Schiffbruch erlitten. Es bliebe nur eine Alternative: bei veränderten Macht- und Eigentumsverhältnissen das warenkapitalistische System als Ganzes zu übernehmen und der neuen Gesellschaft dienstbar zu machen, wie bei Lenins Neuer Ökonomischer Politik (NÖP) und der sozialistischen Marktwirtschaft in China. Beide stellen Wege zum Sozialismus dar. Solche Übergänge als Reformismus abzukanzeln, wie es zum Teil geschieht, ist ein alter Hut, der niemandem mehr gut zu Gesicht steht.

Andere, wie Prof. Ingo Wagner, dessen ausgezeichnete Polemik gegen Dietrichs Alchimie (ebenfalls Nr. 116) ich voll unterstütze, dulden trotz eigener besserer Einsichten und Aussagen Ware-Geld-Beziehungen nur als „Muttermal der kapitalistischen Gesellschaft mit sozialistischem Gepräge“. Aber eine solche Duldung haben diese Beziehungen im Sozialismus gar nicht nötig, sie ergeben sich nämlich unmittelbar aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen, sind deren Bestandteil, weil ökonomisch selbständige Einheiten, welcher Form auch immer, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung, sogar zunehmend weltweiter Natur, zu meistern haben. Auch das von Marx hervorgehobene Leistungsprinzip ist dafür mit ursächlich. Alles wurde von mir wiederholt nachgewiesen, übrigens schon zu Zeiten der DDR an der Parteihochschule „Karl Marx“. Ebenso tat es Prof. Walfried Schließer an der Hochschule für Ökonomie (nachzulesen in „Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick“, GNN-Verlag 2006, S. 159 ff.). Die Gedanken Wagners zur Perspektive dieser Beziehungen im Kommunismus teile ich überwiegend, besonders, daß dort auch ökonomische Rationalität erforderlich bleiben wird.

Die Synthese von Plan und Markt für die Niederlage des „Sozialismus“ verantwortlich zu machen, wie Höfer es tut, stellt die Dinge auf den Kopf. Wir hätten diese gerade viel mehr versuchen müssen, wie es im Neuen Ökonomischen System (NÖS) auch angedacht war, und zwar endlich auch in der Parteipraxis. In der Wissenschaft und in den Kombinatn hatte man das weit vorher gewollt. Aber schon bald war es

der Parteiführung unter Erich Honecker und Günter Mittag nicht mehr genehm, weil es die absolute Macht der Zentrale über die Wirtschaft eingeschränkt hätte. Damit war das Debakel vorprogrammiert, wie auch 1. Kreissekretäre der Partei im Rahmen der sehr verdienstvollen „Rot-Fuchs“-Debatte über unsere Niederlage und deren inneren Ursachenkomplex zum Ausdruck brachten.

Leider gibt es kaum praktische Erfahrungen, wie eine zentrale gesellschaftliche Rahmen- und Strukturplanung mit den eigenwirtschaftlichen Einheiten und dem Markt effizient, dem Volke dienend, zu verbinden ist.

Sich immer wieder auf Marx bei der Negierung von Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus zu berufen, ist gegen ihn selbst insofern unfair, weil er damals von einer nur kurzen Übergangsphase bei einem gleichzeitigen Sieg des Sozialismus in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten ausging und nicht von einer relativ eigenständigen Gesellschaftsformation, als die sich der Realsozialismus des 20. Jahrhunderts erwies. In der DDR wurde das ja auch wissenschaftlich gefaßt. Zweifellos besitzt Walter Ulbricht hierbei ein besonderes Verdienst. Diese wichtige Erkenntnis wurde wie das ganze NÖS leider wieder zurückgeschraubt, offenbar nicht zuletzt deshalb, weil die KPdSU-Führung von der voluntaristischen Vorstellung ausging, den Kommu-

nismus schon zu ihren Lebzeiten siegen zu lassen.

Marx' negierende Bemerkungen (es gibt auch bejahende) zu Ware/Wert/Geld beziehen sich auf den Kommunismus, wenn man den Text genau liest.

Die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus wie dessen Politische Ökonomie müssen also schöpferisch auf die heutigen und künftigen Verhältnisse angewandt und den neuen Realitäten entsprechend weiterentwickelt werden. Alles andere wäre eine dogmatische Einengung des Marxismus, die uns bereits genug geschadet hat. Mit dem Hin- und Herdrehen von Marx-Zitaten ist da nicht viel zu erreichen, sondern nur mit der inhaltlichen Anwendung seiner Dialektik. Auch wenn es viele einmal in der Vergangenheit anders gelehrt und gelernt haben.

Mit Recht bemüht sich Ingo Wagner, ein zeitgemäßes Bild des wissenschaftlichen Sozialismus zu entwerfen, das auch Umweltnachhaltigkeit, ein neues System der gesellschaftlichen Arbeit und eine neue Lebensweise einbezieht. Anders ausgedrückt: Es geht um eine neue Welt, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aber dazu wissen wir noch viel zu wenig, dafür reichen die bereits gewonnenen positiven Erfahrungen im bisherigen Sozialismus bei weitem nicht aus. Dazu ist eine tiefgründige, allseitige und zugleich tabulose Forschungsarbeit über die Zukunft der menschlichen Gesellschaft erforderlich.

Prof. Dr. habil Fred Matho

**Herzlich
gratulieren
Verein und
Redaktion
den Jubilaren
des Monats
Februar
2008**

Ihren **85. Geburtstag** begehen die Genossen **Josef (Jupp) Jeschke (2. 2.)** aus Berlin, **Dr. Paul Reiter (3. 2.)** aus Leipzig, **Paul Benkert (9. 2.)** aus Freiberg und **Prof. Dr. Walter Hennig (23. 2.)** aus Berlin.

Als neue **80jährige** in unseren Reihen grüßen wir: **Gerhard Müller (4. 2.)** aus Neubrandenburg, **Karl Dlugosch (8. 2.)** aus Strausberg, **Rose Goellner (12. 2.)** aus Freiberg, **Hans Kopistecki (16. 2.)** aus Frankfurt/Oder, **Dr. Gerhard Lier (16. 2.)** aus Leipzig und **Fritz Jaeger (17. 2.)** aus Leipzig.

Ein besonders herzlicher Gruß gilt der „RotFuchs“-Aktivistin **Dr. Marianne Blankenhagen** aus Berlin, die am **21. 2.** das gleiche Alter erreicht.

Auch das Lager der **75jährigen** wächst weiter. **Herbert Steinbrecher (3. 2.)** aus Leipzig, **Arno Feige (13. 2.)** aus Berlin und **Rotraut Goslar (24. 2.)** aus Strausberg feiern diesen Festtag.

Als neue **70jährige** können wir begrüßen: **Käte Hess (1. 2.)** aus Eilenburg und **Horst Jehmlich (10. 2.)** aus Dresden.

Zum **65. Geburtstag** gratulieren wir **Klaus Schmidt (9. 2.)** aus Zwickau, **Annelie Tretzsch (13. 2.)** aus Meißen und **Karl-Heinz Peukert (15. 2.)** aus Neubrandenburg.

**Allen
Geburts-
tags-
kindern
herzliche
Glück-
wünsche!**

Unter der Überschrift „Wie der Große Golfkrieg begann“ beschrieb Niall Ferguson, Professor für Geschichte an der Harvard University, im Januar 2006 das Szenario eines 2007 beginnenden Weltkrieges aus dem Blickfeld eines fiktiven Beobachters im Jahre 2011. Der Autor führt drei Gründe für den Krieg an, dessen Ausgangspunkt wiederum die Golfregion ist.

Hauptgrund ist die rasche Erschöpfung der Ölreserven der Welt bei einem weiter stark wachsenden Bedarf vor allem der asiatischen Ökonomien.

Als zweiten Grund beschreibt Ferguson das Horrorszenario eines „biologischen Selbstmords“ Westeuropas durch einen drastischen Geburtenrückgang bei einem regelrechten Geburtenboom in moslemischen Staaten, allen voran Iran, wo es zu einem ungewöhnlichen Überhang an jungen Männern kommt. Im Zuge dieser Entwicklung vollzieht sich eine dramatische Verschiebung in der Balance der Weltbevölkerung.

Als dritte Ursache für den Krieg wird der eskalierende „Kampf der Kulturen“ benannt. Während der größere Teil der moslemischen Welt von einer Welle religiöser Leidenschaft getragen werde, leide Europa an der weiteren Säkularisierung (Verweltlichung).

Nach Ferguson würden von Marokko bis Pakistan überall feudale Dynastien oder Militärregierungen, die seit den 50er Jahren Macht ausgeübt hatten, unter enormen Druck religiöser Radikaler geraten. Die weitere Entwicklung des Szenarios speist sich aus bekannten Versatzstücken der neokonservativen Propaganda.

Versatzstück Nr. 1: Totalitarismuskonzeption. Der Islamismus wird zusammen mit Kommunismus und Faschismus als „extreme Ideologie“ des 20. Jahrhunderts klassifiziert, wobei als gemeinsame Merkmale aller drei „Ismen“ folgende Adjektive herausgestellt werden: „antiwestlich, antikapitalistisch und antisemitisch“.

Versatzstück Nr. 2: Präemptivkriegsdoktrin (Strategie des vorausseilenden Schlages). Unter Verweis auf die erfolgreiche Bombardierung der einzigen irakischen Atomanlage 1981 durch Israel forderten im Laufe des ganzen Jahres 2006 und in der ersten Hälfte des Jahres 2007 neokonservative und kriegslüsterne Senatoren ähnliche Angriffe von Präsident Bush. Schließlich verfüge man über Basen in Irak und in Afghanistan. Unter dem Druck der Befürworter einer diplomatischen Lösung sowie kriegsunwilliger Bevölkerungsteile in den USA und Europa entschied sich George W. Bush bisher nicht für einen von ihm gewollten Schlag. Eine Rolle spielte dabei die Diskreditierung der Washingtoner Kriegslüge über angebliche irakische Massenvernichtungsmittel sowie die starke, aber erfolglose Bindung der Streitkräfte des Pentagons und seiner Koalitionäre in Irak. Als wären die erfundenen Massenvernichtungswaffen keine bewiesene Tatsache, sondern eine Propagandalüge der Kriegsgegner, läßt sich Scharfmacher Ferguson wie folgt vernehmen: „Selbst wenn Ahmadinedjad

über CNN live einen Atomtest gesendet hätte – für Europas Liberale wäre das alles nur ein Manöver der CIA gewesen.“ Der Harvard-Historiker unterläßt bewußt die Frage nach den Gründen des Mißtrauens vieler Europäer gegenüber der Politik der USA-Administration (und deren williger Vasallen).

Versatzstück Nr. 3: „Appeasement-Politik“ (Beschwichtigungspolitik, gegenüber Hitler praktiziert). Ferguson unterstellt eine „Wiederholung der Geschichte, wie in den 30er Jahren, als ein antisemitischer Demagoge alle internationalen Verträge seines Landes brach und sich militärisch zum

Aus der „Sicht“ eines fiktiven Beobachters im Jahre 2011 bemerkt der hartgesottene Harvard-Mann: „Der zerstörerische thermonukleare Zusammenprall im August 2007 symbolisierte nicht nur das Scheitern der Diplomatie. Er markierte auch das Ende des Ölzeitalters. Und er erwies sich als Götterdämmerung des Westens. In Irak wurden die amerikanischen Basen gestürmt, und China drohte, Teheran militärisch zu unterstützen. Heute muß sich der Historiker fragen, ob die wirkliche Bedeutung des Krieges von 2007 bis 2011 nicht darin bestand, im nachhinein das Prinzip des Präventivschlags, für das

Wie sich Professor Ferguson für den 3. Weltkrieg warm macht

Versatzstücke eines USA-Horrorszenarios

Krieg rüstete“. Die Frage, warum die Vereinigten Staaten der mit weitem Abstand größte Produzent und Konsument von Kriegsgütern aller Art sind, und wofür, wenn nicht für Kriegszwecke, diese benötigt werden, bleibt selbstverständlich ungestellt. Auch die Tatsache, daß die Beschwichtigungspolitik dem Interesse des Westens folgte, die deutsche faschistische Expansion gen Osten zu lenken, um dort den Sozialismus zu vernichten, wird nicht erwähnt.

Versatzstück Nr. 4: Israel als „Ordnungsfaktor“ im Nahen und Mittleren Osten. Nachdem das Zustandekommen einer großen Koalition gegen Iran an den Vetomächten China und Rußland scheiterte, hätte nach Auffassung Fergusons nur ein Staat Präsident Bush zu einem härteren Vorgehen bewegen können: Israel. Aus Wunschenken, der Angst, Härte zu demonstrieren, und der Furcht vor dem Volkszorn hoffte man im Westen vergebens auf einen hausgemachten Regimewechsel in Teheran. Die Frage, warum Iran bis auf den heutigen Tag legitime Sicherheitsgarantien verweigert werden, bleibt ebenso unbeantwortet wie die Gründe dafür, daß sich Israel als einzige Nuklearmacht im Nahen Osten hartnäckig widersetzt, die Thematik einer atomwaffenfreien Region auch nur in Betracht zu ziehen – trotz offizieller Schutzmacht USA und inoffizieller Schutzmacht BRD. Von der aus dem Atomwaffensperrvertrag resultierenden Verpflichtung der Nuklearmächte zur atomaren Abrüstung ganz zu schweigen. Ebenso weicht Ferguson der Frage, auf welche Ziele denn die gesamte Triade israelischer Kernwaffenträger gerichtet ist, völlig aus. Man muß unterstellen, daß Tel Avivs Raketen in Absprache mit den USA und bei Rückenbedeckung Deutschlands bereits seit geraumer Zeit auf iranische Ziele gerichtet sind.

die Bush-Regierung stand, als richtig und gerechtfertigt zu betrachten. Hätte man 2006 die nuklearen Absichten Irans mit geringerem Aufwand durchkreuzt, hätte es den Großen Golfkrieg nie gegeben.“ So konnte man es am 17. Januar 2006 in Springers „Welt“ nachlesen.

Das Ferguson-Szenario ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Es zeigt den inneren Zusammenhang zwischen den verschiedenen imperialistischen Konfliktherden der Gegenwart und macht die Zielrichtung der psychologischen Kriegsführung in der veröffentlichten Meinung sichtbar. Bei dem angenommenen Krieg handelt es sich nicht um eine unabwendbare Naturkatastrophe, sondern um einen ausgeklügelten Plan zur interessenorientierten „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Entsprechend der langen Geschichte imperialistischer Kriege muß davon ausgegangen werden, daß es sich um Überlegungen handelt, die in den Zentralen von CIA und Mossad mit Rückendeckung williger Vasallenregierungen angestellt worden sind. Das Szenario ist nicht zuletzt Bestandteil der ideologischen Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für einen möglichen Kriegseintritt an der Seite Israels und der USA gegen Iran. Das muß man unter „Bündnispflicht“ im Rahmen der NATO verstehen. Es handelt sich dabei um Verbrechen gegen den Frieden im Sinne der Nürnberger Urteile gegen die Nazi-Anführer.

Die Tatsache, daß sich Rußland und China der Bedrohung Irans widersetzen sowie das durch Bush negierte plötzliche Eingeständnis der USA-Geheimdienste, die Teheran ohne jeden Beweis unterstellte Kursnahme auf Kernwaffenproduktion sei bereits 2003 abgebrochen worden, erschweren zweifellos die USA-Kriegsvorbereitungen. Das Pentagon hat sie indes keineswegs aufgegeben. **Dr. Erhard Kegel**

Von der Ausrottung der Armenier zum Feldzug gegen die Kurden

Die Hypotheken des EU-Kandidaten Türkei

Ein Buch besitzt besonderen Wert, wenn sein Inhalt authentisch ist, die Darstellung glaubwürdig erscheint und es aktuelle Bezüge vermittelt. Zufällig fiel mir ein solches Buch unlängst in die Hände. Es beschäftigt sich mit dem als Genozid bezeichneten Massaker an der armenischen Minderheit in der Türkei, das sich in den Jahren 1915 bis 1917 ereignete. Autor des Werkes „Am Kreuzweg der Welten“ (Buchverlag Der Morgen, Berlin 1982) ist Armin T. Wegner. 1886 in Wuppertal/Elberfeld geboren, rebellierte er schon frühzeitig gegen die bürgerlich-autoritäre Erziehung in Deutschland. Er schloß sich politisch-kulturellen Vereinigungen an und entwickelte sich zu einem leidenschaftlichen Pazifisten, zum Ankläger gesellschaftlichen Unrechts. Ein langer Weg stand ihm bevor. Er war Hafenarbeiter, Schauspielschüler, Hauslehrer und Redakteur, bevor er Reiseschriftsteller und schließlich ein promovierter Jurist wurde.

Bei einer Studienreise in den Nahen Osten überraschte den 20jährigen in der Türkei der erste Weltkrieg. Er unterstellte sich der deutschen Militärmision. Diese hatte den Auftrag, türkische Soldaten auszubilden, da Ankara – nach etlichem Zögern – an der Seite der Mittelmächte in den Krieg gegen die Entente eingetreten war. Als Krankenpfleger dem Stab des Feldmarschalls von der Glotz zugeteilt, wurde er Augenzeuge türkischer Greuel an der armenischen Bevölkerung.

In einem offenen Brief wandte er sich, nach Deutschland zurückgekehrt, im Januar 1919 an USA-Präsident Woodrow Wilson. Er titelte ihn: „Über die Ausbreitung des armenischen Volkes in die mesopotamische Wüste“. Die von Wegner geschilderten Grausamkeiten sind ungeheuerlich.

„Herr Staatspräsident“, schrieb er als einer der wenigen Europäer, die „den furchtbaren Untergang des armenischen Volkes vom Beginn auf den Äckern Anatoliens bis zur Vernichtung seiner kläglichen Re-

ste in den Einöden der mesopotamischen Wüste erlebten, nehme ich das Recht für mich in Anspruch, die Bilder der Not und des Entsetzens vor Ihnen aufzurufen. Fast zwei Jahre lang zogen sie an meinen Blicken vorüber, um mich nie mehr zu verlassen.“ Weiter hieß es dort: „Als die



Grafik:

Renatus Schulz

türkische Regierung im Frühjahr 1915 an die Ausführung ihres unfassbaren Planes ging, zwei Millionen Armenier vom Erdboden zu tilgen, waren die Hände Ihrer abendländischen Brüder in Frankreich, England und Deutschland vom eigenen unseligen Blut feucht ... Niemand hinderte die finsternen Machthaber der Türkei, ihre qualvollen Folterungen zu beenden, deren Ausführung man in der Tat nur mit der Handlung eines wahnsinnigen Verbrechers vergleichen kann.“

„Aus einer Heimat, die sie schon tausend Jahre innehatten, ... trieb man die Armenier über die Pässe des Hochgebirges ... in der mesopotamischen Steppe zusammen. Man tat es mit der Entschuldigung, die jedem menschlichen Empfinden Hohn spricht, nichts anderes zu verfügen, als ihnen neue Wohnsitze anzuweisen, an denen sie sich ansiedeln könnten. Vor dem Aufbruch ihrer Familien metzelte man Scharen von Männern nieder, stürzte sie, mit Ketten oder Seilen zusammengefesselt, in den Fluß, rollte sie mit gebundenen Gliedern die Berge hinab, verkaufte Frauen auf den öffentlichen Märkten oder hetzte Greise und Knaben unter tödlichen Stockschlägen auf die Straßen zur Zwangsarbeit. Nicht genug, sich damit die Hände für alle Zeiten beschmutzt zu haben, jagte man die armenische Bevölkerung zu jeder Stunde des Tages und der Nacht aus den Städten, oft halbnaackt aus den Betten, plünderte ihre Häuser, verbrannte die Dörfer, zerstörte die Kirchen oder verwandelte sie in Moscheen. Man raubte den Armeniern ihr Vieh, nahm

ihnen Esel und Wagen, riß ihnen das Brot aus den Händen, die Kleider von den Gliedern, das Gold aus Haaren und Zähnen. Beamte, Offiziere, Soldaten eiferten in wilder Raserei um die Wette ... mit Knüppeln schlug man auf hochschwängere Weiber ein, schleppte die zarten Gestalten von Waisenmädchen zu tierischem Vergnügen aus den Schulen, um sie zu vergewaltigen.“

Wegner schloß: „Herr Präsident, das Unrecht, das man dem armenischen Volk antat, ist ohne Maß gewesen ... Kluge Kaufleute, Ärzte, Gelehrte, Künstler waren es, aufrechte glückliche Bauern, die ihr in der Türkei gelegenes Land fruchtbar machten und deren einzige Schuld darin bestand, eine andere Sprache zu sprechen und als die Kinder eines anderen Glaubens geboren zu sein. Jeder, der die Vorgänge dieses Krieges in Anatolien kennt ... weiß, daß alle Beschuldigungen, die man mit Schlaueit und vieler Mühe gegen das armenische Volk erhob, nur eine Verleumdung gewissenloser Machthaber der Türkei sind, die sie zur Verteidigung ihrer rohen Gewalt empfanden“.

Wie wurde Wegners leidenschaftliche Anklage damals aufgenommen?

Es gab keine Verurteilung des Völkermords an den Armeniern. Die Regierungen der USA und der europäischen Staaten schwiegen. Nach heutigen armenischen Angaben sind bei der Vertreibung und den Todesmärschen mehr als 1,5 Millionen Menschen umgekommen. Die Türkei spricht demgegenüber „nur“ von 250 000 bis 500 000 Toten. Selbst bei dieser eingestanden Zahl, die für sich spricht, lehnt Ankara nach wie vor die Bezeichnung des Geschehens als Genozidverbrechen ab. Fortschrittliche Türken, die für eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eintreten, werden als Vaterlandsverräter diffamiert und verfolgt. Die Linke des Landes kann ein Lied davon singen.

Gegenwärtig erfaßt die Türkei eine neue Welle des Nationalismus. Das Volk gegen die angeblich terroristische Kurdenpartei PKK aufgehetzt. Von Mersin am Mittelmeer bis nach Karabük folgen junge Männer den chauvinistischen Parolen und strömen in die Kasernen, melden sich freiwillig zur türkischen NATO-Armee. Wie berichtet wird, wendet sich die hochgepeitschte Wut der Massen nicht allein gegen Kurden. „Armenier kommt aus euren Löchern!“, schrien türkische Demonstranten unlängst in Istanbul. Kündigen sich beim EU-Kandidaten Türkei ein neues Massaker, vor allem aber ein weiterer großer Krieg gegen die Kurden an? Die Überfälle auf den kurdisch besiedelten Nordirak sind gefährliche Anzeichen dafür.

Dr. Rudolf Dix

Am **27. Februar** um **15 Uhr** spricht **Dr. Martina Bunge** (Die Linke), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Gesundheit, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Rostock** im Stadtteil- und Begegnungszentrum Lütten-Klein, Danziger Straße 45 d (Straßenbahnhaltestelle der Linien 4 und 5, Rügener Straße). Ihr Thema:

Was ist von Gesundheitsreform und Pflegeversicherung zu erwarten?

Tudeh-Partei Irans verurteilt imperialistische Einmischung und Despotie des Regimes Kampf an zwei Fronten

Die Tudeh-Partei Irans – eine der ältesten politischen Formationen des Landes und des Nahen sowie des Mittleren Ostens – setzt die Tradition der 1920 gegründeten Kommunistischen Partei Persiens fort, aus der sie 1941 hervorgegangen ist. Seit ihrer Gründung war sie die meiste Zeit illegal. Sie wurde mit äußerster Härte verfolgt und bekämpft. Auch heute wirkt sie – nach nur vier Jahren legaler Tätigkeit – infolge des Verrats der iranischen Führung an der Februarrevolution von 1979 („islamische Revolution“) schon wieder seit einem Vierteljahrhundert im Untergrund und im Exil. Ungeachtet schmerzlicher Verluste, die ihr das USA-gestützte Schah-Regime genauso zufügte wie später das Mullah-Regime unter Chomeini und seinen Nachfolgern, verfährt die Partei unerschütterlich unter kompliziertesten Bedingungen gnadenloser Verfolgung und großen Opfern die sozialen und nationalen Interessen der Völker Irans.

Im Bericht des Politbüros an das jüngste Plenum des Zentralkomitees der Tudeh-Partei Irans (August 2007) wird die imperialistische Einmischungs- und Aggressionspolitik entlarvt: „Die anhaltenden Spannungen und die Eskalation der militärischen Gewalt des Imperialismus in der Region sind für uns und die weltweite Friedensbewegung eine Bedrohung, deren Brisanz nur mit verstärktem internationalem Kampf und der Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen einen weiteren Krieg in der Region abzubauen ist.“ Zugleich geißelt der Bericht den „großangelegten Überfall des Ahmadedinjad-Regimes auf die Arbeiterklasse ... Die Offensive gegen die Gewerkschaft der Arbeiter des Unternehmens der Linienbusse von Teheran und Umgebung und die Verhaftung von Dutzenden Arbeiteraktivisten, darunter Mansur Osanlu, der zum wiederholten Mal festgenommen wurde und derzeit in den Folterkammern des Regimes sitzt, sowie eine Welle der Entlassungen der Sprecher der Arbeiter charakterisieren die Politik des Regimes zur Niederschlagung der Arbeiterbewegung unseres Landes. Trotz all dieser Repressalien konstatieren wir wachsende Solidarität und zunehmende Wirksamkeit der Anstrengungen der iranischen Arbeiterklasse im vereinten Kampf gegen das reaktionäre Regime ... Unter diesen Bedingungen orientiert die Partei auf die Bündelung der Kämpfe der Arbeiter und Werktätigen des Landes mit denen der Studenten und Frauen, auf die Intensivierung und Verbesserung des Zusammenwirkens der gesellschaftlichen Kräfte.“ Das Politbüro betont: „Unsere Partei ist strikt gegen jegliche äußere Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, insbesondere gegen die der imperialistischen USA. Wir haben stets bekräftigt,

daß die Einmischung des Imperialismus sich immer gegen unsere nationalen Interessen und gegen die Ziele der Volksbewegung richtet.“ Damit würden „der reaktionären Despotie Vorwände für weitere Angriffe gegen die demokratischen Kräfte und für die Verschärfung der Zensur geliefert. Die demagogischen Losungen USA-Präsident Bushs zur angeblichen Verteidigung der Demokratiebewegung in Iran erweisen sich als Täuschungsmanöver.“ Der Bericht stellt dazu weiter fest: „Das reaktionäre Regime nutzt die zerstörerische Politik des Imperialismus, um eine großangelegte Kampagne zur Vernichtung der Bewegung der Intellektuellen, der Studenten und der Frauen unter dem Vorwand zu führen, sie dienten dem ‚Projekt der sanften Revolution‘ der USA ... Die Studentenbewegung und die Frauenbewegung gehören zu den politisch aktivsten Kräften im Kampf gegen das despotische Regime und werden deshalb von diesem massiv verfolgt ... Jüngste Überfälle auf kritische und unabhängige Zeitungen, die Zensur von Internetseiten sowie Gerichtsprozesse gegen Schriftsteller und unabhängige Journalisten drosseln und behindern massiv die Möglichkeiten der Berichterstattung und die offene politische Auseinandersetzung.“

Zur iranischen Frauenbewegung stellt der Bericht weiter fest, daß sie „von der herrschenden Reaktion mit besonderer Härte“ unterdrückt wird. Die Mobilisierung von Millionen Frauen für ihre Rechte und die Annullierung von Anti-Frauengesetzen erreichten breite Schichten der Bürgerinnen und konnten wesentlich zur Entlarvung der menschenfeindlichen Gesetze beitragen. Wirkung erzielten auch die Kampagnen der Frauen gegen Steinigungen und Hinrichtungen.

Angesichts der wachsenden Spannungen in der Golf-Region heißt es im Bericht:

„Besorgniserregend für die Patrioten unseres Landes sind die eskalierenden Kontroversen zwischen dem iranischen Regime und der Bush-Administration, während die Nachbarländer Irans bereits mit Krieg, Blutvergießen und ausländischer Okkupation konfrontiert sind. Die Tudeh-Partei Irans hat stets die Verteidigung der nationalen Rechte unseres Landes, auch des Rechts auf die friedliche Nutzung der Kernenergie, vertreten und mit Nachdruck jegliche ausländische Einmischung in innere iranische Angelegenheiten abgelehnt. Wir betonen zugleich, daß die abenteuerliche und provozierende Politik des Regimes gegenüber dem Westen bei gleichzeitiger permanenter

gröblicher Verletzung der Rechte der Mehrheit unserer Bevölkerung die Öffentlichkeit von den wachsenden Problemen und der verstärkten Unterdrückungspolitik ablenken soll. Unsere Partei wendet sich gegen die beiderseitige Eskalation der Spannungen und verurteilt die wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen und die zunehmende internationale Isolierung Irans.“

Die Tudeh-Partei, die – ihren marxistischen Prinzipien treu – konsequent für die nationalen und sozialen Interessen der Völker Irans wirkt, vertritt unverrückbar internationalistische Positionen. Das fand im Oktober 2007 neue Bestätigung, als 42 kommunistische und Arbeiterparteien aus aller Welt ihre uneingeschränkte Solidarität „mit dem Kampf der Partei und aller demokratischen und patriotischen Kräfte, mit den Gewerkschaften, der Jugend-, Studenten- und Frauenbewegung Irans, die für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen“, erklärten. Sie stimmten der Position der Tudeh-Partei zu und wandten sich „gegen die hegemonistischen Absichten und militärischen Drohungen der USA gegenüber Iran“. Sie lehnten zugleich „die provokativen Äußerungen des iranischen Präsidenten ab, die den nationalen Interessen Irans schaden und den USA und ihren Verbündeten, besonders Israel, willkommene Vorwände liefern, ihre Provokationen gegen Iran fortzusetzen“. Sie erklärten: „Wir sind für die Vernichtung aller Kernwaffen im Mittleren Osten, für die konsequente Einhaltung des Vertrages zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und dafür, daß diese Region als kernwaffenfrei erklärt wird. Die Richtung der künftigen Veränderungen Irans kann nur durch das iranische Volk selbst bestimmt werden und nicht von anderen.“

Ghassem Niknafs, Bernd Fischer



Manche Jahrestage bleiben resistent gegen nostalgische Verklärungen oder „moderne“ Verteufelungen. Sie bewahren ihre ungebrochene Aktualität. Die Februarereignisse des Jahres 1948 in der Tschechoslowakei gehören unbedingt dazu. Für die heute in Tschechien und der Slowakei Herrschenden sind sie ein fort-dauerndes Trauma, für das sich die Bourgeoisie mit der „samtenen Revolution“ im Jahre 1989 revanchieren konnte. (Immerhin gehörte die Familie Havel mit ihrem milliardenschweren Immobilienbesitz zu den großen Verlierern von 1948.) Für die Linken sind sie eine Quelle grundsätzlicher Lehren und praktischer politischer Schlußfolgerungen von anhaltender, ja eher noch zunehmender Aktualität. Was war damals in Prag geschehen?

Auf der Grundlage des Košicer Programms der Regierung der Nationalen Front von 1945 sowie der 143 Dekrete, die Präsident Edvard Beneš bereits in London auf Veranlassung der tschechoslowakischen Exilregierung unter Msgr. Sramek erlassen hatte, stand die am 2. Juli 1946 berufene Regierung Gottwald vor der schwierigen Aufgabe, verfassungsrechtlich, politisch und wirtschaftlich die Nachkriegsordnung in der CSR zu gestalten. Die Regierung fußte auf einem breiten Bündnis, in dem alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte des Landes vertreten waren. Es ging um die Realisierung der die Tschechoslowakei betreffenden Vereinbarungen der Antihitlerkoalition, die Entlarvung, Entmachtung und Bestrafung der Nazikollaborateure und Kriegsverbrecher, die demokratische Erneuerung des Staates von den untersten Ebenen angefangen, den Aufbau neuer Schutz- und Sicherheitsorgane, die Beseitigung der Kriegsschäden und vor allem um die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft in Industrie und Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung. Die Gewerkschaften forderten die entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, die Nationalisierung der Banken und Versicherungen. Sie unterstützten die Forderungen der Bauern nach einer Bodenreform. Diese Grundforderungen, die zum Programm einer bürgerlich-demokratischen Revolution gehören und von den breiten Volksmassen getragen wurden, stießen auf den verdeckten und offenen Widerstand jener politischen Kräfte, denen es lediglich um die Restauration der Vorkriegsverhältnisse ging. Sie trachteten danach, jegliche Nationalisierung, ausgenommen die Enteignung der Nazikollaborateure, zu verhindern.

Die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen erreichten zu Beginn des Jahres 1948 ihren Höhepunkt. 12 Minister der Volksozialistischen Partei, der Volkspartei und der Demokratischen Partei (Slowakei) reichten am 20. Februar ihren Rücktritt ein und lösten so eine Regierungskrise aus. Das war der Versuch, das Kabinett Gottwald zu stürzen und vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Doch diese antikommunistisch verblendeten Leute hatten sich im wahr-



Klement Gottwald

der Minister eingeleitet werden sollte. Der Kongreß beschloß zur Unterstützung der Regierung Gottwald die Ausrufung eines einstündigen Generalstreiks am 24. Februar im gesamten Land. Fabriksirenen signalisierten dann überall Anfang und Ende des Ausstandes. Zweieinhalb Millionen Werktätige nahmen daran teil, nur 1494 Beschäftigte verweigerten sich. Unter dem Druck dieser landesweiten Aktionen der tschechoslowakischen Arbeiterklasse und in Übereinstimmung mit der geltenden Verfassung sah sich Präsident Edvard Beneš am 25. Februar 1948 veranlaßt, den Rücktritt der abtrünnigen Minister anzunehmen. Noch am gleichen Tag wurde auf Vorschlag Gottwalds die

Worin besteht die aktuelle Botschaft der Februar-Ereignisse von 1948?

Die Prager Lektion

sten Sinne des Wortes verrechnet. Ihnen war weder das kleine Einmaleins noch die auch von ihnen beschlossene Verfassung geläufig. Nach damals in der CSR geltendem Verfassungsrecht führte die Demissionierung von weniger als der Hälfte der Regierungsmitglieder nicht zwingend zur Auflösung der gesamten Regierung und zu Neuwahlen, sondern lediglich zu einer Kabinettsumbildung. Ministerpräsident Klement Gottwald, der zugleich Vorsitzender der KPTsch war, vertrat deshalb die Position, den Rücktritt der Minister anzunehmen und die Regierung durch Politiker zu ergänzen, die bereit waren, das beschlossene Programm zu erfüllen. Die von der KPTsch mobilisierten Volksmassen stellten sich mit außerparlamentarischen Aktionen (in jenen Tagen erfolgte die Gründung der bewaffneten Volksmilizen) auf die Seite der Kommunisten und der Regierung der Nationalen Front.

Der Kongreß der Betriebsräte war mit 8000 Delegierten planmäßig für den 22. Februar 1948 vom Zentralrat der Gewerkschaften einberufen worden. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Haltung zur weiteren Nationalisierung von Industriebetrieben und Unternehmen des Großhandels sowie der Versicherungen, Gehaltserhöhungen für Angestellte des öffentlichen Dienstes auf allen Ebenen und nachdrücklicher Protest gegen Versuche der reaktionären Kräfte, einen politischen und wirtschaftlichen Umsturz im Lande herbeizuführen, der durch die Demission

umgebildete Regierung durch den Staatsoberhaupt ernannt. Damit war formell die Regierungskrise beendet.

Auch das neue Kabinett beruhte wieder auf einer Koalition, die dem breiten Bündnis der Nationalen Front Rechnung trug. 7 von 19 Ministern gehörten der Sozialdemokratischen Partei, der Volksozialistischen Partei, der Volkspartei aus den tschechischen Gebieten und der slowakischen Demokratischen Partei an. Der bürgerlichen Reaktion war vor Augen geführt worden, daß das innenpolitische Kräfteverhältnis in der Tschechoslowakei auf absehbare Zeit keine Restauration der kapitalistischen Vorkriegsverhältnisse zuließ. Zu den Folgen des Februarsieges gehörte allerdings eine Emigrationswelle von beträchtlichem Ausmaß in Richtung Westeuropa. Wichtigstes Resultat jedoch war der Auftakt zur Schaffung einer von breiter Zustimmung des tschechischen und des slowakischen Volkes getragenen sozial gerechten Gesellschaft.

Die entscheidende Lehre für die Nachgeborenen: Die linken politischen Kräfte der Tschechoslowakei mit den Kommunisten an der Spitze haben es 1948 vermocht, auf dem Boden der Verfassung, mit rechtsstaatlichen Mitteln und gestützt auf die revolutionäre Potenz außerparlamentarischer Aktionen das Spiel der Reaktion zu durchkreuzen und die Machtverhältnisse nach ihrem politischen Willen zu verändern. Darin besteht die aktuelle Botschaft des historischen Februar 1948.

Klaus Kukuk

Wo Kuba Trumpfkarten ziehen kann

Als Madelaine Albright, Außenministerin der USA-Administration Bill Clintons, abtreten mußte, wurde sie gefragt, was sie sich am meisten wünsche. Sie soll geantwortet haben: Castros Tod. Mit diesem Begehren dürfte sie nicht die erste und letzte Vertreterin der herrschenden Klasse ihres Landes gewesen sein. Aufeinanderfolgende Regierungen in Washington bemühten sich, den Führer der kubanischen Revolution aus der Welt zu schaffen. Trotz eingeschränkter Gesundheit lebt er. Und er überlebte so manchen USA-Präsidenten. Ungeachtet des schon 1960 von den Vereinigten Staaten über die Insel verhängten Embargos, das von anderen kapitalistischen Industriestaaten befolgt wurde, ist Kuba ein souveräner, unabhängiger Staat mit sozialistischer Orientierung geblieben. Das Land machte nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa schwerste Zeiten durch. Das bietet den bürgerlichen Medien bis heute Stoff, um verzerrte Berichte über Kuba zu verbreiten. Es wird als arm und undemokratisch dargestellt. Prostitution, der Zerfall Havannas, Mangelwirtschaft und schrottreife Autos gehören zu den

Stereotypen gängiger Klischees. Doch ab und zu wird auch etwas Positives berichtet. Man bezeichnet Kuba dann als Musterland lateinamerikanischer Musik und als Förderer vorbildlicher Naturschutzprojekte. Dabei hat der karibische Inselstaat weit mehr aufzuweisen. Eigene Korrekturen auf ökonomischem Gebiet sowie die Hilfe solcher Staaten wie China und Venezuela bilden die Grundlage für ein Wachstum der Volkswirtschaft. Die jährlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind geradezu frappierend. Sie lagen in den letzten Jahren bei bis zu 11 Prozent. Kuba leistet sich nach wie vor kostenlose Milch für seine Kinder, eine, wenn auch eingeschränkte Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und Gütern des persönlichen Bedarfs. Schulbildung und Studium sind kostenlos. Der Analphabetismus ist fast ausgelöscht. Die Menschen haben in der Regel Zugang zu sauberem Wasser. Die Kindersterblichkeit ist eine der niedrigsten in der Welt. Das Gesundheitswesen steht allen Kubanern kostenlos zur Verfügung und ist für ganz Lateinamerika beispielgebend. Kuba muß, historisch bedingt, jedoch noch

immer als Entwicklungsland betrachtet werden. Trotz eines wesentlich niedrigeren Wirtschaftsniveaus – verglichen mit dem der BRD oder der USA – hat der Karibikstaat soziale Werte erreicht, die sich international sehen lassen können. Es ist nicht verwunderlich, daß die Vereinigten Staaten und die BRD keine Angaben zum Analphabetismus machen. Wie man verschiedenen Quellen entnehmen kann, hat er in Deutschland eine steigende Tendenz. Vier Millionen Erwachsene gelten bei uns als Analphabeten. („Die Welt“, 8. 9. 07) Die USA-Regierung weiß sehr genau, warum sie den Anteil schreib- und leseunkundiger Bürger verschweigt.

Als Fidel Castro im Sommer 2006 sein Amt als Staatschef krankheitsbedingt abgeben mußte, löste das in Mittel- und Südamerika Besorgnis aus. Denn die Beispielwirkung des kubanischen Weges ist nach wie vor enorm. Wünschen wir dem 81jährigen und seinen „interimistischen“ Nachfolgern, die die Führung des Landes inzwischen fest im Griff haben, daß sich Kubas kontinentale und internationale Ausstrahlung weiter erhöhen möge.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Australien: Bushs Schoßhund John Howard abgewählt

Nach elfjähriger Regierungszeit hat eine Mehrheit der 13,6 Millionen australischen Wähler – auf dem fünften Kontinent herrscht Abstimmungspflicht – einen der Lieblingsgespielen George W. Bushs im November aus dem Amt gekickt: John Howard und seine rechtskonservative Nationalpartei sowie deren liberal-nationaler Koalitionspartner wurden in die Opposition verwiesen. Der sozialdemokratische Labour-Führer Kevin Rudd – ein international bisher recht unbeschriebenes Blatt – übernahm das Kabinettsruder. Howard wurde von der herben Niederlage überrascht, hatte er doch angenommen, wirtschaftliche Erfolge Australiens würden abermals den Ausschlag zu seinen Gunsten geben. Da die arbeitende Bevölkerung davon jedoch keinen oder kaum Nutzen hatte, schlug das Pendel zu Howards Schaden aus. Rudd warf im Wahlkampf die berechnete Frage auf: „Warum ist das Leben so hart, wenn die Wirtschaft so stark ist?“

Von Labour vorgestellte Projekte auf den Gebieten des Bildungs- und des Gesundheitswesens, seine inzwischen verwirklichte Zusage, das durch Howard ignorierte Kyotoer Klima-Protokoll zu unterzeichnen, und der bis Mitte des Jahres ins Auge gefaßte Abzug der australischen Truppen aus Irak gaben vermutlich den Ausschlag.

Obwohl die Unterschiede zwischen der Innenpolitik Howards und dem diesbezüglichen Kurs Rudds angesichts der vom Großkapital diktierten Bedingungen kaum gravierend sein dürften, könnten in außenpolitischer Hinsicht einige Akzent-

verschiebungen erfolgen. Die Worte des zweihundertprozentig auf die USA-Linie eingeschworenen bisherigen Premiers, Australiens Soldaten blieben so lange in der Golf-Region, wie sie dort „benötigt“ würden, verdeutlichten Howards Nibelungentreue gegenüber dem Pentagon. Die KP Australiens (CPA) bezeichnete die „historische Niederlage“ der bisher regierenden Koalition als „großen Sieg Tausender Gewerkschaftsaktivisten, Mitglieder der Labour-Party und einfacher Arbeiter, die während der Wahlkampagne Millionen Flugblätter verteilt und an unzählige Haustüren geklopft hätten, um Howards

Entfernung aus dem Amt zu erreichen. Auch andere besorgte Gruppen, nicht zuletzt die Ureinwohner Australiens, hätten Anteil am Ausgang des erbitterten Kampfes gehabt. Es handle sich um die Abwahl „eines der reaktionärsten, rückwärtsgerichtetsten und übelsten Kabinette in der gesamten Geschichte Australiens“, betonte die CPA. Besondere Genugtuung bereite die Tatsache, daß Howard seinen eigenen, von ihm für sicher gehaltenen Wahlkreis verloren habe.

R. F., gestützt auf „Xinhua“, Beijing

Linksruck in Südafrikas ANC

Im Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) – Südafrikas die Regierungspolitik maßgeblich bestimmender Kraft – haben sich nach Jahren einer bedrohlichen Rechtsentwicklung unter Thabo Mbeki, bisher Staatschef und Parteiführer in einer Person, die Fronten geklärt. Auf der 52. Nationalkonferenz in Polokwane wurde der dem Westen geneigte Repräsentant der schwarzen Bourgeoisie nach zehnjähriger Amtszeit abgewählt und durch den Führer des linken, gewerkschaftsnahen Flügels und bisherigen ANC-Vizepräsidenten Jacob Zuma (65) ersetzt. Auf ihn entfielen 60 % der Stimmen der über 4000 Delegierten. Zuma hat trotz eines von der Reaktion gegen ihn angezettelten neuen „Korruptionsprozesses“ – in zwei vorhergehenden Gerichtsverfahren wur-

de er freigesprochen – gute Aussichten, 2009 nächster Präsident Südafrikas zu werden.

Mbeki, der in Großbritannien ausgebildet wurde, hatte 1997 die ANC-Führung und 1999 die Präsidentschaft der Republik von Nelson Mandela übernommen.

Mit der am 18. Dezember gefallenen Entscheidung für Zuma, der zu Apartheidzeiten mit Mandela zehn Jahre auf der Gefängnisinsel Robben Island verbringen mußte, hat das Regierungsbündnis aus ANC, Gewerkschaftszentrale COSATU und kommunistischer Partei Südafrikas (SACP) – die sogenannte Dreierallianz – einen starken Impuls erhalten. Die SACP begrüßte Zumas Wahl zum neuen ANC-Chef in einer Erklärung. **R. F.**

Ein israelischer Oberst bildete Paramilitärs in Kolumbien aus Fachleute am Wirken

Die Ausbildung paramilitärischer Anführer durch ehemalige Offiziere der israelischen Armee, die mit dem Geheimdienst ihres Landes, der CIA, und entsprechenden Organen Kolumbiens in enger Verbindung standen, zeigen sowohl deren direkte Verstrickung als auch das Mittun ausländischer Regierungen bei der Schaffung des Repressionsapparates.

Bevor Carlos Castaño, der vielleicht mächtigste Paramilitär Kolumbiens, auf mysteriöse Weise verschwand, schrieb er in seinen Memoiren: „Meine Vorstellung von den paramilitärischen Kräften bezog ich von den Israelis.“ Hinter dem Satz des einstigen Kommandanten der zur Einschüchterung vor allem der Bauern und Landarbeiter aufgestellten „Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens“ verbirgt sich eines der weniger bekannten Kapitel der jüngsten Geschichte des lateinamerikanischen Landes: In den ersten Jahren bildeten vor allem israelische Söldner die Paramilitärs aus. Das geschah unter der Schirmherrschaft superreicher Unternehmer und der kolumbianischen Armee. Alle Zeugen jener Epoche stimmen hierbei in der Erwähnung eines Namens überein: Yair Klein.

Klein wurde 1942 im Kibbutz Nitzanim – einer der Kooperativen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts von der zionistischen Bewegung in Palästina geschaffen wurden –, geboren. 1962, vierzehn Jahre nach der Gründung des Staates Israel, ging er freiwillig zur Fallschirmjägerbrigade. Innerhalb kurzer Zeit wurde er in deren Schule Ausbilder und danach Offizier einer für „Spezialaufgaben“ abgerichteten Eliteeinheit. Sie ermordete palästinensische Araber, die mit den israelischen Sicherheitskräften kooperiert hatten, später jedoch verdächtigt wurden, Doppelagenten geworden zu sein. „Ich liquidierte Leute, ohne ihr Gesicht anzuschauen. Am nächsten Tag wurden die Leichen von den Sicherheitsbehörden abgeholt“, brüstete sich Klein Jahre später gegenüber der Wochenzeitung „Tel Aviv“. In der israelischen Armee wurde dieser Mann zweiter Kommandant einer Spezialeinheit mit dem Namen Harub. Klein kommandierte ab Mitte der 70er Jahre Operationen zur Festnahme von palästinensischen Milizionären und Flüchtlingen, die aus Jordanien auf von Israel beherrschtes Gebiet zu gelangen versuchten.

1977 zog er sich aus der Armee zurück, und im Jahr darauf besaß er bereits das Unternehmen Spearhead, das sich mit dem Export von Waffen und militärischer Ausrüstung befaßte.

Nach einem fehlgeschlagenen Geschäft mit den libanesischen Falange-Milizen entschied sich Klein, nach Kolumbien zu gehen, um dort sein Glück zu versuchen. Es gibt verschiedene Versionen, wer ihn

auf diesen Gedanken brachte. Nach Darstellung der kolumbianischen Justiz wurde Klein durch Pablo Escobars Drogenbarone des Kartells von Medellín eingeladen, das sich damals als Verein um die großen Hacienda-Besitzer des Magdalena Medio gruppierte. Doch das Geld kam zweifelndfrei von Uniban, dem Hauptbananexporteur des Landes. Es wurde vereinbart, daß sich die Konterguerrillagruppen der Paramilitärs nach ihrer Formierung auch auf seine Gebiete ausdehnen und für deren Sicherheit sorgen sollten.

Eine andere Version verbreitete Klein höchstpersönlich: „Ich war auf Einladung der Nordamerikaner in Kolumbien. All das, was die USA nicht selbst tun können, machen andere für sie. Ich arbeitete mit Genehmigung im Lande“, vertraute er der in Bogotá erscheinenden Zeitschrift „Semana“ an.

Ein Bericht des kolumbianischen Geheimdienstes DAS aus dem Jahre 1990 besagte, daß alle in Puerto Boyacá – dem Ort der Ausbildungslager – eingetroffenen Söldner von Offizieren oder Zivilpersonal der Armee begleitet wurden. Dies bestätigte später Luis Meneses, ein ehemaliger Hauptmann, der wegen Zugehörigkeit zu einer paramilitärischen Bande verurteilt worden war. Nach seinen Aussagen lud die Armee den israelischen Offizier und dessen Begleiter nachdrücklich zur Ausbildung der Paramilitärs ein. Aber nicht nur das: Sie habe auch 80 Millionen Dollar für „Seminare“ und Waffen bereitgestellt, hieß es.

Während eine direkte Beteiligung der USA an diesem „Projekt“ nicht bewiesen werden konnte, zeigen inzwischen freigegebene Dokumente des kolumbianischen Verteidigungsministeriums, daß die CIA genau gewußt hat, wer Klein war und weshalb er sich im Lande aufhielt. Sein Name erscheint auch auf einer Liste „bekanntester Drogenhändler“ der Region. Der Zufall wollte es, daß er dort sogar inmitten zweier berühmter „Persönlichkeiten“ hervorstach: des damals allmächtigen Bosses Pablo Escobar und des heutigen kolumbianischen Staatspräsidenten Alvaro Uribe.

Über die „Ausbildungsseminare“, die Klein während seines Aufenthalts in Kolumbien abhielt, besteht kein Zweifel. Ein Werbeprospekt seines Unternehmens Spearhead

versprach körperliches Training, theoretischen Unterricht und Übungen im Gebrauch von Sprengstoff, Kriegswaffen und Abhörmaterial. Den ersten Kurs führte er Anfang 1988 gemeinsam mit zwei Ex-Kumpanen aus der israelischen Armee durch. Er dauerte zwei Monate und fand auf einem Gelände der Armee statt. Escobar und einige andere Drogenbarone kamen manchmal vorbei, um ihre Investition zu kontrollieren. Sie bezahlten 2500 Dollar pro Schüler, obgleich nur 34 der anfänglich 80 Kursteilnehmer bestanden. Der Rest gab auf oder starb bei einer der Gefechtsübungen. Die Mehrheit der Überlebenden bekam einen Platz im zweiten Kurs. Diesmal wählte man dafür ein Terrain in Ciénaga de Palagua, genau neben den Erdölfeldern des USA-Unternehmens Texaco. Es waren nur 22 Kursanten, und sie spezialisierten sich auf Sprengstoffe. Man unterwies sie in der Herstellung verschiedener Arten von Bomben. Die Teilnahmekosten betrugen zwischen 75 und 80 Dollar. Lediglich vier bestanden. Klein nutzte diese Monate auch, um ein paar Lektionen über Foltermethoden zu halten. „Das Opfer wurde an den Beinen aufgehängt und unter dem Kopf machte man Feuer“, bezeugte der Paramilitär Alonso Baquero, alias Vladimir.

Die Abgänger dieser Lager – unter ihnen die Brüder Carlos und Fidel Castaño, für viele die Gründerväter der gegen die linksgerichteten Befreiungstreitkräfte eingesetzten Paramilitärs – trugen die Verantwortung für mehr als ein Dutzend Massaker und Attentate. 2001 wurden Klein und die übrigen Söldner von einem kolumbianischen Gericht in Abwesenheit zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Die Militärkooperation zwischen Israel und Kolumbien geht bis heute weiter. Vor kurzem enthüllte die Presse in Tel Aviv, daß ein Reservegeneral namens Israel Ziv einer der Sicherheitsberater der Regierung Alvaro Uribe gewesen sei. Aber Bogotá hat die Sache mit Ex-Oberst Klein noch immer nicht verdaut. Im August 2007 wurde er auf dem Moskauer Flughafen von Interpol festgenommen. In weniger als 24 Stunden hatte die kolumbianische Staatskanzlei den Auslieferungsantrag fertig, über den wahrscheinlich bisher noch nicht entschieden worden ist. Beobachter sind der Meinung, daß Präsident Uribe mit dem Gesuch auf Überstellung Kleins zwar sein Gesicht gewahrt, zugleich aber nichts unternommen habe, um Licht in den Fall zu bringen. Immerhin präsentiert der israelische Ex-Militär ein düsteres Kapitel der jüngsten kolumbianischen Geschichte, das viele in Bogotá gerne hinter sich lassen möchten.

Sergio Rothbart und

María Laura Carpineta

Aus: *Página 12*, Buenos Aires
Übersetzung: *Isolda Bohler*

Herzlich gratulieren wir dem verdienten Kommunisten
Siegfried Neubert
Vorsitzender der
Regionalgruppe Freiberg,
der am 11. Februar seinen
75. Geburtstag begeht.
Genesungswünsche und Grüße fester
Verbundenheit senden wir ins Erzgebirge!

Bei den Russen habe der vulgäre Antikommunismus Jelzins ausgespielt, betonte die in Brüssel erscheinende marxistische Wochenzeitung „Solidaire“. Der Bevölkerung sei durch die Privatisierungen von 1992 und die sechs Jahre später erfolgende Rubel-Abwertung ihr Vermögen und ihr Geld abgenommen worden. Die Folge sei gewesen, daß sich die öffentliche Meinung immer ausgeprägter gegen den Westen gewandt habe. Präsident Putin, dessen Partei „Einheitliches Rußland“ bei den Duma-Wahlen 63,1 % der Stimmen erhielt, ziehe daraus unschwer Gewinn. Er protestiere mit Vehemenz gegen die Errichtung des „USA-Raketenabwehrsystems“ in Polen und Tschechien. Als Antwort darauf habe er das Abkommen ausgesetzt, welches die konventionelle Bewaffnung in Europa begrenze. Putin werfe dem Westen vor, die NATO auf mehrere Nachbarstaaten der Föderation ausgedehnt und dadurch eine unmittelbare militärische Bedrohung für Rußland geschaffen zu haben.

Seit Beginn der Putin-Ära ist die russische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um etwa 7 % gewachsen. Der wichtigste Schlüssel zu diesem Erfolg liegt im boomenden Export von Öl und Gas. Shell und British Petroleum haben inzwischen Förderlizenzen für Ölfelder in Sibirien erworben. Die Staatsholding Gasprom expandiert. Die vorher private und mit Auslandskreisen verzahnte Erdölgruppe Yukos ist in die Hände des russischen Staates und mit diesem verbundener Neu-reicher übergegangen. Der Aufschwung kommt der Masse der Russen nicht zugute. Unter Putin hat sich das Verhältnis der Einnahmen des bestsituierten Zehntels und des ärmsten Zehntels von 10:1 auf 18:1 verschoben.

Der russische Präsident attackiert die USA und andere NATO-Staaten auch weiterhin frontal. In Kernfragen der Außenpolitik verfolgt er eine andere Linie. So verteidigt Putin das Recht Irans auf die friedliche Nutzung der Kernenergie und explizit den Bau von Atomkraftwerken, der wieder mit russischer Hilfe erfolgt. Im August 2007 nahm der Präsident der Föderation im Rahmen des Shanghaier Abkommens an abgestimmten Manövern der Streitkräfte Rußlands, Chinas und mehrerer mittelasiatischer Staaten (ehemaliger Sowjetrepubliken) teil.

Trotz dieser „Besonderheiten“ zeigt sich Putin nach wie vor an guten Beziehungen zu den USA interessiert. Im September 2007 haben die U.S. Navy und die Russische Marine gemeinsame Flottenübungen im Pazifik abgehalten, die fortan jedes Jahr stattfinden sollen.

Neben der KP der Russischen Föderation, die bei den Duma-Wahlen mit einem Anteil von 11,5 % den zweiten Platz belegte dem Kreml Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung und Abhaltung des Wahlaktes vorwirft und die jetzt allein die parlamentarische Opposition verkörpert, gibt es noch eine Schein-Opposition. Sie besteht aus vom Westen besorgten und unterwanderten Gruppierungen wie Ja-bloko, der Partei der Rechten Kräfte und

Was brachte Putins Präsidentschaft den Russen? Kein zweiter Jelzin

dem verlorenen Häuflein des CIA-Agenten Garri Kasparow. Besonders der ehemalige Schachweltmeister, der Mitglied des Washingtoner Strategie-Instituts, „Center for Security Policy“ ist (zu ihm gehören solche Scharfmacher wie der Bush-Intimus Richard Perle und USA-Vizepräsident Dick Cheney), spielt sich als Champion für Menschenrechte auf. 1991 erhielt Kasparow von seinem rechtskonservativen „Denk-tank“ das Diplom eines „Hüters der Flamme“: Zur Begründung verlautete, er habe „die Demokratie in Rußland befördert“. Im „Wall Street Journal“, der Hauspostille des USA-Finanzkapitals, griff Kasparow den russischen Präsidenten frontal an: „Putin ist ein faschistischer Diktator. Wer Yukos enteignet, macht Demokratie in Rußland unmöglich.“ Der von Putin hinter Gitter gesetzte Chodorkowski, ein anderer Joker der Amis im russischen Spiel, hatte als Patron des gigantischen Erdölkonzerns enorme Steuerbeträge unterschlagen und Milliarden ins Ausland transferiert. Garri Kasparow kann in Rußland auf keinerlei Unterstützung durch die Bürger hoffen. Deshalb hat er seine „befristete

Kandidatur“ zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen schleunigst wieder zurückgezogen. Aus der von ihm und seinen Kumpanen auch für Moskau anvisierten „orangenen Revolution“, die im ukrainischen Kiew die USA-Marionette Juschtschenko ans Ruder brachte, wird nichts.

Putins handverlesener Nachfolgekandidat Medwedjew – ein zivilisierter und redege-wandter Mann der neuen Politiker-Genera-tion – dürfte mit Gewißheit das Rennen machen und den Kurs des derzeitigen Präsidenten fortsetzen, dessen großrus-sische und antiwestliche Komponente die Imperialisten beunruhigt. Als weiter-ergerender Premier bleibt der jetzige Chef im Kreml de facto weiterhin die Nr. 1.

Übrigens: Im Unterschied zu der eher den parlamentarischen Weg favorisierenden KPRF Gennadi Sjuganows gibt es in Ruß-land auch noch andere kommunistische Parteien, darunter die auf Klassenkampf orientierende Kommunistische Arbeiter-partei Wiktor Tjulkins.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel, und andere Quellen

Rußlands Präsident schrieb an Leipziger DSF-Veteranen

Vor etlichen Wochen empfing der Generalkonsul der Russischen Föderation in Leipzig, Gennadi P. Golub, eine Gruppe aktiver Veteranen der ehemaligen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu einem Gespräch, wobei die deutschen Teilnehmer ein Grußschreiben und ein Buchgeschenk von Anton Groß „Der Samowar lädt zum Tee“ an Präsident Putin überreichten.

Kürzlich gab es nun eine besonders erfreuliche Fortsetzung. Groß erhielt einen Anruf vom Konsul: „Anton, wir müssen uns treffen. Herr Putin hat einen Brief an Euch geschickt.“ Einen Tag später klingelte erneut das Telefon: Das Treffen müsse um einen Tag verschoben werden, es sei noch eine Überraschung per Flugzeug unterwegs.

Und die war dann beim Treffen perfekt. Herr Golub präsentierte den vier anwesenden Leipziger DSF-Veteranen neben dem Grußschreiben eine großes Paket. Heraus schälte sich im Edelhölzgehäuse ein vergoldeter, historischer Samowar aus dem berühmten Tulaer Werk. Es versteht sich die Freude, die dieses Geschenk auslöste. Anton Groß rief begeistert aus: „Das ist eine großartige Nummer 101 in meiner Sammlung.“

Mittlerweile hat die Gabe von Wladimir Putin bei erneuten „Gesprächen am Samowar“ einig Aufsehen erregt.

Bruno Schweitzer

Hier nun der Wortlaut des Begleitbriefes:

*DER PRÄSIDENT
der Russischen Föderation
Moskau, Kreml*

An die Veteranen der Bezirksorganisation der ehemaligen „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, Leipzig

*Liebe Freunde,
ich danke Ihnen für das Buch „Der Samowar lädt zum Tee“ von Anton Groß sowie für die Einladung zu einem Besuch in Leipzig – einer Stadt, mit der mich viele innige Erinnerungen verbinden.*

In unserem Land wissen wir das bedeutende Engagement der „Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft“, die zur Entwicklung der Beziehungen und zur Verbesserung der Verständigung zwischen unseren Völkern beigetragen hat, hoch zu schätzen und denken daran mit Dankbarkeit zurück.

Optimistisch in die Zukunft der bilateralen Partnerschaft blickend, möchte ich meine Zuversicht zum Ausdruck bringen, daß die von Ihnen eingeleitete Arbeit erfolgreich fortgesetzt wird und die vielseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland von Jahr zu Jahr gefestigt werden.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich gute Gesundheit, viele weitere Lebensjahre und Wohlergehen, neue Begegnungen am russischen Samowar.

*Mit freundlichen Grüßen
Wladimir Putin*

Aus „Leipzig Neue“, 25./26. 11. 07

Aus dem Bericht des ZK der KP Chinas an den XVII. Parteitag Ziele und Probleme

Der Weg des Sozialismus chinesischer Prägung beinhaltet die Errichtung eines reichen und starken, demokratischen, zivilisierten und harmonischen modernen sozialistischen Landes unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Er basiert auf den nationalen Bedingungen. Zentrale Aufgabe ist der wirtschaftliche Aufbau. ... Die sozialistische Ordnung wird gefestigt und vervollkommen. Geschaffen wird eine sozialistische Marktwirtschaft, eine sozialistische demokratische Politik, eine fortgeschrittene sozialistische Kultur, eine sozialistische harmonische Gesellschaft. ... Entscheidend ist, daß wir am wissenschaftlichen Sozialismus festhalten und ihm entsprechend der Situation Chinas und der heutigen Zeit eine deutliche chinesische Prägung geben ...

Mit Blick auf das Erreichte müssen wir erkennen, daß noch ein deutlicher Ab-

stand zwischen unserer Arbeit und den Erwartungen des Volkes besteht. Beim Vorwärtsschreiten gibt es noch zahlreiche Probleme: Das wirtschaftliche Wachstum verlangt einen zu großen Aufwand an Rohstoffen und einen zu hohen Preis für die Umwelt; die Entwicklung zwischen Stadt und Land, zwischen einzelnen Regionen ist unausgeglichen; es ist komplizierter geworden, Überein-

stimmung zwischen einer stabilen Entwicklung der Landwirtschaft und einem anhaltenden Wachstum des Einkommens der Bauern zu erreichen; bei den unmittelbaren Lebensinteressen der Massen betreffenden Fragen wie Bereitstellung von Arbeitsplätzen, Sozialversicherung, Einkommen, Bildung und medizinische Versorgung, Wohnraumbeschaffung, Produktionssicherheit, Rechtswesen und öffentliche Sicherheit bestehen noch große Probleme. Die ideologische und moralische Erziehung muß verbessert werden. Die Fähigkeit der Partei zur Ausübung der Macht entspricht nicht völlig den Erfordernissen. Wichtige Fragen einer stabilen Entwicklung der Reformen erfordern tiefgründigere Untersuchungen. Es gibt schwache Grundorganisationen der Partei, viel Formalismus und Bürokratie, Verschwendung und Korruption.

Übersetzung: Rolf Berthold

Am **8. Februar** um **16 Uhr** spricht Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, Vorsitzender des RF-Fördervereins, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Dresden** in der Drogenmühle Heidenau, Dresdner Straße 26, zum Thema

**Neues
aus China**

Die „Helden“ des Kiewer Präsidenten Juschtschenko Nachtigall mit Hakenkreuz

Zwei Demonstrationen prallten am 14. Oktober 2006 im Zentrum Kiew aufeinander: Die einen waren Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und deren Anhänger, die anderen gehörten der OUN-UPA, der Organisation ukrainischer Nationalisten, an, waren also Parteigänger der einstigen „Aufstandsarmee“. Diese Faschisten wurden von „Hurrapatrioten“ begleitet. Am selben Tag gab der ukrainische Präsident Juschtschenko einen Erlaß heraus, welcher die „Kämpfer“ der OUN-UPA den Kriegsveteranen der Roten Armee rechtlich gleichstellte.

Juschtschenkos Sympathien für die radikale Rechte sind hinreichend bekannt. Hier soll jedoch etwas anderes ans Tageslicht gebracht werden: die Verbrechen der ukrainischen Kollaborateure, die sie unter der Schirmherrschaft der Nazitruppen begingen. Nachdem Hitlers Heere Polen überrannt hatten, beschloß ihr Oberkommando, ukrainische Freiwilligenabteilungen aus Angehörigen der besiegten polnischen Armee aufzustellen. Eine Gruppe von etwa 300 Personen wurde zur militärischen Ausbildung in das Lager Neuhammer (Schlesien) geschickt und dort als Sondereinheit „Nachtigall“ formiert. Sie stand unter dem Befehl von Oberstleutnant A. Herzler. Von ukrainischer Seite gehörte Roman Schuschkewitsch zu ihren Anführern. Er kam von der berühmtesten OUN-UPA und war auch als Taras Tschuprinka bekannt.

Bald darauf stellten die Nazis ein zweites Bataillon ukrainischer Freiwilliger in Österreich auf. Es erhielt den Namen „Roland“ und bestand aus Söhnen ukrainischer Emigranten des Ersten Weltkrieges sowie aus Studenten der Universitäten Wien und Graz. Die Einheit „Roland“ war

auf Schloß Saubersdorf stationiert. Major E. Pobeguschkin, ein früherer polnischer Offizier, befehligte sie.

Schon nach kurzer Zeit hatte „Nachtigall“ Gelegenheit, sich zu beweisen. Als im Juli 1941 die Stadt Lwow (Lwiw) von den Nazi-Truppen besetzt wurde, richtete das Bataillon ein fürchterliches Blutbad an. Hauptsächlich Angehörige der Intelligenz, darunter Tausende Juden, fielen ihm zum Opfer. Ähnliche „Säuberungsaktionen“ führte „Roland“ in anderen, südukrainischen Städten durch, die von den Hitler-Truppen eingenommen worden waren.

Im Herbst 1941 wurden ukrainische Freiwillige als sogenannte Schutztruppen militärischen Einheiten der deutschen Faschisten angegliedert, die belorussische Partisanen bekämpften. Sie maskierten Sowjetbürger in Scholochow, Tarnopol, Satanow und Winniza. Am 22. März 1943 wurde das belorussische Dorf Chatyn unter Mitwirkung des 118. ukrainischen Bataillons ausgelöscht. Die 50. Schutztruppenabteilung nahm an der Partisanen-Vernichtungsoperation „Winterzauber“ teil: 158 Dörfer wurden geplündert und anschließend niedergebrannt. Im Juli 1942 stellten ukrainische Verbände die Wachmannschaften für 150 jüdische Ghettos. 1943 nahmen sie an der Niederwerfung des Aufstandes im Ghetto der polnischen Hauptstadt teil.

Schon am 26. April 1942 hatten die deutschen Faschisten die 14. Division der Waffen-SS formiert. Sie gaben ihr den Namen „Galitschina“. Über 70 000 Galizier meldeten sich als Freiwillige, aber nur 14 000 wurden genommen. Als Richtnorm galt: „nordisches Aussehen“. Slawische „Typen“ waren unerwünscht. Der erste Kommandeur dieser Division war SS-Brigadefüh-

rer V. Shimana. Im November 1943 trat SS-Brigadeführer Fritz Freitag an seine Stelle. Nach kurzem Ausbildungsaufenthalt in Frankreich und Deutschland wurde „Galitschina“ im Juli 1944 gegen die vorrückende Rote Armee eingesetzt. Nach 19 Tagen erbitterter Kämpfe war die ukrainische Division praktisch vernichtet. Nur 3000 Mann konnten entkommen. Nach diesem Debakel wurden die Ukrainer in der Slowakei und dann in Jugoslawien gegen Titos Partisanen eingesetzt. Ende 1944 beschlossen die Hitler-Faschisten, ein ukrainisches Nationalkomitee zu gründen, dessen Leitung Paul Schandruk, einem Emigranten und früheren zaristischen Offizier, übertragen wurde. Er avancierte zum General. Seine Aufgabe war es, aus der (inzwischen wieder aufgefrischten) SS-Division „Galitschina“ eine Ukrainische Nationalarmee (UNA) aufzustellen. Noch am 7. Mai 1945 erhielt diese den Befehl, aus der Umzingelung durch die Rote Armee auszubrechen. Wer entkommen konnte, begab sich in britische Kriegsgefangenschaft.

In dem zwölfteiligen sowjetischen Fernsehfilm „Siebzehn Augenblicke des Frühlings“ (1973) sagt Müller zu Stirlitz: „Wenn nach vielen Jahren irgendwo, in irgendeinem Land der Ruf ‚Sieg Heil‘ erklingen wird, dann ist das ein Signal für unsere Wiedergeburt!“ Leider besitzen diese Worte einen hohen Wahrheitsgehalt. Juschtschenkos den einstigen Rotarmisten jetzt gleichgestellte „Kriegsveteranen“ aus den Reihen von Mörderbanden der Nazi-Kollaborateure beweisen es.

Leicht bearbeitete Fassung eines Beitrags von **Michail Jefimow** in „**Sowjetskaja Rossija**“ Übersetzung: Dr. Vera Butler

Angesichts der von den USA ausgehenden Gefahr eines thermonuklearen Krieges hatte der Weltfriedensrat 1950 in Schwedens Hauptstadt einen Appell zur Ächtung der Atomwaffen verabschiedet. Dem Stockholmer Appell, wie er bald allgemein genannt wurde, folgte eine Unterschriftsammlung auf der ganzen Welt. Natürlich fand sie auch in Polen statt. Man hätte meinen können, daß sich die katholische Geistlichkeit des Landes ohne Bedenken zur Signatur verpflichtet gefühlt hätte. Dem aber war nicht so. Der Haß des überwiegend reaktionären Klerus gegen alles, was in seiner Optik „von links“ kam, war so stark, daß er die Unterschrift verweigerte. Damit stand Polens Kirchenführung nicht allein. Noch wenige Jahre zuvor hatten militante Antikommunisten in Warschauer Cafés davon geschwärmt, daß es „der Westen den Sowjets mit Atomwaffen heimzahlen“ werde. Auch jetzt noch lehnten viele Polen die Unterzeichnung ab, weil die USA und ihre Verbündeten im Falle einer einseitigen Abrüstung angeblich sowjetischen Kernwaffen gegenüber schutzlos wären. Der katholische Klerus aber hätte sich solche fadenscheinigen Vorwände oder gar eine ungeschminkte Ablehnung eigentlich gar nicht leisten können. Denn nur fünf Jahre nach Kriegsende und angesichts der Bilder aus Hiroshima und Nagasaki war besonders in Polen der Friedenswille weitaus stärker als die politischen Differenzen. Bis auf eine winzige Minderheit hatten die Menschen genug vom Krieg. Gerade die Kirche hätte das in Rechnung stellen müssen. Überdies war sie gewissermaßen „von Berufs wegen“ am Weltfrieden interessiert – oder hätte es zumindest sein sollen. Doch in Polen ging der aktive Kampf um seine Bewahrung vor allem von den Kommunisten aus. Übrigens hatte sich das Episkopat, die Versammlung aller Bischöfe, ausdrücklich zur Unterstützung des Friedensstrebens verpflichtet. Rom erteilte ihm jetzt jedoch plötzlich „Richtlinien“, die es in Schwierigkeiten brachten. Am 9. Juni 1950 wies das Episkopat in einem Sinneswandel alle kirchlichen Gliederungen an, zur Unterschriftsverweigerung aufzurufen. Anfangs sah es so aus, als ob sich der hohe polnische Klerus hinter der päpstlichen Autorität verstecken könnte. Aber das erst kurz zuvor unterzeichnete Abkommen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche hatte nur in Glaubensfragen die päpstliche Weisungsbefugnis fixiert. Hier aber ging es um eine rein politische Entscheidung. Der Klerus

Wie Polens Klerus vor 58 Jahren eine empfindliche Niederlage erlitt Verfehltes Veto gegen Stockholmer Appell

wollte das umgehen und gab vor, völlig unpolitisch zu sein. Doch die regierenden Genossen in Warschau ließen sich nicht hinters Licht führen. Unmißverständlich machten sie der Hierarchie klar, daß Unterschriftsverweigerer in der Frage des Friedens als Gegner des Staates betrachtet würden. Die polnische Presse beschuldigte nun das Episkopat der Sympathie für Kriegstreiber. Niemand wagte es in dieser Situation, zur Verteidigung der Kirchenführung aufzurufen. An den öffentlichen Schulen machte der Staat von seinem Interventionsrecht Gebrauch: Religionslehrer, welche die Unterschrift unter den Stockholmer Appell verweigerten, wurden entlassen. Das betraf etwa 500 Geistliche. Die Begründung dafür war kompromißlos: Wer sich als Lehrer nicht für den Weltfrieden einsetze, dürfe in Polen keine Kinder unterrichten. Der Religionsunterricht fiel indes nicht aus: Die Verweigerer wurden von loyalen Geistlichen ersetzt. Durch ihre politische Fehleinschätzung in dieser Frage hatte sich die Kirche selbst isoliert und in Bedrängnis gebracht. Der hohe Klerus konnte die von ihm in Anspruch genommene Rolle als „Gewissen der Nation“ nicht mehr glaubwürdig wahrnehmen, wenn er gerade in einem vom Krieg so hart getroffenen Land wie Polen seine Unterschrift gegen ein atomares Inferno verweigerte. Überdies hatte die Kirchenführung in den Augen der Öffentlichkeit den Beweis dafür geliefert, daß sie – wie die Linken behaupteten – ei-

ne Agentur der Feinde Volkspolens und somit eine antinationale Gruppierung war. Auch hatte sie den berechtigten staatlichen Eingriff in den Religionsunterricht bewußt provoziert, allerdings mit für sie negativen personellen Konsequenzen. Angesichts des erlittenen Debakels sah sich das Episkopat gezwungen, sein Unterschriftsverbot offiziell zurückzunehmen, was seine zur Schau gestellte politisch-moralische Unfehlbarkeit in Zweifel zog. Der Klerus wurde auf diese Weise der Prinzipienlosigkeit in einer wichtigen politischen Frage überführt, denn angesichts der verfahrenen Situation trat er die Flucht nach vorn an. Am 23. Juni 1950 verkündete das Episkopat seine positive Haltung zum Stockholmer Appell. Es begrüßte im Schreiben vom 15. November sogar den in Warschau eröffneten II. Weltkongreß der Verteidiger des Friedens. Dabei handelte es sich um eine internationale Tagung, welche von überwiegend linken Kräften initiiert worden war. Die der Volksmacht gegenüber besonders arroganten und feindseligen Kreise der von Rom gesteuerten Kirche hatten eine empfindliche Schlappe erlitten, die sie den Verfechtern der Sache Volkspolens nie verziehen. Der katholisch-klerikale Politiker Janusz Zablocki schrieb hierzu: „Das war für das Episkopat und den Primas eine schmerzliche Lektion und zugleich eine Warnung vor der Wiederholung ähnlicher Fehler in der Zukunft.“

Stefan Warynski

Alle Leitartikel,

die Klaus Steiniger vom Februar 1998 bis zum Dezember 2007 im „RotFuchs“ veröffentlicht hat, können zeitgeschichtlich Interessierte jetzt noch einmal nachlesen.

Großformat, 104 S., zahlreiche Abbildungen
Spendenempfehlung: ab 10 Euro
Bestellungen ab sofort an den „RotFuchs“-Vertrieb



Niemand hat das Recht, der DDR Antisemitismus vorzuwerfen

Vermischte Karten

Die Autorin Daniela Dahn hat 2007 im „Freitag“ einen Artikel zum Thema „Wie antisemitisch war die DDR?“ veröffentlicht.

Im Osten Deutschlands, wo man zum Zeitpunkt der Gründung Israels selbst noch keine sozialistische Entwicklung anvisierte, habe man nicht an solche Wege in dem neuen nahöstlichen Staat geglaubt, bewertet Frau Dahn. Sicher, es gab die sozialdemokratischen Kibbuzim, doch von Beginn an war eine aggressive Politik gegenüber den Palästinensern und anderen Arabern die Dominante. Dafür wurde – nach westlicher Absicht – Israel geschaffen und gestärkt. Deshalb schickte Adenauer schon 1950 als vermeintliche Wiedergutmachung „an den Juden“ ein Drei-Milliarden-DM-Geschenk nach Tel Aviv, das zu zwei Dritteln in Kriegsmaterial angelegt wurde. In der Folgezeit betrachteten die NATO, die USA und andere westliche Mächte den Staat Israel als Vorposten gegenüber der arabischen Welt, was dazu führte, daß man ihn widerstandslos an Atomwaffen heranließ. Das widersprach dem Völkerrecht. In den sozialistischen Ländern – darunter die DDR – sah man die Gefahr nicht erst seit dem Sechstagekrieg. Der war nur die Umsetzung langjährig verfolgter zionistischer Pläne.

Daniela Dahns Kritik an den „Propagandisten der SED, die den Zionismus als rassistische Praxis der Bourgeoisie bezeichnet“ hätten, bringt die bekannte Schriftstellerin zu der Verwirrung stiftenden Formulierung: „Es steht Deutschen ein für allemal nicht zu, die Quelle ihres Schuldgefühls mit Schuld zu beladen, um sich zu entlasten.“

Die Quelle des Schuldgefühls der Deutschen sind zweifellos die Verbrechen des Hitler-Faschismus. Kann man den mit noch mehr Schuld beladen, als er sich selbst aufgebürdet hat? Die DDR aber wurde von den entschiedensten Kämpfern gegen den Faschismus gegründet. War sie dazu gezwungen, sich von der Schuld an der Judenvernichtung zu entlasten?

„DDR-Kommentatoren“ hätten sich durchaus „nicht entblödet, das militärische Vorgehen Israels in die Tradition von NS-Verbrechen zu stellen“, liest man bei

Daniela Dahn. Stammte nicht von Sharon der Satz: „Leute wie Arafat hätte man viel früher umbringen müssen.“?

„Daß aus dem antifaschistischen Credo der DDR keine gesonderte Verpflichtung gegenüber den Juden in Israel erwuchs“, ist vor allem der faschistoiden Politik Tel Avivs gegen Araber und antizionistische Juden geschuldet. Die DDR hat sich immer, wo sie nur konnte, solidarisch und internationalistisch in bezug auf jüdische Menschen wie gegenüber allen anderen Völkern verhalten.

Frau Dahn bringt da augenscheinlich verschiedene Dinge durcheinander: Entgegen ihrer Behauptung, ganz Deutschland trage dieselbe Schuld, ist festzustellen: Die „zwei (Landes)Hälften“ haben durchaus nicht „dieselbe (schuldbeladene) Ausgangsposition“. Die Bevölkerung beider Teile sicherlich, aber nicht deren Staaten. Daraus folgt, daß die Ausgangspositionen von DDR und BRD durchaus nicht „dieselben“ gewesen sind. „Beide Regierungen“ gingen aus völlig konträren sozialen und politischen Wurzeln hervor. Die eine bestand überwiegend aus erprobten Antifaschisten, in der anderen war Globke, der Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, Staatssekretär des Bundeskanzlers. Die Zielvorstellungen konnten nicht stärker voneinander abweichen. Die DDR wurde als ein völlig neuer antifaschistisch-demokratischer Staat gegründet, die BRD sah sich selbst in der Rechtsnachfolge des Dritten Reiches. Diese Kontinuität wurde auch personell „abgesichert“.

Daß Daniela Dahn das Wort „faschistisch“ strikt vermeidet und sich an Formulierungen wie „Nationalsozialismus“ hält, charakterisiert ihre Position. Ob sie sich im übrigen ausreichend um ein Verständnis der Zusammenhänge bemüht hat, muß sie selbst beurteilen. Behauptungen wie diese, „in den DDR-Medien“ sei „ja sowieso

beinahe alles Unangenehme verschwiegen“ worden, lassen daran Zweifel aufkommen. Deshalb bleibt nach der Lektüre ihres vor allem gegen „Antisemitismus in der DDR“ gerichteten Artikels der schale Eindruck, sie habe beide deutsche Staaten trotz der von ihr festgestellten „beinahe konträren Wege ... der Überwindungsstrategien“ in dieser Frage gleichsetzen wollen.

Das würde auch den Satz von der „einmaligen Chance, so etwas wie Zwillingforschung betreiben zu können“, erklären. Die DDR und die alte BRD waren alles andere als Zwillinge! Am wenigsten aber trifft das auf das Verhalten gegenüber der Ausrottung von Millionen jüdischen Menschen zu. Daniela Dahn läßt die fundamental entgegengesetzte Wirklichkeit in beiden gesellschaftlichen Systemen weitgehend außer Betracht. Das eine beförderte Verständigung und Völkerfreundschaft sowie die gezielte Bekämpfung jeglicher Äußerungen von Rassenhaß, das andere bildete den Nährboden für Manifestationen der Ausländerfeindlichkeit und des Chauvinismus.

Es ist davon auszugehen: Wäre der Staat Israel nach seiner Gründung einen progressiven, antiimperialistischen Weg gegangen, hätte sich die BRD niemals mit ihm eingelassen. Die Achse Berlin – Tel Aviv läuft über Washington und basiert auf der gemeinsamen antikommunistischen und antisozialistischen Ideologie. Daniela Dahn stiftet eine gewisse Konfusion: Mal meint sie die Bevölkerung, dann wiederum den Staat, also die Macht. Im Falle Israels vergißt sie die Klassen und spricht völlig indifferent von „den Juden“, deren Mehrheit wohl kaum wesentlichen Einfluß auf das politische Handeln ihrer zionistischen Führerschaft – von gelegentlichem Austausch der einen durch die andere Fraktion abgesehen – ausüben dürfte.

Gerhard Naumann



Kabinetts-Rechtsaußen Wolfgang Schäuble mit Kippa und die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, bei der Einweihung einer Synagoge in Berlin (August 2007)
Aus: „konkret“, Hamburg

Am **10. Februar** findet in Ziegenhals eine Kundgebung zum

75. Jahrestag der illegalen Tagung des ZK der KPD vom 7. Februar 1933 statt.

Beginn: **11.30 Uhr**

Es spricht Armeegeneral a. D. **Heinz Keßler**
Künstlerischer Beitrag: Liedermacher **Diether Dehm** und **Michael Letz** (Piano)

Rudi W. Berger schuf lebenspralle Gestalten Erzählungen eines Engagierten

Martin und Martina“, Erzählung 2005, Meine Romeo-und-Julia-Geschichte aus den 30er Jahren in Deutschland. Kurt Kober, Arbeiter, Vater von Martin, und Karl Haller, der Vater von Martina, sind politisch miteinander verfeindet. Der Faschismus beginnt in den Dörfern und Kleinstädten Fuß zu fassen. Die Geschichte spielt im dörflichen Umfeld, obwohl Martina aus der Kleinstadt ist und die Handlung auch einmal dorthin führt. Es ist wie gesagt das Romeo-und-Julia-Thema, auch eine Pubertätsgeschichte, erzählerisch realistisch eingebettet in schöne Natur- und Dorfschilderungen, verbunden mit germanischen Helden-sagen und Legenden, um die Psyche des jungen Romeo (Martin) zu illustrieren. Es ist eine bewegende Geschichte, die Kinder und ihre Welt in die Politik einbezieht und sie zwingen will, sich auf eine Seite zu stellen. Das führt zu einer Zerreißprobe, die das Leben der Jugendlichen gefährdet. Ihr Zusammenhalt ist stärker, worüber sich der Leser am Ende aufrichtig freut. Der Rezensent, selbst ein Stadtkind, 11jährig im Jahre 1945 in die Lausitz gekommen, fand dort dieselben politischen Verhältnisse auf dem Dorf vor, die der Autor schildert.

Die großen Nazis waren zwar geflohen, untergetaucht, hatten die Farbe gewechselt, aber die ganze Mitläufermasse war noch da und schikanierte alles Fremde, Linke und Neue und sträubte sich dagegen. Der Autor schildert überzeugend, wie sich diese braune Soße in den Dörfern ab 1930 und früher zusammenbraut und zur Lynchjustiz an dem jüdischen Uhrmacher Mandelstam führt. Martina und Martin werden mit hineingezogen, verlieren zeitweilig die Orientierung, vor allen Dingen Martin durch seinen Nazi-Mitläufer-Vater. Eine lesenswerte Geschichte, die man besonders jungen Leuten empfehlen kann. Der Satz vom „noch fruchtbaren Schoß“ fällt einem hier ständig ein, und man könnte aus heutiger Sicht hinzufügen: Wenn das Elend am größten ist, wächst in der bürgerlich-westlichen Gesellschaft die Gefahr des Faschismus am schnellsten. Der Autor schildert alles so, wie er kann, engagiert, direkt und gelegentlich

mit derb-drolligen und erotischen Einschüben.

Die Erzählung „Die Akte“, 1995 geschrieben, ist eine böse, düstere Geschichte, vorwiegend in knappem Ton gehalten, meist Dialog, weniger Schilderung, die zeigt, was passiert, wenn die gesellschaftlichen Zustände kippen, das kapitalistische Eigentum rigoros und brutal restauriert und die früher etablierten sozialistischen Produktionsverhältnisse zerstört werden. Lumpen, Lügner und Betrüger reißen sich unter den Nagel, was geht, vor Verbrechen wird nicht zurückgeschreckt, menschliche Beziehungen gehen in die Brüche, Frauen prostituieren sich, weil ihnen nichts anderes übrigbleibt. Die Hauptheldin Kathrin, die zwischen zwei Männern steht, bleibt dabei tot auf der Strecke. Bei geschickter Dramaturgie könnte man einen tiefschwarzen Krimi daraus machen mit lauter kaputten und kaputtgespielten Menschen als handelnden Personen. Ein Krimi, der keinen Kommissar braucht, man sieht, wo die Schurken sind, man erkennt Opfer und Täter.

„Auf Leben und Tod“ oder die Erzählung des Anton Kuberske aus Berlin, 1970 geschrieben, spielt kurz vor dem Mauerbau, eine Geschichte von Irrtum und Verrat und von der Rückkehr eines verlorenen, verirrtten Schafes, die fast in einer Katastrophe endet. Auf dem Bau brechen stets die Arbeiten zusammen, weil der Westen die Leute abwirbt. Diese und andere Schwierigkeiten bestimmen das Geschehen. Die Erzählung geht bis in die Zeit der Weltfestspiele 1951 zurück, sie ist verschlungen und berichtet von Schicksalen dieser Zeit. Anton Kuberske trifft den älteren Witwer Albert Hoffmann, der seine Frau im Krieg verloren hat, und dessen Tochter Barbara. Beide arbeiten hart und engagiert im Wohnungsbau der DDR. Die schöne Barbara erliegt den Verlockungen eines Verehrers und geht in den Westen, was Albert H., den Vater, schwer trifft. Als er von der bevorstehenden Abriegelung erfährt, geht auch er nach drüben, um seine Tochter zu suchen. Er findet sie, kann sie nicht bewegen zurückzukehren, kommt selber nur mit Mühe auf abenteuerliche Weise heim. Er ist von da an ein gebrochener Mann, der tödlich verunglückt. Barbara, die verlorene Tochter, begibt sich später aus dem Westen in den Osten zurück und erlebt von Anton Kuberske, dem Freund des Vaters, Verzeihung, die dieser nicht gewähren kann und will. Damit schickt er die junge Frau fast in den Tod. Das wäre in Kurzfassung die dramatische Handlung, die zu einer bewegenden Erzählung geworden ist. Es sind Innenansichten aus der

Arbeiterklasse, eine präzise Schilderung der Verhältnisse unmittelbar vor und nach dem 13. August 1961 in Berlin. Auf Leben und Tod, das waren im wahrsten Sinne Konfrontation und Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Frage hieß: Wer siegt, wer unterliegt? Der Autor schildert das unbarmherzig. Den Ausgang kennen wir.

„Wem die Wegwarte blüht“ nennt Berger eine Skizze, es ist aber eine in sich abgeschlossene Erzählung aus dem Jahre 1975. In der DDR gab es einen Roman „Pferdewechsel“ von Werner Steinberg, der diesen Themenkreis zum Gegenstand hatte. Es handelte sich um den Widerspruch zwischen den Pionieren des Anfangs, die mit Hauruck-Methoden an den Aufbau des Sozialismus herangingen, und den späteren Profis und Professoren der wissenschaftlichen Leitung, weg von Emotionen und Parolen, eine Entwicklung, die auch in der DDR zu beobachten war. Franz Horlbeck ist Oberbauleiter, ein Mann eben der Hauruck-Methode, der seine Kraft beim Aufbau verschlissen, seine Gesundheit ruiniert hat und jetzt mit dem kaltschnäuzigen studierten Diplomingenieur Bork, dem jungen General, wie man ihn nennt, kollidiert, und beinahe zum alten Eisen geworfen wird. Horlbeck droht daran zu zerbrechen, aber die Geschichte kommt zu einem guten Ende. Die Konfrontation wird abgebogen. Beide finden einen Weg zueinander. Es ist eine bewegende Schilderung des Umgangs der Menschen miteinander. **Manfred Hocke**

Rudi W. Berger: *Auf Leben und Tod. Erzählungen.* amicus-Verlag, 2007, 250 Seiten, 14,90 Euro. ISBN 978-3-939465-15-7

Die **Potsdamer „RotFüchse“** treffen sich am **13. Februar** um **16 Uhr** im „Sternzeichen“, Galileistraße 37.

Es spricht der Buchautor und Oberst a.D. der HVA **Klaus Eichner** über das Thema:

**Aufklärung
und Abwehr
gegen kalten
und heißen Krieg**



Grafik: Heinrich Ruynat

Max Schroeder prägte die Frühzeit des Aufbau-Verlages Freund und Lektor großer Literaten

Zeitgenossen schätzten ihn als exzellenten Publizisten und streitbaren Kritiker, „Er war ein stiller Mann, und hinter seiner bescheidenen Stille barg er großes Wissen, das heißt: Er war ein grundständiger Kerl, ein sauberer Mensch und ein absolut integrier Beurteiler, Kritiker und Publizist.“

Max Schroeder wurde am 16. April 1900 in Lübeck geboren. Er las bereits als Zwölfjähriger Thomas Manns „Buddenbrooks“ in den Ferien auf Sylt. 1917 legte er das Notabitur ab. Nach Ende des Ersten Weltkrieges hegte er Sympathien für die Revolution und suchte Kontakt zu Kommunisten. Von 1919 bis 1924 studierte Schroeder mit Unterbrechungen Kunstgeschichte in Rostock, Freiburg, München, Berlin und Göttingen. Nach der Inflation mußte er das Studium aus materiellen Gründen abbrechen. Er arbeitete in Berlin bei verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften mit. Ende der zwanziger Jahre beschäftigte er sich stärker mit Literatur, schrieb unter anderem zwei Romane, zahlreiche Gedichte und Novellen. Georg Lukacs regte ihn an, den Marxismus zu studieren. Schroeder, der 1932 in die KPD eintrat, war mit Erich Weinert und anderen bekannten Autoren befreundet. 1933 sah auch er sich gezwungen, in die Emigration zu gehen. In Paris beteiligte sich Schroeder an den Arbeiten zum „Braunbuch“ über den Reichstagsbrand und an der „Deutschen Freiheitsbibliothek“. 1939 wurde er vor dem Vollzug der Ausweisung verhaftet und in Nord- und Südfrankreich interniert. 1941 gelangte er nach New York, wo er stellvertretender Chefredakteur der progressiven Zeitschrift „German American“ wurde.

Nachdem er 1945 die Amerikanerin Edith Anderson geheiratet hatte, kehrte er 1947 nach Deutschland zurück und begann seine Tätigkeit als Cheflektor des Aufbau-

Verlages in Berlin. Schroeder schrieb über seine Vorhaben: „Ich stützte mich auf die ideologischen Auseinandersetzungen mit den Irrlehren des Hitler-Faschismus, an denen ich in den zwölf Jahren Anteil genommen hatte, und zum anderen auf die daraus gewonnene neue Einsicht in die Bedeutung der Klassik für die Gegenwart. Vom ersten Tag ging es um den Standpunkt des Realismus.“

Max Schroeder war zum Cheflektor besonders geeignet, da er über großes Wissen, das nötige Gedächtnis und stille Besonnenheit verfügte, aber auch die Fähigkeit zu intensiver Arbeit, Urteilskraft und Verantwortungsbewußtsein besaß. „Er hatte den sicher seltenen Ehrgeiz, die komplizierte, aufopferungsvolle Arbeit mit Engelsgeduld in tiefster Anonymität zu leisten, ganz zurückzutreten hinter den Dienst am Manuskript, das ein Buch werden sollte,“ schrieb Günter Caspar.

Den Lektor Schroeder schätzten Schriftsteller wie Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Willi Bredel, Anna Seghers, Bodo Uhse, Friedrich Wolf, Arnold Zweig und viele andere. Sein Hauptverdienst als Verleger war es, die große deutsche Literatur des Exils in wenigen Jahren nachträglich den deutschen Lesern erschlossen und vorgestellt zu haben. Hunderte Manuskripte gingen durch seine Hände, er kümmerte sich um ökonomische Fragen, die Ausstattung, den Druck, die Werbung, den Vertrieb und die Literaturkritik. Max Schroeder war ein Lehrmeister seiner Lektoren, aber auch ein Entdecker und Förderer junger Autoren jener Zeit wie Franz Fühmann, Herbert Nachbar, Gottfried Gloger, Paul Wiens, Uwe Berger, Günther Deicke und andere. Er beriet Nachbar, als dieser seinen ersten Roman „Der Mond hat einen Hof“ schrieb.

Max Schroeder bestimmte in mehr als zehn Jahren maßgeblich Profil und Programm des Aufbau-Verlages und leitete

die Kulturbund-Zeitschrift „Aufbau“. Der streitbare Publizist verfaßte dort „Aufsätze über Brecht“, Theaterkritiken im „ND“ und später in der Wochenzeitung des Kulturbundes „Sonntag“. Rezensionen und Vorworte von ihm erschienen in Ausgaben der „Deutschen Volksbibliothek“. Kurz vor seinem Tode legte er eine Sammlung seiner kritischen Publizistik unter dem Titel „Von hier und heute aus“ vor. Das Bändchen enthielt unter anderem seine Erinnerungen an Erich Weinert, Lion Feuchtwanger und die Lager in Frankreich. Schroeder bemühte sich stets um eine lebendige, echte und wissenschaftliche Interpretation realistischer Kunst. Im Geleitwort seines letzten Buches heißt es: „Zu meiner Vorstellung von Publizistik gehört eine knappe, aktive, uneintönige Form, die fesselt und festhält.“ Er galt deshalb als ein Meister der Kürze, weil er beim Schreiben stets den Leser vor Augen hatte. „Publizistik“, so definierte er, „bedarf wissenschaftlich vertretbarer Anschauungen, doch ist der publizistische Beitrag keine wissenschaftliche Abhandlung ... Publizistik erhält ihre Grundrisse von der Wissenschaft und gibt deren Anregungen zurück.“

Max Schroeder erhielt 1957 den Lessing-Preis. Er starb nach langer Krankheit vor fünfzig Jahren am 14. Januar 1958 in Berlin-Grünau. Wenige Tage zuvor hatte ihn Gustav Seitz noch gezeichnet. Unter den Mitarbeitern, Freunden und Verlegern, die Schroeder die letzte Ehre erwiesen, befanden sich Schriftsteller wie Willi Bredel, Bodo Uhse, Anna Seghers, Kurt Stern, Stephan Hermlin und Arnold Zweig. 2007 erschien das Buch „Liebe im Exil“ von Schroeders Frau Edith Anderson, die 1999 verstarb. Ihre Erinnerungen an die Zeit mit dem asthmageplagten Max Schroeder und Versuche, in einem fremden Land heimisch zu werden, sind darin festgehalten. **Dieter Fechner**

Unser revolutionärer Gruß gilt dem großartigen Arbeiterschriftsteller und standhaften Kommunisten

Karl Schlimme

aus Haldensleben,
der am **28. Februar** seinen
80. Geburtstag begeht.

Karl, dem wir herzlich gratulieren,
hat den „RotFuchs“ als dessen
ständiger Autor durch eindrucksvolle
Beiträge bereichert.

Danke!

Allen Genossen, Freunden, Lesern
und Kritikern, die mir zum
75. Geburtstag gratuliert haben,
danke ich in Verbundenheit
und Achtung.

Klaus Steiniger



Erstmals gleichberechtigt: Bolivianische Indianer, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, feiern die Annahme der neuen Verfassung.

Leserbriefe an RotFuchs



Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die ständige Zusendung Ihrer Zeitschrift. Wir lesen sie mit großem Interesse. Für das Jahr 2008 wünschen wir Ihnen alles, alles Gute.

Mit herzlichen Grüßen
Dang Vinh Hue,
ehemaliger Direktor der Bezirksbibliothek,
Vorsitzender der Gesellschaft für
Vietnamesisch-Deutsche Freundschaft im
Bezirk Khanh Hoa

Den Marxisten Prof. Lutter und den Christen Peter Franz eint der Glaube an den Sozialismus als einzig menschenwürdige Gesellschaftsordnung. Beide wissen, daß Streit entzweit und verzichten deshalb weise auf Kirchenschelte und Gottesbeweise. Ideologische Auseinandersetzungen sind nur so weit nötig, wie sie der Entlarvung und Entmachtung der Mammonpriester aller Konfessionen und ihrer bushistischen Büttel dienen.

Der Mensch wird nicht ewig verschlagen kriechen. Er wird sich schon noch aufrichten und vernünftig werden. Die Anthropologen sahen das auch so, als sie ihm die Gattungsbezeichnung homo sapiens erectus verpaßten.

Jürgen Kuhlmann, Dabel

Den Beitrag von Peter Franz (RF 12/07) mit der wunderbaren Überschrift „Wie sollte ein Christ mit einem Marxisten umgehen?“ fand ich großartig.

Von 1949 bis 1952 erlernte ich bei der Landesversicherungsanstalt Thüringen den Beruf eines Versicherungskaufmanns. Einer meiner Lehrausbilder war ein überzeugter Christ. Diesem stets so freundlichen Menschen begegnete ich viele Jahre später nochmals, als ich Angestellter der Universität Jena war, bei einem gemeinsamen Kuraufenthalt.

Der ehemalige Lehrausbilder und sein einstiger Lehrling, ein Atheist, verstanden sich in diesen drei Wochen ausgezeichnet. Wir wanderten gemeinsam, sprachen über vieles und tauschten unsere Meinungen aus, ohne daß sich der andere verletzt fühlte. Dem sonntäglichen Kirchengang meines alten Bekannten folgte nachmittags ein gemeinsamer Spaziergang.

Bei einer späteren Reise nach Bayrisch-Eisenstein erblickten wir auf einem Hügel eine kleine Kirche. Wir beschlossen hineinzugehen. Wir sahen eine Frau, die den Ostergottesdienst vorbereitete. Es entspann sich ein kurzes, sehr sachliches Gespräch. Dabei betonten wir, nicht religiös zu sein, aber schon zu DDR-Zeiten Kirchen und Dome als Kulturstätten besucht zu haben.

Nachdem wir bereits gegangen waren, rief uns die Frau noch einmal zurück und übergab jedem ein Osterei. Die Bemerkung, ich sei Marxist, hatte sie offenbar nicht gestört. Meine Hochachtung für Peter Franz.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Den Beiträgen von Prof. Dr. Hans Lutter und Peter Franz stimme ich ausdrücklich zu. Durch positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Marxisten und Christen in Bündnissen dürfen wir uns aber nicht zu der Annahme verleiten lassen, diese Christen seien für die Kirchen repräsentativ. Das waren Erlebnisse mit einzelnen gläubigen Menschen oder auch christlichen Gruppierungen. Nach wie vor müssen wir den Machtansprüchen der Kirchen mit aller Vehemenz entgegenzutreten. Die Forderung nach strikter Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule, ist noch immer nicht verwirklicht, oder wurde dort, wo sie umgesetzt worden war, wieder rückgängig gemacht. Marxisten müssen für die Kündigung der Staatsverträge zwischen den Kirchen und den Bundes-

ländern eintreten. Das Unterrichtsfach Religion muß gestrichen werden. Die Regelschule nach dem Grundgesetz muß die bekenntnisfreie Schule werden. Der staatliche Einzug der Kirchensteuer ist zu beenden, ebenso die staatliche Erfassung des religiösen Bekenntnisses oder Nichtbekenntnisses. Die verfassungsmäßige Gleichbehandlung von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften muß endlich gesellschaftliche Realität werden.

Cornelius Kaal, Bienenbüttel

Zunächst möchte ich Götz Dieckmann für seine herzerfrischenden Worte in der Festrede zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution sowie dem „RotFuchs“ für die Veröffentlichung des Vortrags danken. Die Argumentation vermittelt historischen Optimismus. Götz Dieckmanns Worte spenden trotz der Niederlage Kraft, indem sie auf das während der Jahre der sozialistischen Umgestaltung bei uns Erreichte hinweisen. Der Rote Oktober hat die Welt nicht nur erschüttert, sondern sie bis heute und weit in die Zukunft hinein verändert. Die VR China, Kuba, der siegreiche Kampf des vietnamesischen Volkes, der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems und vor allem die weitergereichten Erinnerungen und Erfahrungen von Millionen Menschen zeugen davon.

Zu Recht wird in der Rede darauf verwiesen, daß die „Revolution stirbt, wenn sie sich nicht beständig zu erneuern vermag“. Daran hat es meiner Meinung nach in der SED gefehlt. Man klebte zu sehr am „großen Bruder“ in Moskau; neue, jüngere Leute gelangten kaum in die Führung; es kam zur Erstarrung. Bei Aufnahmen in die Partei wurde nicht genügend auf Klasse, sondern mehr auf Masse gesetzt, so daß sich prinzipienlose Karrieristen, „Gesinnungslumpen“ (G. Dieckmann), „faule Elemente“ (A. Bebel) und „feige Maulradikale“ (E. Weinert) vielerorts als „sozialistische Persönlichkeiten“ aufspielen konnten. Ob das tatsächlich ein Gesetz der Revolutionen war, wie Götz Dieckmann mutmaßt? Darüber zu diskutieren, wäre für mich sehr interessant.

Hans-Dietrich Grundmann, Eberswalde

Herzlichen Dank für die Beilage mit der Ansprache des Genossen Götz Dieckmann. Sie hat mich sehr beeindruckt. Aber nicht in dem Sinne, wie das die Redaktion vielleicht erwartet. Nach dem Lesen habe ich impulsiv erwogen, mein „RotFuchs“-Abo aufzukündigen, so verärgert war ich. Ich lasse es aber doch sein. Genosse Dieckmann mag ja ein großer marxistischer Theoretiker sein. Er analysiert auch richtigerweise das ganze Dilemma unseres Niedergangs. Aber manche Schlußfolgerungen, die er zieht, sind, gelinde gesagt, weltfremd. Und er beleidigt mich auch als Mitglied der Linken, wenn er mich zu einem Rechten und Opportunisten macht.

Zitat: „In den anderthalb Jahrzehnten seit dem Sieg der Konterrevolution haben die rechten Kräfte in der PDS, ungeachtet des Widerstandes aus den eigenen Reihen, die Partei Schritt für Schritt in den Opportunismus geführt.“ Mit anderen Worten: Die Partei ist opportunistisch, nach rechts gerückt, und damit sind es auch ihre Mitglieder, also auch ich.

Nun darf ich daran erinnern, daß „Die Linke“ keine monolithische Partei ist. Da gibt es beispielsweise auch noch heute die Kommunistische Plattform. Und da gibt es auch Mitglieder, die überzeugte Christen sind. Bei der Vereinigung mit der WASG kamen linke Gewerkschafter, ehemalige SPD-Mitglieder und viele aufrechte Demokraten in die Partei. Das zeigt schon den ganzen Widersinn der Einschätzung, einige sogenannte rechte Kräfte könnten eine ganze Partei mit Beschlag belegen.

Da rackern sich Tausende Genossen ab, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Genosse Dieckmann und vielleicht auch die Redaktion des „RotFuchs“ mögen eine solche Politik pragmatisch, sogar reformerisch finden. Aber sie hilft den einfachen Bürgern.

Wollen wir doch nicht nur philosophieren, wie wir überübermorgen zu einer Revolution kommen können, sondern machen wir heute praktische Politik für die Menschen.

Helmut Putzger, Strausberg

In seiner Rede auf der Oktober-Festveranstaltung stellte Götz Dieckmann fest, niemand habe 1989 einen Aufruf „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“ veröffentlicht. Die Masse der ehrlichen DDR-Bürger hatte die Handlungsunfähigkeit der Spitze wohl erkannt, stand ihr aber nahezu ohnmächtig gegenüber, weil bis dahin alles ohne Wenn und Aber von oben nach unten „durchgestellt“ worden war. Weil das Politbüro zur Herbeiführung positiver Veränderungen außerstande gewesen ist, beantwortet sich die Frage von selbst, ob die SED zu diesem Zeitpunkt noch eine marxistisch-leninistische Partei war. Wer aber hätte es zuvor gewagt, diese Frage in gebotener Schärfe aufzuwerfen, obwohl das objektiv notwendig gewesen wäre?

Dennoch gab es am 9. Dezember 1989 durch Offiziere der Bezirksverwaltung Gera des MfS verfaßtes Fernschreiben „Heute wir – morgen Ihr“. Es wurde an alle Führungsstellen der bewaffneten Organe der DDR, an die Regierung und sämtliche Medien geschickt und rief dazu auf, sich gegen die antisozialistischen Kräfte zusammenzuschließen, um die DDR zu bewahren.

Die Reaktion: Auf Geheiß des „Zentralen Runden Tisches“ wurden flugs Militärstaatsanwälte nach Gera entsandt, um gegen die beteiligten Offiziere wegen Hochverrats zu ermitteln. Die amtierende Regierung unternahm nichts dagegen. Sie war bereits ohnmächtig und kämpfte lediglich um ihr eigenes Überleben.

Als „Hochverrat“ galt also der Wille, die DDR zu erhalten. 1990 wurde der Tatvorwurf abgewandelt. Nun ermittelte man wegen „Bildung einer kriminellen Gruppierung“. Schließlich wurde das Verfahren wegen „Mangels an Beweisen“ eingestellt. Die Betroffenen hatten als noch aktive Mitarbeiter des MfS Haussuchungen und alle anderen strafprozessualen Maßnahmen über sich ergehen lassen. Wäre es nicht so traurig, könnte man von einem Treppenwitz der Zeitgeschichte sprechen.

Wolfgang Willms, Weida

Als Insider habe ich die Veröffentlichungen zu dem Film „Die Frau vom Checkpoint Charly“ verfolgt und die Wertung durch Prof. Horst Schneider im Dezember-Heft gelesen. Es ist verständlich, daß er nicht alle Details anführen konnte. Deshalb eine kurze Ergänzung.

Auf Frau Gallus war kein „Killer-Kommando des MfS angesetzt“. Niemand konnte bisher die Anwendung solcher Praktiken beweisen. Die im Film gezeigte Szene über die anläßlich der Helsinki-Konferenz 1986 mit dem Ziel ihrer Ermordung entführte Gallus ist eine glatte Lüge. Wo war sie zu dieser Zeit? Die Konferenz fand nämlich bereits 1975 statt, also 11 Jahre vor dem im Film unterstellten Datum.

Die „Stasi“ hat den Gallus-Kindern nicht vorgegaukelt, ihre Mutter wäre im Westen verstorben. Sie hatten ständig Briefkontakt mit ihr. Auch konnte sie die Kinder bei ihren Auftritten in der Fernsehserie „Geschichten überm Gartenzaun“ am Bildschirm in der Untersuchungshaftanstalt sehen.

Hardi Anders, Dresden

Werte Damen und Herren, durch Ihre hilfreiche Unterstützung war die am 16. 12. 2007 von uns durchgeführte Weihnachtsfeier ein voller Erfolg. Immerhin nahmen 115 Gefangene der JVA Torgau an ihr teil. Stellvertretend für alle möchte ich mich bei Ihnen bedanken und wünsche Ihnen ein erfolgreiches, mit Glück und Gesundheit verbundenenes neues Jahr 2008.

P. S. Leider kamen die uns von Ihnen zugesandten Aufkleber „aus Sicherheitsgründen“ nicht zur Aushändigung ...

Im Namen der Gefangenen-Mitverantwortung
Jens Schönwald, JVA Torgau

An erster Stelle mein Lob für die Arbeit, die Ihr mit der Herausgabe des „RotFuchs“ leistet. Der Leitartikel im Dezember-Heft traf – wie häufig – den Kern des Problems und widerspiegelt den Eindruck, den wir als Marxisten haben müssen, wenn wir die Ergüsse der Medien bewerten. Für viele, die nach Gleichgesinnten, aber auch nach Zukunftsperspektiven suchen, ist die Lektüre Eurer Publikation äußerst wichtig. Dazu gehört auch die akademische Elite der DDR, soweit sie nach wie vor zur Sache steht.

Welchen Beitrag kann ich nun leisten? Kann ich Mitglied des Fördervereins werden? Welchen Monatsbeitrag muß ich ggf. dafür aufbringen? (Antwort der Redaktion: Der normale Jahresbeitrag, für den auch die Zeitschrift zugesandt wird, beträgt 30 Euro. Spenden sind erwünscht.)

Neben der Suche nach potentiellen Mitstreitern sollte – wie in Rostock – überall ein Schulungskonzept für die Linke entstehen, in dem vor allem auch Jugendliche auf allgemeinverständliche Art und ohne Indoktrination an den wissenschaftlichen Sozialismus herangeführt werden. Es geht mir um kleine örtliche Zirkel, in denen viel Raum für Gespräche und Debatten bleibt. Daraus könnten sich im Laufe der Zeit Seminare für Fortgeschrittenere ergeben. Vermag der Förderverein das zu leisten, oder kann er dabei behilflich sein?

Raimund Krieger, Delitzsch

Den Leitartikel im Dezember-„RotFuchs“ habe ich sehr aufmerksam gelesen. Ich kann nur sagen: Wenn ich das Zeug dazu hätte, einen Artikel zu schreiben, so würde er so aussehen wie „Gift und Galle“. Er entspricht ganz der Erkenntnis, die ich heute habe. Es war längst geplant und beschlossen, die DDR zu vernichten, alles in ihr mühsam Aufgebaute zu zerschlagen und den Reichen das Eigentum des Volkes auszuliefern. Unter dem Deckmäntelchen einer angeblichen „Erneuerung“ wurden die Bürgerinnen und Bürger mit falschen Versprechungen widerstandslos gemacht und dazu gebracht, mehrheitlich gegen ihre eigenen Interessen zu stimmen.

Die Bemühungen und die Verzweiflung DDR-treuer Kräfte gingen zum Schluß in Orientierungslosigkeit unter. Natürlich hat dazu beigetragen, daß Gorbatschow die DDR aufgab, daß er und Jelzin in Rußland das kapitalistische Gesellschaftsmodell einführten.

Der RF-Leitartikel „Gift und Galle“ spricht mir aus der Seele.

Sabine Bliesmer, Bardowick

Der Leitartikel der Dezember-Ausgabe findet meine volle Zustimmung. Hinzufügen möchte ich, daß ich Menschen wie Veronika Ferres, Ulrich Mühe und andere Akteure dieser Art verabscheue. Und zwar deshalb, weil sie sich wider besseres Wissen unter Ausnutzung ihres Bekanntheitsgrades dafür hergegeben haben, Greuelmärchen über die DDR zu verbreiten.

Klaus Schmidt, Zwickau

Den „RotFuchs“ lese ich relativ regelmäßig, die Veranstaltungen des hiesigen Fördervereins besuche ich sporadisch. Zwei Sätze in Klaus Steinigers Artikel „Gift und Galle“, dem ich sonst vorbehaltlos zustimme, erregten meine Aufmerksamkeit: „Gorbatschows den Sozialismus auch im eigenen Land verräterischer Statisten Gorbatschows waren. Da hilft es auch nicht, darüber zu jammern, daß wir ja ohne die Sowjetunion nicht lebensfähig gewesen wären. Gorbatschow bekam genug Gelegenheit, unsere Schwächen zu studieren, um sie sich dann auf so verheerende Weise nutzbar zu machen. Daß heute die Medien lügen, wissen sogar die meisten „Bild“-Leser, mehr noch, viele wollen sogar belogen werden. Verblödet läßt sich dieses System leichter ertragen.“

Es ist tatsächlich sehr bitter, im nachhinein feststellen zu müssen, daß wir im wesentlichen Statisten Gorbatschows waren. Da hilft es auch nicht, darüber zu jammern, daß wir ja ohne die Sowjetunion nicht lebensfähig gewesen wären. Gorbatschow bekam genug Gelegenheit, unsere Schwächen zu studieren, um sie sich dann auf so verheerende Weise nutzbar zu machen. Daß heute die Medien lügen, wissen sogar die meisten „Bild“-Leser, mehr noch, viele wollen sogar belogen werden. Verblödet läßt sich dieses System leichter ertragen.

Diesen Luxus aber kann sich ein sozialistischer Staat nicht leisten. Sozialismus lebt von der Mitwirkung der Menschen. Sie zu belügen oder mit Halbwahrheiten abzuspeisen, ist nicht wirklich schlau. Beim nächsten Versuch sollten wir das berücksichtigen!

Heute sehe ich manches klarer, denn zu meiner eigenen Schande muß ich gestehen, selbst ein Anhänger Gorbatschows gewesen zu sein. Obwohl ich mich damit in guter Gesellschaft weiß, macht mir dieser Umstand noch immer zu schaffen.

Der zweite Satz des Leitartikels, auf den ich mich beziehe, lautet: „Was veranlaßt den Gegner, beliebte Mimen wie Ulrich Mühe und Veronika Ferres in derart miesen Rollen zu verheizen?“

Den Erstgenannten halte ich tatsächlich für einen großartigen Schauspieler, die Zweite eher weniger. Aber das ist Geschmackssache.

Im Gegensatz zu vielen anderen konnten bzw. können sich diese beiden Mimen ihre Rollen aussuchen, ohne bei einer Ablehnung vor dem finanziellen Ruin zu stehen. Also gehe ich davon aus, daß sich die beiden für diese Rollen verheizen lassen wollten.

Ein wirklich großartiger Künstler, Peter Hacks, schrieb:

„Von zwei Millionen blieben
Kaum eine Handvoll grad.
Es hat sie aufgerieben
Gorbatschows Verrat.
Sie haben keine Traute.
Ihr Busen ist verwirrt.
Und wer je auf sie baute,
Hat sich verdammt geirrt.“

(Hacks, Werke Band 1, S. 303)

Ulf Trzinski, Rostock

Der „RotFuchs“ ist im Grundzug unentbehrlich. Mein Wunsch wäre: Weniger „Kader-Aussagen“, mehr Offenheit für echte Sympathisanten. Noch wichtiger: Info-Abende in Westdeutschland organisieren, um der Delegitimierung der DDR und der Geschichtsklitterung entgegenzuwirken. Ich versuche es im kleinen Rahmen.

Artur K. Führer, Bottrop

Unlängst wurde im Bördedorf Kleinmühligen vor nahezu 1000 Anwesenden das Friedensfahrt-Museum eröffnet. Mit dem Sportmuseum in Frankfurt/O. und den im Aufbau befindlichen Sportmuseen in Leipzig, Strausberg und Berlin-Marzahn entstanden und entstehen wichtige Dokumentationszentren zur Wahrung der Sportgeschichte der DDR.

Horst Schäfer gestaltete in Kleinmühligen mit seinen fleißigen und engagierten Helfern, unter ihnen Gustav-Adolf Schur, eine Ausstellung über die Friedensfahrt und den Radsport insgesamt. Das Gezeigte erinnert an große, unvergeßliche Szenen dieser Fahrt zwischen Prag, Warschau und Berlin.

Heinz Florian Oertel sprach am Eröffnungstag über seine erste Friedensfahrt 1952, als das Peloton durch die Trümmer des 2. Weltkrieges rollte. Wörtlich sagte er: „Es müßte heute auf der Welt ganz viele Friedensfahrten geben, eine davon in Irak mit Bush als Hauptsponsor.“

Erhard Richter, Berlin

Ich stimme die Einschätzung von Manfred Wulf hinsichtlich der Kriege, die von deutscher Außenpolitik auf dem Balkan nach 1990 maßgeblich mitinitiiert und ab 1999 unter sozialdemokratisch-grüner Regierung mitgeführt wurden, zu. Die 1989 geäußerte Meinung von Norbert Blüm, „Marx ist tot, Jesus lebt.“ teil(t)e ich weder mental noch wissenschaftlich. Was aber den „Heimatabend“ angeht, das Kabarett-Programm mit Blüm und Peter Sodann, muß eine linke Wertung anders lauten. Die beiden bringen den Endsieg des Ellenbogens in Deutschland und der Welt als Insassen (und gut bewachte Querulanten) eines Altersheimes des Jahres 2027 auf den Punkt: Ackermann ist Kanzler, Schwarzenegger EU-Kommissar;

das Grundgesetz beginnt mit „Die Würde des Menschen ist ein Kostenfaktor“. Über so viel und so berechtigte Kritik am Turbokapitalismus geratenen Gazetten des Großkapitals wie „FAZ“, „Welt“ und „Spiegel“ in Wut: Die DDR komme „unter brausendem Beifall zu gut weg“, heißt es dort. Kein Wunder, daß sich das Mainstream-Fernsehen ausgerechnet jene Stellen herauspickte, welche ihm genehm waren, um den „alten“ Blüm gegen den „neuen“ zu kehren. Und Sodann, lange Jahre Schauspieler am Berliner Ensemble und zuvor an der Leipziger „Pfeffermühle“, ist weiß Gott kein Neukabarettist!

Klaus-Detlef Haas, Berlin

Den Artikel über Brasilien in der Januar-Ausgabe las ich mit besonderem Interesse, weil ich gerade als Touristin dort gewesen bin. Ich finde es gut, daß der „RotFuchs“ immer wieder Informationen zur politischen Entwicklung auch in Lateinamerika bringt. Danke für die vielen Denkanstöße.

Sabine Otto, Cottbus

Unlängst berichteten die Medien, wie die Besatzung eines USA-Flugzeugträgers ihr Kriegerdasein fristet: Auf der „Eisenhower“ sind die Kampfmaschinen F 16 zusätzlich mit einem Totenkopf und gekreuzten Knochen gekennzeichnet. Auch auf den Uniformen der US-Piloten ist dieses von der SS her bekannte Symbol angebracht. Auf dem Schiff gibt es sogar einen Totenkopfclub.

Welchen Traditionen wird hier wohl gehuldigt und für was geworben? Bestimmt nicht für ein antifaschistisches Demokratieverständnis.

Gerald Müller, Oberhof

Zu meiner unangenehmen Überraschung teilte mir Christel F. aus Wessi-Land im Weihnachtsbrief mit, sie habe unseren „RotFuchs“ abbestellt. Sie empfinde ihn als „zu hart“. Christel war die Tochter unseres Umsiedler-Dorfschmiedes und ging mit mir bis zur Republikflucht in die Oberschule. Bei einem Klassentreffen äußerte sie „DDR-Sehnsucht“ und hob den Gegensatz zum tiefkatholischen jetzigen Wohnsitz hervor. Sie berichtete von karitativer christlicher Tätigkeit im Frauenverein. Wir sprachen über politische Fragen und stellten beide fest, daß das sicher gut und schön, vielleicht aber zu wenig sei. Dabei blätterten wir auch in Ausgaben des RF.

Vor dem Weggang mit ihren Eltern hatte Christel noch an unseren FDJ-Demonstrationen teilgenommen und aktiv auf der Straße diskutiert. Doch die DDR-Oberschule bis etwa zur 11. Klasse hat wahrscheinlich nicht ausgereicht, um gegen 50 Jahre kapitalistischer Einwirkung standzuhalten.

Natürlich ist unser „RotFuchs“ gegenüber dem religiösen Gekuschele etwas härter und direkter. Das war meiner Christel schon in der FDJ-Gruppe zu viel. „Bist Du mir nun böse?“, fragt sie im Brief. Ich habe das verneint, aber mein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, was die westdeutsche Alltagsideologie so Stück für Stück aus einer Schmiede-Tochter, der der faschistische Krieg die Heimat und den Bruder nahm, gemacht hat.

Herbert Ahlgrimm, Ludwigsfelde

Mein leider sehr kranker, etwas älterer Bruder Dr. Gerhard Lier wird am 16. Februar in Leipzig 80 Jahre alt. Er verteilt noch immer regelmäßig die von Euch bereitgestellten Exemplare des RF. Darüber, wie gefragt die Zeitschrift ist, habe ich mich mit einem beim Gartenverein engagierten Freund unterhalten. Er sagte mir, in der Leipziger Filiale eines bekannten Kaufhauskonzerns warteten einige Beschäftigte regelrecht darauf, daß er den nächsten „RotFuchs“ bringe. Die meisten Artikel der Zeitschrift sind auch wirklich sehr gut, politisch klar und informativ. Ich lese auch „Leipzigs Neue“, das ND und den „Freitag“, muß aber sagen, daß mir viele Inhalte im „RotFuchs“ oft besser gefallen. Schön wäre es, wenn Ihr mal etwas über unseren Genossen Täve Schur oder über Horst

Schumann schreiben würdet. Er war ja nicht nur Staatsratsmitglied, sondern auch ein hochgeachteter 1. Bezirkssekretär in Leipzig.

Heinz Lier, Leipzig

Mit Freude habe ich im November-„RotFuchs“ die Artikel über Gerta Taro und Irene Wosikowski gelesen. Von Irene haben meine Eltern viel erzählt. Meine Mutter (Jahrgang 1911) war mit ihr in einer Gruppe des KJVD in Hamburg-Barmbeck. Beide verband eine enge Freundschaft. Im Fotoalbum der Eltern gibt es auch ein gemeinsames Bild.

Sonja Wissendaner, Berlin

Seit dem Gothaer Parteitag der „Linken“ im Jahre 2007 bin ich Leserin Eurer sachlichen, kritischen und in meinen Augen optimistisch stimmenden Zeitschrift. Dafür herzlichen Dank. Im zweiten Jahrzehnt des RF erwarte ich viele weitere Ausgaben.

Margot Bärwinkel, Walsleben

Ich schreibe Ihnen, um die Frage von Herrn Hans Horn in Nr. 119 zu beantworten: „Gehörte Merkels (in Afghanistan ums Leben gekommen – d. R.) ‚Lieblings-Bodyguard‘, ein erst 31 Jahre alter Nürnberger, zu dieser Truppe?“

Ich habe ihn drei Jahre als „Fast-Schwiegermutter“ kennengelernt. Er war ein offener, fröhlicher, an gesellschaftlichen Prozessen sehr interessierter junger Mensch.

Die Lehren von Marx und Engels sind in meiner Familie sehr verwurzelt. Schon mein Großvater war Kommunist, ist aber als Wehrmachtssoldat gefallen.

Mit dem jungen Mann haben wir über diese Ereignisse und unsere Überzeugungen gesprochen. Wie aber sollen Leute, die im kapitalistischen System aufwachsen, verstehen, daß dieses schlecht ist? Er war überzeugt, seine Arbeit für den Frieden getan zu haben. Schon zu früheren Zeiten wurden junge Männer belogen und sind dafür gestorben.

Zu Weihnachten werden ihn seine Eltern schmerzlich vermissen haben. Auch uns und allen seinen Freunden fehlt er. Er gehörte unseres Wissens nicht zu der von Herrn Horn beschriebenen Truppe.

Ich selbst bin eine interessierte Leserin des RF.
Karin Lehmann, Berlin

Von westlichen Geheimdiensten und den durch sie gesteuerten Feindorganisationen gegen die DDR eingesetzte Terroristen, Saboteure und Spione, die in der DDR inhaftiert waren, sind ausnahmslos rehabilitiert und finanziell entschädigt worden. Was haben solche „Freiheitskämpfer“ getan?

Sie haben Sprengstoffanschläge durchgeführt, die nicht nur hohe materielle Schäden verursachten, sondern auch Menschenleben vernichteten. Brandstiftungen in Industrie und Landwirtschaft gehörten zu ihren „Verdiensten“. Vernichtung oder Unbrauchbarmachung von Nahrungsmitteln für die Versorgung der Bevölkerung stehen auf der Liste ihrer Erfolge. Sie belieferten ihre Auftraggeber mit Informationen, die dazu dienten, Störmaßnahmen gegen die wirtschaftliche Entwicklung der DDR von außen durchzuführen. Wissenschaftlich-technische Erkenntnisse wurden an die Gegner geliefert und Forschungskapazitäten der DDR für Entwicklungen im Interesse westdeutscher Konzerne genutzt. In zahlreichen Fällen benannten und charakterisierten sie Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Lehrer und andere Fachleute der DDR gegenüber ihren Auftraggebern, um diese Spezialisten an- oder abwerben zu können. Sich dagegen zur Wehr gesetzt zu haben, war das gute Recht der DDR.

Herbert Kierstein, Bestensee

Der österreichische Schriftsteller Arthur Schnitzler (1862–1931) hat einmal festgestellt: „Wenn Haß zu feige ist, als solcher aufzutreten, geht er maskiert in Gesellschaft und gibt sich als Gerechtigkeit aus.“ Ob dieser Autor schon

eine Vorahnung von den „Stasi-Jägern“ gehabt hat?

Nach 1990 wurden in Thüringen 13 ehemalige Mitarbeiter des MfS der DDR, das sind etwa 0,2 % des Personalbestandes, gerichtlich zu Geldstrafen oder Verwarnungen mit Strafvorbehalt verurteilt. Ich frage: Können 13 Personen in 40 Jahren „massenhafte Untaten“ begangen haben? Werden von bundesdeutschen Gerichten wegen Verbrechen etwa Geldstrafen oder Verwarnungen mit Strafvorbehalt verhängt?

Hans Schneider, Erfurt

Zu einer Zeit, in der Geschichtsverfälschung auf der Tagesordnung steht, war der Beitrag „Als Grotewohl nach Moskau fuhr“ von Hans Reichelt im RF Nr. 119 geradezu eine Wohltat. Er zeigt, wie notwendig es ist, einer Legendenbildung – in diesem Falle betrifft sie Adenauer – entgegenzutreten.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Das Volk der DDR hat nicht klüger gehandelt als „Hans im Glück“. Es hat elementare Menschenrechte auf Arbeit, Bildung und Kultur u. a. wegen Bananen weggeworfen. Heute geht es vielen schlechter als 1990.

In der DDR konnte man mit einem Bruttogehalt von 1200 M gut leben. Inzwischen kommen Familien mit einem Einkommen von 2500 Euro kaum noch über die Runden. In den letzten 15 Jahren ist die Schere zwischen Einkommen aus abhängiger Arbeit und Vermögen immer mehr auseinandergegangen.

Wer wie Herr Westerwelle „Hartz IV für alle“ fordert, spielt mit dem Feuer.

Hartmut Hohla, Saalfeld

Sehr gut, wichtig und nützlich sind die Artikel von Dietrich Henning in den beiden letzten Ausgaben. Es gibt zwar einige Abhandlungen über das „Breuel-Märchen“, das leider bittere Wahrheit war. Man sollte indes dieses Thema viel öfter und mit weiteren exakten Zeugenaussagen aufgreifen. Ich kannte aus meiner Arbeit als Metallurg das Edelstahlwerk Freital bei Dresden recht gut. Dort wurden einige brandneue Stahlschmelztechnologien entwickelt. Sie waren international anerkannt und hochgeschätzt. Nach der Rückwende verscherbelte sie die Treuhänder wie den Betrieb für einen Apfel und ein Ei. Der Direktor, ein verdienter und geachteter Genosse, hat geweint, als er mir am Telefon darüber berichtete. Schilderungen, wie unser Eigentum feilgeboten und zum Niedrigsttarif an kapitalistische „Bieter“ abgeliefert wurde, sind dringend notwendig.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Der „RotFuchs“ ist mir zur unentbehrlichen Lektüre geworden. Es ist gut, daß es ihn und Euch gibt.

Michael Brix, Potsdam

An der weitverstreuten Herkunft der Leserbriefsteller stelle ich mit Freude fest, daß sich der „RotFuchs“ immer mehr verbreitet. Es ist aber auch unfaßbar, was unsere angeblich so demokratischen und christlichen Politiker von sich geben. Sie „vergessen“ hartnäckig, daß das Entstehen der von ihnen verteuflerten DDR eine Folge des vom faschistischen Deutschland angezettelten und verlorenen Krieges war. Dieser erste sozialistische Staat auf deutschem Boden stellte einen hoffnungsvollen Aufbruch zu neuen Ufern dar und hat unauslöschliche Spuren hinterlassen. Niemand sollte die fundamentalste aller Tatsachen vergessen: In den 40 Jahren des Bestehens der DDR haben in Europa die Waffen geschwiegen.

Ilse Konrad, Neustrelitz

In Salzenforst – einem Ortsteil von Bautzen – trägt ein antifaschistischer Gedenkstein folgende Inschrift: „Hier ruhen 43 jüdische Frauen aus Deutschland, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei. Sie wurden im Februar 1945 auf dem Weg von Auschwitz nach Buchenwald durch SS-Horden ermordet.“

Zu jener Zeit, als sich das Verbrechen in der Kiesgrube von Salzenforst ereignete, war ich zum Bau einer Panzersperre am Ortseingang von Thonberg bei Kamenz eingesetzt. Wir erlebten die Flüchtlingsströme aus dem Osten, mittendrin den langen Zug der KZ-Häftlinge. Das machte auf uns junge Menschen einen erschütternden Eindruck. Wir sahen völlig entkräftete Gestalten in ihren grauen, dünnen Kleidern, auf beiden Seiten der Straße von SS mit scharfen Hunden bewacht. Sie trugen Holzpantinen, die auf dem schneelosen Boden bei 20 Grad Kälte unheimliche Geräusche verursachten.

Sehr beeindruckt hat mich auch ein Mahnmal für die Kriegstoten in der kleinen Gemeinde Klinge an der Bahnstrecke Cottbus–Forst. Es wird von den Einwohnern des Dorfes gepflegt. Der Stein trägt Worte Erich Kästners: „Glaubt nicht, Ihr hättet Millionen Feinde. Euer einziger Feind heißt Krieg.“

Manfred Reinsch, Bautzen

Natürlich ist es richtig, immer wieder darzustellen, wie bei der feindlichen Übernahme der DDR alles zuschanden gemacht worden ist, um dem Lied von den „Brüdern und Schwestern“ die richtige Melodie zu geben. Aber diese Darstellung allein oder überwiegend genügt mir nicht, weil man ja mit der Zerstörung der DDR zugleich bemüht war, auch die Leistungen ihrer Bürger auf allen Gebieten zu leugnen. Dabei wurde Einmaliges, noch nie Dagewesenes geschaffen.

Bei uns in Hagenow hat es z. B. die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft „Prof. Dr. Reinhold“ gegeben. Sie war die erste GPG der DDR, betrat also völlig neues Land. Drei Jahre bevor es das Musterstatut für GPG gab, hatte sie bereits ein solches Instrumentarium für sich erarbeitet. Mir wurde das große Glück zuteil, mit dem vollständigen Archiv dieser legendären Genossenschaft arbeiten zu können. Als Ergebnis werde ich meinen 21. Heimatkundeband vorlegen.

Siegfried Spantig, Hagenow

Vor einiger Zeit absolvierte ich ein Praktikum in Berlin. Ich nutzte meine Freizeit, um Gedenkstätten aufzusuchen und zu politischen Veranstaltungen zu gehen. Da ich die Diskussion um das MfS nur aus den Medien kannte, wollte ich mir vor Ort ein objektives Bild verschaffen. Ich sprach mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS, die ich spontan kennenlernte. Außerdem nahm ich einen „RotFuchs“-Termin mit Rudi Kurz und Fritz Teppich wahr. In der „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus“ im Nikolaiviertel hatte ich eine lange Diskussion mit Leuten der „Gegenseite“. Mir wurde schnell klar, daß es sich hier um fanatische Antikommunisten handelte. Trotz meiner Sympathien für die DDR und die der Sache treu gebliebenen Genossen des MfS versuchte ich, objektiv zu argumentieren. Das Gespräch endete damit, daß mein Gegenüber zu schroffen Beleidigungen gegen Karl Marx überging und die Bibliothek schloß. Was mir als einem „Außenstehenden“ (ich bin geborener Wessi und war gerade mal 13, als die DDR unterging) immer wieder auffällt, ist, daß die standhaft gebliebenen Genossen aus der DDR immer freundlich und offen auf einen zugehen. Dabei sind sie es, die allen Grund hätten, verbittert und wütend zu sein, haben sie doch quasi ihr ganzes Lebenswerk untergehen sehen. Knabe und Co hingegen führen sich auf, als wären sie die Herren der Geschichte. Sie reagieren wütend und aggressiv, selbst auf die leisesten Gegenstimmen.

Ich kann nur Fritz Teppichs ergreifendem Appell auf der „RotFuchs“-Veranstaltung beipflichten, nicht aufzugeben und weiterzukämpfen. Es ist gut, daß es Zeitschriften wie den RF und Organisationen wie die GRH gibt.

Christian Krähling, Bad Wimpfen



„Leistung aus Leidenschaft“

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Erfurt** lädt für den **10. Februar um 10 Uhr** Mitglieder, Leser und Sympathisanten in die Gaststätte „Rudelsburg“, Rudolstädter Straße 34 (hinter Autohaus Glienike), herzlich ein. Der ev.-luth. Theologe und „RotFuchs“-Autor **Peter Franz** spricht zum Thema

Marxismus und Religion

Am **15. Febr., 16.30 Uhr**, spricht Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, Vorsitzender des RF-Fördervereins, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, über das Thema

China nach dem XVII. Parteitag der KP

Interessierte sind herzlich willkommen.

Die **Regionalgruppe Strausberg und Umgebung** lädt für den **23. Februar um 9.30 Uhr** in den Klub der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße, herzlich ein.

Generalmajor a. D. **Heinz Geyer** stellt sein Buch „Zeitzeichen“ vor und spricht über das Thema

Die Rolle der Spionage im Kalten Krieg

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74